

krieg mit den Jugendorganisationen der KPD, nachweisbar bis 1927. - Der Auf- und Ausbau dieses weiteren Organisationsrahmens der KAP war in vielfacher Weise abhängig vom Entwicklungsgang der Partei.

2. Das Berliner Zentrum der KAPD

Die Levi-Zentrale der KPD(S) hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß sie mit der Spaltung der Partei ihr Ziel erreicht hatte. Nach Darstellung der Zentrale hatte die Taktik der Opposition durch die Ablehnung legaler Mittel in einer nicht mehr aktuell revolutionären Situation zur Folge, daß die KP sich von der wirklichen geschichtlichen Aktion abkapseln und in eine religiöse Sekte verwandeln würde, "die die reine Lehre hütet und die 'reine revolutionäre' Aktion als Sektenritual betreibt"¹. Auf dem 4. Parteitag der KPD(S), der 10 Tage nach der Gründungsversammlung der KAPD stattfand, ging man über den erheblichen Mitgliederverlust forsch hinweg mit der Erklärung, es spiele keine Rolle, ob die Partei an Zahl zugenommen habe; Hauptsache sei, sie habe sich zu größerer Entschlossenheit und Klarheit entwickelt². - Bei dieser Indifferenz gegenüber der KAPD blieb es schließlich in den folgenden Monaten nicht. Man prangerte einerseits die von der KAP, bisweilen mit Brachialgewalt, unternommenen Stör- und Sprengversuche der von der Zentrale einberufenen Versammlungen an³; andererseits konzentrierte man die Polemik gegen den linken Flügel der KAP um den "Anarchisten" Otto Rühle⁴ und das rechte Extrem der Partei um die "Nationalisten" Laufenberg und Wolffheim⁵ und bemühte sich - zu Unrecht -, beide als für die neue Partei schlechthin repräsentativ hinzustellen. Nachdem gegen Ende des Jahres 1920 diese beiden extremen Flügel der linkskommunistischen Partei abgestoßen waren, gab neben den grundsätzlichen Differenzen vor allem die vorübergehende Zugehörigkeit der KAP zur 3. Internationale Anlaß zur Fortsetzung der Polemik. Lenin selbst empfahl noch im August 1921 nach Ausschluß der deutschen Linkskommunisten aus der Komintern, die KPD solle jetzt der KAP nicht mehr so viel Aufmerksamkeit schen-

1) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 20: An die Partei! Zum organisatorischen Abschluß der Parteidifferenzen.

2) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 66 ff. Vgl. auch die Betrachtung zur Parteispaltung in der der Zentrale unterstehenden "Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 21.

3) Vgl. dazu zahlreiche Berichte in: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 53, 61, 91, 97 usw.

4) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 65, 68, 71, 74, 82.

5) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 71, 73, 85, 100.

ken. "Durch unsere Polemik gegen sie machen wir für sie nur Reklame"⁶.

Neben der Selbstrechtfertigung gegenüber der KPD hatte die eben entstandene KAPD in den ersten Monaten die schwierige Aufgabe, die ihr zuströmenden, mit der Zentrale unzufriedenen kommunistischen Arbeiter unter einem gemeinsam anerkannten Programm und Statut zusammenzubringen. Dies gelang schließlich doch nur durch das Abstoßen der Hamburger und der ostsächsischen Richtung⁷, was wiederum einige Verwirrung selbst im engeren Kreis der Berliner KAP-Gründer nach sich zog. Das charakterisierende Moment, das für alle ermittelbare Mitglieder dieser Berliner KAP-Führungsgruppe zutrifft, ist deren Herkunft aus der USPD bzw. dem "Spartakus"-Bund, während die bisher wortführenden Organisationen der Linkskommunisten in Hamburg und Bremen aus der ISD- bzw. IKD-Bewegung direkt hervorgegangen waren. Durch diese unterschiedliche Herkunft erklären sich zum Teil die Auseinandersetzungen in den Fragen des Föderalismus und der Einheitsorganisation, in denen sich die ehemaligen linken "Spartakus"-Leute gegen die ehemaligen IKD-Anhänger in Hamburg und Dresden bis Ende des Jahres 1920 in der KAP durchsetzten. Hier liegt die Bruchstelle in der Entwicklung von den linksradikalen ISD bzw. IKD zur KAP. Allerdings war der Zusammenschluß beider Strömungen seit dem Gründungskongreß der KPD(S) vorbereitet. Die ehemaligen IKD-Kräfte schieden auch keineswegs generell aus der neuen Partei aus; die Dresdener und die Hamburger KAP-Fraktionen wurden letztlich nicht wegen prinzipieller Unvereinbarkeit, sondern wegen ihres jeweiligen Führungsanspruches aufgrund einzelner besonderer Programmpunkte aus der Organisation hinausgedrängt. Pannekoek, der ehemalige Mentor der IKD, dessen linkskommunistische Thesen bereits das KAP-Programm vom Mai 1920 maßgeblich geprägt hatten, erklärte sich schon am 5. 6. 1920 in einem Brief an die KAZ⁸ unter Hinweis auf seine Karl-Horner-Artikel vom vergangenen Jahreswechsel in der Presse der Hamburger und Bremer KPD(S)-Opposition⁹ mit der KAPD solidarisch und legte etwa gleichzeitig die Zusammenfassung seiner Thesen zur Stärkung der Position der deutschen Linkskommunisten auf dem 2. Weltkongreß der Komintern vor¹⁰. Herman Gorter bot

6) Lenin, Ein Brief an die deutschen Kommunisten, in: "Die Kommunistische Internationale", 2. Jg. (1921), Nr. 18, p. 90 ff.

7) Vgl. dazu unten die entsprechenden Abschnitte.

8) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 112.

9) Vgl. oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).

10) S. Anton Pannekoek, Weltrevolution und kommunistische Taktik. Wien 1920. Vgl. auch oben den Abschnitt über den Heidelberger Parteitag der KPD(S).

gleichzeitig seinen Berliner Freunden seine regelmäßige Mitarbeit für die KAZ an.

Versucht man, die aus der Berliner KPD(S)-Opposition hervorgegangene Gründergruppe der KAPD zu ermitteln, was bei der weitgehenden Anonymität und der starken Fluktuation der Organisation nicht leicht ist¹¹, so ergibt sich folgendes Bild: Neben dem agitatorisch und pädagogisch mitreißenden und erfolgreichen Karl Schröder¹² stand der zurückhaltendere und problembewußtere Alexander Schwab¹³ an der Spitze des Berliner Zentrums der KAP; Schwab hatte sich schon in und nach seinen umfangreichen Studien der Philosophie, Philologie und Sozialwissenschaften um die Kontaktpflege zwischen Studenten und Industriearbeitern bemüht und war während des Krieges und über die theoretische Aneignung Hegels und Marx' zum "Spartakus"-Bund gestoßen; er trat in der schriftlichen Agitation kaum hervor, wird jedoch von KAP-Veteranen der eigentliche spiritus rector der ersten Jahre der Partei genannt¹⁴. Zur KAP-Gründergruppe und zum engen Freundeskreis um Schröder und Schwab gehörte auch der etwa gleichaltrige Journalist Bernhard Reichenbach¹⁵, der während und nach dem Studium der Geschichte und Nationalökonomie an führender Stelle in der Jugendbewegung tätig gewesen war und dann zu den Mitbegründern der USPD zählte. Schröder besonders nahe stand anfangs der gleich ihm aus Pommern kommende Handwerkersohn, gelernte Buchdrucker und Journalist Friedrich Wendel¹⁶, der seit 1907 Mitglied der SPD gewesen und in der Berliner Organisation des "Spartakus"-Bundes alle Statio-

11) Dazu ein KAP-Veteran: "Die Berliner Gründergruppe der KAP, das ist schwer zu sagen. Richtig ist folgendes: Die absolute Mehrheit des Spartakusbundes (90%) war KAPistisch. Von ca. 50 000 Mitgliedern gehörten mehr als 45 000 zur KAP und damit die ganze Prominenz und wir hatten sehr viel Intellektuelle! Schauspieler, Dichter, Maler, Lehrer usw. Franz Jung, Karl Schröder, Balluschek (Maler, d. Verf.), Friedrich Wendel, Goldstein, Seemann (Reichenbach, d. Verf.), es ist eine endlose Namensreihe. Sie läßt sich meiner Auffassung nach nicht mehr exakt eruieren, da die meisten der damaligen Zeitgenossen ja tot sind, bzw. in den revolutionären Kämpfen 1918/19/20 ermordert wurden." Alfred Weiland, Brief an den Verfasser vom 15.10.1967.

12) Vgl. die Charakterisierung von Schröders Persönlichkeit in: Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 439 f.

13) S. den biographischen Anhang; vgl. auch die Würdigung Schwabs in: Annedore Leber (Hrsg.), Das Gewissen entscheidet, Berlin/Frankfurt/Main 1957, p. 130 ff.

14) Peter Utzelmann (Tonband-Mitteilung vom Dezember 1966) betont, daß im Berliner KAP-Zentrum durchaus kollektiv gearbeitet wurde, daß aber, wenn man schon nach einem Führer frage, Schwab eher als Schröder "der Kopf" der Partei zu nennen sei. Ein anderer charakterisiert ihn: "Schwab gebrauchte keine Schlagworte. Er stellte sich zur Verfügung, er bot sich dar und war bereit, sich jeweils vorschieben zu lassen, wenn das Mißtrauen der Mitgliedschaften gegen die Spitze bedrohliche Ausmaße angenommen hatte." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 421.

15) S. den biographischen Anhang; vgl. auch Hanno Drechsler, Die SAPD, p. 368.

16) S. den biographischen Anhang.

nen der linken Opposition durchlaufen hatte; er trat im Januar 1920 mit Schröder als früher Theoretiker des Unionismus hervor¹⁷ und war Gründungsmitglied der KAP. Gleich Wendel hatte der Jurist Arthur Goldstein bereits mit Schröder in der Berliner KPD(S)-Opposition Unionsthesen verfochten. Adam Scharrer¹⁸ war als gelernter Dreher in den Berliner Rüstungsarbeiter-Streiks zur Bewegung der Revolutionären Betriebsobleute gestoßen und zur linken Gewerkschaftsopposition in der KPD(S); er war Redakteur an der KAZ und eines der langjährigsten KAP-Mitglieder. Der gelernte Tischler Peter Utzelmann¹⁹ war mit wichtigen Aufgaben organisatorischer Art nach dem Kapp-Putsch von seinen Berliner KAP-Freunden nach Mitteldeutschland geschickt worden. Fritz Rasch war der eigentliche Organisator der Spaltung der Berliner KPD(S) gewesen und ihm fiel wie Emil Sach, dem Kassierer im Vorstand der Partei, ein großer Teil der technisch-organisatorischen Lasten zu.

Diese Lasten waren nicht gering, denn von Mai bis August 1920 wuchs die Zahl der Parteimitglieder kontinuierlich. Obwohl die bereits im Zusammenhang mit der FAUD und der AAUD bemerkten Schwierigkeiten bei der Bestimmung der Mitgliederstärke auch auf die KAP zutreffen, kann man mit Gewißheit annehmen, daß sie die meisten Mitglieder zwischen dem 1. Parteitage im April und dem 2. Parteitage Anfang August 1920 zählte. Eine Sitzung des Zentral-Ausschusses der Partei behauptete Ende Mai - wahrscheinlich doch etwas übertreibend -, die Organisation umfasse jetzt etwa 75 % der Mitglieder der KPD(S)²⁰ und vor dem 2. Parteitag wurde immer noch eine ständig wachsende Zahl von Ortsgruppen vermeldet²¹. Den zuverlässigsten Eindruck von der absoluten und von der relativen Stärke der einzelnen Wirtschaftsbezirke der KAP vermitteln die nicht zur Veröffentlichung bestimmten Zahlen, die bei der Überprüfung der Mandate auf dem 2. Parteitag angegeben wurden: Berlin 12 000, Nord 3 000, Altona 1 953, Sachsen-Anhalt 1 400, Nordwest 1 000, Pommern 1 100, Niedersachsen 1 200, Ostsachsen 3 100, Ostpreußen 1 500, Rheinland-Westfalen 5 500, Frankfurt/Main 1 000, Zwickau 2 000, Mitteldeutschland 3 200, Besetzte Zone 2 500²². Die rund 40 000 Anhänger, die die KAP also Anfang August 1920 umfaßte, dürften das Maximum an Mitgliederstärke in ihrer Geschichte sein, da mit dem Ausschluß der Nationalbolsche-

17) Vgl. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung in der AAU.

18) Vgl. den biographischen Anhang.

19) S. den biographischen Anhang.

20) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 100.

21) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 105.

22) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, masch. schriftl. Manuskript, p. 23. In der Zählung dieses Manuskripts wurde der Gründungsparteitag nicht berücksichtigt; daher wird der tatsächliche 2. Parteitag in irreführender Weise der 1. ordentliche Parteitag genannt.

wisten noch auf dem 2. Parteitage die lange Reihe der Spaltungen und Abspaltungen begann, welche die Organisation schnell dezimierte.

Die Taktik des bei weitem stärksten Bezirks der neuen Partei, der Berliner KAP, war nach Ausweis der Presse darauf bedacht, Idiosynkrasien in der Art Ost Sachsens oder Hamburgs zu vermeiden, die ihn allzu leicht von den Arbeitermassen isolieren konnten. Das Berliner Zentrum der Partei war vor allem bestrebt, der KPD(S)-Zentrale ungerechtfertigte Aktionsträgheit nachzuweisen; die Berliner KAP glaubte vorbehaltlos an die Aktualität der Revolution und bestückte die geringsten Anlässe mit revolutionären Hoffnungen in der Überzeugung, die schon das Programm dargetan hatte, daß "der Sozialismus nicht kommt, auch wenn die Bedingungen dazu da sind, wenn die Menschen nicht wollen"²³. Lokale Hungerrevolten im Mai/Juni 1920 z. B. waren ihr Anlaß genug festzustellen: "Die objektiven Voraussetzungen der Revolution sind da." Man könne ihr Losbrechen nicht auf die Stunde voraussagen, aber "jeder, der geschichtlichen Sinn hat, weiß, daß das bald geschehen wird"²⁴. Sie bekannte sich in bewußtem Gegensatz zur KPD(S) offen zur Sabotage als einem durch die revolutionären Umstände bedingten Mittel im Klassenkampf und erklärte, von einem bestimmten Punkte ab sei dieser Kampf eine Auseinandersetzung "mit Fäusten und Zähnen, mit Messern und Knüppeln, aber besser noch mit Gewehren, MG, Handgranaten und Sprengstoff"²⁵. Tagespolitisches Nahziel war der Berliner KAP in den ersten Monaten die Verhinderung des Zustandekommens und der Durchführung des Entwaffnungsgesetzes, das Anfang August in Kraft trat und die Einziehung sämtlicher aus dem Kriege noch zurückbehaltener Waffen und Munitionsteile gebot. Auf dem 2. Parteitag hieß es, die Tätigkeit der Organisation sei "konzentriert um die Frage des Entwaffnungsgesetzes" und man hoffe, noch Zeit zu haben, um "gegen das Gesetz ein großes Manöver zu inszenieren"²⁶. Besonders empfindlich wurden durch das Gesetz die illegalen Kampforganisationen der Partei getroffen, deren Entwicklung in der Folgezeit durch chronischen Waffen- und Munitionsmangel gekennzeichnet war. - Die Versuche der KAP, Massenaktionen gegen dieses Gesetz in Gang zu bringen, scheiterten an der Nichtbeteiligung der KPD(S) und der USPD²⁷. In der gleichen Richtung, den proletarischen aktiven Kampf gegen den sich konsolidierenden bürgerlichen Staat wieder anzufachen, gingen die Sabotageaktionen gegen Munitionslieferungen an die Gegner der UdSSR im russisch-polnischen Krieg im Sommer 1920, die von der

23) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 95; Mehr Aktivität!

24) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 107.

25) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 118; Illusionen.

26) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, p. 188.

27) Vgl. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 121; Zur Entwaffnung der deutschen Revolution.

KPD als "Revolutionsromantik" abgetan²⁸ und von der KAP in Gemeinschaft mit der AAUD und der FAUD erfolgreich durchgeführt wurden. Diese taktische Haltung des Berliner KAP-Zentrums wurde vom 3. Parteitag (15. bis 18. 2. 1921) bestätigt; ein Redner forderte unter dem Beifall des Kongresses "eine erhöhte Angriffstätigkeit der Partei gegen die kapitalistische Wirtschaft und gegen alle demokratischen Einrichtungen"²⁹. Man dürfe sich nicht durch die Redensart abschrecken lassen, die Konterrevolution warte nur auf einen Anlaß, um über das Proletariat herzufallen; es gelte durch Angriff, durch den offenen Kampf, die "demokratischen Illusionen" zu zerstören. War es der KAP in allen Fällen mißlungen, die KPD für ihre Taktik der vorsätzlichen und permanenten Anti-Gesetzlichkeit zu gewinnen, so mußte ihr der Umschwung der VKPD auf die Offensivtaktik in der März-Aktion 1921³⁰ als ein Einschwenken auf ihre eigene Linie erscheinen; die KAZ jubelte: "Die Massen der VKP handeln nach unseren Parolen!"³¹. Infolgedessen wurde die Taktik der KAP unmittelbar nach der Niederlage in den miteldeutschen Märzkämpfen auch keineswegs in Frage gestellt. In einer vom Berliner Führungskreis gemeinschaftlich mit Herman Gorter verfaßten Auseinandersetzung und Abrechnung mit der Kritik an der März-Aktion forcierte man die bisherige "Linie einer aktiv - revolutionären Politik"³² noch und sah als nächste Aufgabe der KAP die Bildung von Aktionsausschüssen und die Durchführung von Betriebsbesetzungen nach italienischem Vorbild, die in den bewaffneten Kampf um die Staatsgewalt münden sollten³³. Als aber im Laufe des Jahres die ganze politische Tragweite der Niederschlagung der März-Aktion sichtbar wurde und als sich viele aktivistische Kräfte - wie im Falle Karl Plättners und seiner Anhänger besonders sinnfällig wird³⁴ - enttäuscht von der Partei abwandten, geriet die KAP in eine merkliche taktische Unsicherheit. Der 4. Parteitag im September 1921 erklärte es nunmehr als die Aufgabe der KAP, "den Willen zur Revolution im deutschen Proletariat wachzuhalten" und in Hinblick "auf die demnächst wieder aufwärts führende Welle der revolutionären Bewegung"³⁵ sich bereit zu halten. Gorter begründete diese Perspektive in seiner Rede auf dem Parteitag mit dem Fazit seiner weltpolitischen Analyse, die

28) Vgl. dazu Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 164.

29) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 172.

30) Vgl. dazu im einzelnen unten den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.

31) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 181.

32) Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, hrsgg. von der KAPD, o. O., o. J. (Berlin 1921), p. 30; die Hervorhebung ist im Original.

33) S. ibidem, p. 29-32.

34) Vgl. dazu unten den Abschnitt über Karl Plättners organisierten Bandenkampf.

35) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 232; Lehren des Parteitages.

Situation des Kapitalismus sei "politisch etwas besser, aber ökonomisch sehr schlecht" und gebe noch immer Anlaß zu sehr "großen Hoffnungen"³⁶. Eine gleichzeitig in der KAZ erscheinende Artikelserie "Zur Taktik der Partei" kam zu dem Schluß, der Gedanke einer besonderen deutschen Revolution sei "zwar nicht geradezu unmöglich, aber jedenfalls mehr und mehr unwahrscheinlich." Das Entwicklungstempo der revolutionären Bewegung sei "von neuem als Problem zu betrachten"³⁷. Die taktische Konzeption der ersten Hälfte des Jahres hatte nun an Aktualität merklich eingebüßt; man verwies nachdrücklich auf die notwendige propagandistische Kleinarbeit zur Entwicklung des proletarischen Selbstbewußtseins und blieb die Angabe praktisch-politischer Nahziele schuldig.

Etwa gleichzeitig mit der taktischen Aporie, in die die KAP seit Mitte 1921 geriet, begann die öffentliche Diskussion der Theorie von der "Todeskrise des Kapitalismus". Es ging in dieser Diskussion eigentlich mehr um die Rationalisierung einer Hoffnung, um die Ausdeutung eines Schlagwortes als um eine Theorie; denn ein einigermaßen kohärentes Thesengefüge kam darin nicht zustande. Noch 1925 konstatierte ein kritischer Beitrag zu dieser Diskussion den "so schwer von allen Genossen empfundenen Mangel einer zusammenfassenden Darstellung der Theorie der Todeskrise des Kapitalismus"³⁸. So weit die kontroverse volkswirtschaftliche Essayistik über die Frage der Todeskrise - in der jeder Versuch einer Zusammenfassung sofort eine Widerlegung erfuhr³⁹ - ein zutreffendes Bild ermöglicht, gehörten folgende Überlegungen zu den Grundlagen der prätendierten Theorie: Ausgangspunkt war Rosa Luxemburgs im Zusammenhang mit ihrer Imperialismus-Theorie aufgestellte These, daß infolge der Kapitalsakkumulation im kapitalistischen Produktionsprozeß Angebot und Nachfrage sich nicht decken könnten, daß sich immer ein Überschuß von Produkten ergebe, mithin eine Absatzkrise, die die gewaltsame Erschließung neuer Märkte erforderlich mache. Daran anschließend erklärte man den Weltkrieg als einen bislang unvorstellbaren und verzweifelten Versuch der nationalen Bourgeoisien, diese systembedingte Krise zu überwinden; die Absatzstockung sei behoben worden durch das Auftreten des Staates als Käufer aller vorhandenen Waren und durch die Kriegsproduktion⁴⁰.

36) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 232; Rede des Genossen Gorter.

37) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 243.

38) "Proletarier", 1. Jg. (1925), Heft 8.

39) Selbst die beiden Theoretiker des Berliner KAP-Zentrums waren sich hier nicht einig. Schwabs Ausführungen über die "Todeskrise" auf der Zentralausschuß-Sitzung der KAPD am 5./6. 3. 1922 z. B. wurden von Schröder in Zweifel gezogen. S. KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 19. Vgl. besonders die Auseinandersetzungen über die "Todeskrisen"-Theorie im "Proletarier", 3. Jg. (1927), Heft 3, 6, 7, 9, 10/11.

40) Vgl. dazu "Proletarier", 3. Jg. (1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

Die damit dem Kapitalismus gewährte Frist sei nach dem Weltkriege noch einmal verlängert worden durch "Vertrusting, Friedensverträge, Völkerbundsakten"⁴¹ usw., sei aber begrenzt und ihr Ende absehbar, was sich u. a. durch den Rückgang der Produktivität des Welt-Kapitalismus anzeige⁴². - Die Diskussion dieser Thesen, die seit Beginn des NEP-Kurses in Rußland im internationalen Kommunismus ihre Aktualität verloren, erschöpfte sich in der KAP weitgehend im Streit um die richtige oder falsche Auslegung der Marx'schen und Luxemburg'schen sozialökonomischen Grundbegriffe und in volkswirtschaftlichen Detailfragen. Ende 1924 wurden Stimmen laut in der KAP/AAU der Berliner Richtung, die eine situationsadäquatere Fundierung von Programm und Taktik forderten und meinten, es sei "die höchste Zeit, mit dem Unfug von der 'Todeskrise' ein Ende zu machen"⁴³. Pannekoek warnte 1927 im "Proletarier" vor der leichtfertigen Auffassung, der Kapitalismus sei nicht regenerationsfähig und sprach von einer "anhaltenden wirtschaftlichen Depression", aus der auf lange Sicht die Revolution hervorgehen werde⁴⁴.

In der "Todeskrisen"-Diskussion zeigte sich das Bemühen, der KAP neue Grundlagen zu geben, nachdem ihre ursprüngliche Basis, die - zumindest affektiv unmittelbare - Evidenz der Revolution mit der Niederschlagung im März 1921 hinfällig geworden war. Von diesem Zeitpunkt her datieren auch die taktischen und persönlichen Konflikte, die nach den bisherigen Abspaltungen zur Spaltung der Partei im März 1922 führten. Die Konflikte waren bereits auf dem September-Parteitag (1921) intern ausgefochten worden⁴⁵, wurden aber erst wirklich brisant, als sich um das vom Parteitag eingesetzte "Informations- und Organisationsbüro" für eine zu gründende linkskommunistische Internationale eine festere Fraktion bildete. Der besondere Rigorismus dieser Fraktion kam zum Ausdruck in der Ablehnung der Beteiligung der AAU an Lohnkämpfen⁴⁶ und in dem angestrebten Bemühen, schnellstmöglich eine KAI ins Leben zu rufen⁴⁷. Beides waren taktische Verhaltensweisen, die besonders den im Produktionsprozeß stehenden Ar-

41) Weltkrise und Klassenkampf, Berlin o. J., Flugschrift der KAPD, p. 1.

42) S. z. B. die Faktenkompilation im "Proletarier", 3. Jg. (1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

43) S. "Proletarier", 1. Jg. (1927), Heft 8.

44) "Proletarier", 3. Jg. (1927), Heft 7/8; Karl Horner, Prinzip und Taktik.

45) Schröder erklärte am 16. 3. 1922, wenn es nach ihm gegangen wäre, sei der Bruch in der KAP schon im September 1921 vollzogen worden. S. KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 21; vgl. auch KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 30: "Schon die Haltung der Parteimitgliedschaft in und zu den März-Kämpfen 1921 ... zeigte einen innerlichen Riß in der Auffassung der unmittelbar anzuwendenden Klassenkampfmethoden."

46) S. dazu Einzelheiten oben im Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAU.

47) S. dazu auch unten den Abschnitt über die KAI.

beitern und ihren praktischen Tagesfragen wenig Verständnis entgegenbrachten, und die von der Mehrheit des Geschäftsführenden Hauptausschusses der KAP nicht gebilligt wurden⁴⁸. Das Internationale Büro entfaltete um die Jahreswende 1921/22 große Aktivität ohne Vorverständigung mit dem Hauptausschuß der Partei und bereiste etwa die Hälfte der Wirtschaftsbezirke der KAP, um dort für seine taktische Linie zu werben. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin, der sich auf dem 4. Parteitag geschlossen gegen die Gründung einer neuen Internationale ausgesprochen hatte, bevor nicht die KAPD im Inneren gefestigt sei, räumte der internationalen Lageerörterung und der Propaganda des Internationalen Büros in der von ihm besorgten Parteipresse wenig Raum ein. Die bei der rapide rückläufigen Entwicklung der KAP leicht ins Persönliche umschlagenden Querelen über die Funktion der Union und den Zeitpunkt der Konstituierung der linkskommunistischen Internationale wurden auf der Zentralausschuß-Sitzung am 5. und 6. März 1922 verhandelt und gaben den Anlaß zur organisatorischen Entzweiung der beiden Fraktionen. Durch Manipulation des Abstimmungsmodus der Sitzung gewann Schröder eine Mehrheit für seine Fraktion, die nicht den tatsächlichen Mehrheitsverhältnissen in der Mitgliedschaft der Partei entsprach. Der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin der KAP schloß daraufhin Karl Schröder, Arthur Goldstein und Emil Sach aus wegen parteischädigenden Verhaltens und wegen ihres "maßlosen persönlichen Ehrgeizes"⁴⁹. Die Berliner AAU schloß sich diesem Verdikt gegen Schröder, Sach und Reichenbach mit rund 1000 gegen 20 Stimmen an⁵⁰ und setzte auch die Redaktion des "Kampfbruf" ab, die Schröders neuen Unions-Thesen eine Plattform geboten hatte. Schröder seinerseits, der nur die ungeteilte Unterstützung der mitgliederschwachen Bezirke Kiel, Dresden und Stettin hinter sich hatte, erklärte kurzerhand die bisherige Parteiführung für abgesetzt und konstituierte einen neuen Geschäftsführenden Hauptausschuß in Essen. Diese Spaltung - deren Ursachen nur insofern objektiv zwingend erscheinen als sie durch die soziale und wirtschaftliche Situation bedingt waren, d. h. mit der Aufgabenbestimmung der Unionen zusammenhängen - traf die Substanz der KAP und beeinträchtigte die nationale und internationale Organisationsentwicklung der Linkskommunisten in entscheidender Weise.

Zunächst konkurrierten die beiden Hauptausschüsse der KAP, nach deren Sitz sich die beiden Tendenzen "Berliner" und "Essener" Rich-

48) Hierzu und zum folgenden vgl. Einzelheiten im vollständigen-stenografischen Protokoll der Zentralausschuß-Sitzung vom 5./6. März 1922, in: KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 19-22; vgl. auch - weniger detailliert - das Resumé in: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 1.

49) KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 19: Offenes Rundschreiben an alle Mitglieder der Partei.

50) KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 20.

tung nannten. Nach - durchaus glaubwürdigen - Ermittlungen der Berliner Richtung stellten sich in Berlin etwa 100 KAP-Mitglieder hinter den Essener Ausschuß, rund 1600 hinter den Berliner⁵¹. In den verschiedenen Wirtschaftsbezirken, die im März 1922 zum Teil bereits auf eine einzige Ortsgruppe zusammengeschrumpft waren⁵², stellten sich die Vertreter beider Ausschüsse zur Diskussion und die Mehrheit der Mehrzahl der Versammlungen solidarisierte sich mit der Berliner Richtung⁵³, obwohl nicht überall der Unterschied zwischen beiden Richtungen so groß war wie in Berlin. In der Diskussion zwischen den Sprechern der Berliner und der Essener wurde von beiden Seiten mit so starken persönlichen Inkriminierungen und Verleumdungen gearbeitet, daß an eine Wiedervereinigung schon bald nicht mehr zu denken war, obwohl Herman Gorter seine Autorität dafür einsetzte⁵⁴. - Die Sprecher der Essener, Schröder, Reichenbach, Sach usw., hatten im Ruhrgebiet einen Geldgeber gefunden, der es ihnen ermöglichte, seit Mitte März eine KAZ, seit Anfang Juni 1922 einen "Kampfbruf" in eigener Regie als Organe der Essener Richtung herauszubringen, und sie riefen dazu auf, den entsprechenden Publikationsorganen der Berliner die Gelder zu sperren. Sie beriefen einen eigenen Parteitag am 4. und 5. 6. 1922 in Hannover und eine eigene Zentralausschuß-Sitzung im Oktober ein, deren Übersichten über den organisatorischen Stand der Essener Richtung entmutigend waren⁵⁵. Da sich ihre Organisationsarbeit immer ausschließlicher auf die KAI konzentrierte, verfielen die Wirtschaftsbezirke der Essener bald ganz und seit 1924 brachte ihre Presse keine Organisationsnachrichten mehr. Die Zentralausschuß-Sitzung vom Oktober 1922 trat - nach den eigenen Worten der Essener - in einer Situation der "bislang stärksten politisch-persönlichen Ernüchterung" zusammen und konstatierte eine "auf Jeden einwirkende politische Depression durch die zahlenmäßige Stärke der Berliner"⁵⁶. In der Folge der nur mehr geringen Integrationskraft des Essener KAP-

51) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 26; die Organe der Berliner Richtung führten die Zählung von 1920 ab weiter, die Presse der Essener Richtung zählte ihre Jahrgänge seit der Spaltung (1922).

52) Der Organisations-Referent auf der Zentralausschuß-Sitzung im März 1922 erklärte: "Wirtschaftsbezirke, die aus einem einzigen Ort oder aus 12 Mitgliedern bestehen, sind ein Unding". Er forderte eine Neuaufteilung der Bezirke; s. KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 22.

53) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 26; Übersicht über die Verhältnisse in 17 Wirtschaftsbezirken der KAP.

54) S. seine im Selbstverlag erschienene beschwörende, aber eindeutig zugunsten der Essener Richtung argumentierende Schrift: Herman Gorter, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, o. O., o. J. (1922).

55) S. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 6-11 und Nr. 23.

56) KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 23.

Teils entstand noch einmal innerhalb dieser Richtung eine Fraktion, die ihren Vorort in Leipzig hatte und im November 1923 "die KAP liquidierte" und sich als "Kommunistischer Rätebund" konstituierte⁵⁷. Der Rätebund gab in unregelmäßiger Folge die Blätter "Die Epoche, Kampforgan des Kommunistischen Rätebundes" und "Die Perspektive, Kampforgan der Union revolutionärer Betriebsorganisationen" bis Ende 1924 heraus. Er war in der Essener Richtung vor allem in Reaktion auf die starke Stellung entstanden, die in ihr die früheren Theoretiker der Berliner KAP-Gründergruppe innehatten; die Rätebundisten versammelten sich in der Polemik gegen diesen "Literatenzirkel" und versuchten, das verbreitete antiintellektualistische Ressentiment in KAP-Kreisen⁵⁸ zum Bestandteil ihres Programms zu machen; außer diesem Unterscheidungsmerkmal zeichneten sie sich durch ihre Ablehnung der "Exekutivgewalt der KAP über die AAU" in der bisherigen Form aus und verstanden sich als wirksamere Garanten der "inneren ideellen und organisatorischen Geschlossenheit der Union der Betriebsorganisationen im Kampfe um die Vollendung der proletarischen Diktatur"⁵⁹. Diese Zurückweisung der Unterordnung der AAU unter die KAP brachte den Rätebund in die Nähe der AAUE; Vereinigungsvorschläge an die Einheitsorganisation wurden jedoch von dieser wegen der Intellektuellen-Hetze der Leipziger Richtung abgelehnt⁶⁰; nach der Auflösung dieser Richtung gegen Ende des Jahres 1924 gingen ihre Mitglieder größtenteils zur AAUE. - Während also die Essener Richtung organisatorisch bald zusammenbrach, hatte sie doch zumindest anfangs fast alle Intellektuellen in ihren Reihen, die bisher Programm und Taktik der KAP formuliert hatten, und sie mokierte sich - nicht ganz zu Unrecht - über die geringe theoretische Potenz der Berliner⁶¹. Vom engeren Kreis der Berliner KAP-Gründer war außer Friedrich Wendel⁶² und Arthur Goldstein⁶³ auch Alexander Schwab bis Mitte 1922 aus der Partei ausgeschieden; Schwab hatte zwar auf der Zentralaussschuß-Sit-

57) S. dazu "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.

58) Vgl. dazu unten den Abschnitt über das Intellektuellen-Problem.

59) "Die Epoche", 1. Jg. (1923), Nr. 1; Die Liquidation der KAPD und die Formierung des Kommunistischen Rätebundes.

60) S. "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6; Vom wahren Wesen des "Kommunistischen Rätebundes".

61) Vgl. z. B. KAZ (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 23; Antwort an die Berliner; "Nachdem die Berliner Führer monatelang nach der Spaltung aus eigener geistiger Armut zur Ausfüllung ihrer KAZ nicht nur eine Reihe unserer früheren Aufsätze und Aufrufe Wort für Wort übernommen haben, sondern sogar unsere Broschüre "Die Allgemeine Arbeiter-Union" als ihr geistiges Eigentum ihrer Mitgliedschaft vorgesetzt haben und dadurch eine ausgeprägte Fähigkeit des Zitierens bzw. des Abschreibens bewiesen haben ..." usw.

62) Vgl. unten den Abschnitt über den Hamburger Nationalalbschewismus.

63) S. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

zung im März noch eine vermittelnde Haltung einzunehmen versucht, ließ aber in seinem Referat bereits erkennen, daß er kein Interesse mehr an der praktischen Organisationsarbeit hatte; er hatte nach der Enttäuschung, die er auf dem 3. Komintern-Kongreß erfuhr und die ihn seinen bisherigen Freunden entfremdete, bereits seine Funktionen im Internationalen Büro nicht mehr wahrgenommen und erklärte Ende März 1922 seinen Austritt aus der KAP⁶⁴. Die Freundschaft und theoretische Übereinstimmung zwischen Schröder und Gorter bewährte sich hingegen auch nach der Spaltung der Partei; Gorter, der durch längere Krankheit an den Spaltungsvorgängen nicht unmittelbar beteiligt war, unterstützte die Essener Richtung ohne Vorbehalt. In seiner Begründung der Essener Taktik⁶⁵ ging Gorter davon aus, daß bei objektiv revolutionärem Zustand Deutschlands und Europas fast das gesamte deutsche Proletariat "reformistisch" sei; "alle kämpfen für 'Reformen' und 'Aufbau'⁶⁶. In einer solchen Situation sei es absolut notwendig, daß wenigstens eine Gruppe das Prinzip der Revolution mit der äußersten Konsequenz hochhalte, um den Prozeß der proletarischen Selbstbewußtseins-Entwicklung zu fördern und um bei erneuter Aktualisierung der Revolution den Kern der proletarischen Emanzipationsbewegung bilden zu können; daher keine Beteiligung der AAU an Lohnkämpfen und die sofortige internationale Organisation der konsequenten Revolutionäre gegen die erdrückende Masse der "Opportunisten". - Diesen Kampf gegen den "Reformismus" führte nachweisbar der Essener "Kampfruf" bis April 1926, die Essener KAZ - zuletzt in unregelmäßiger Folge und in Kleinformat - bis 1929. Ein Teil der prominenten Vertreter der Essener (Schröder, Reichenbach) war bis 1925 wieder in die SPD zurückgekehrt, ein anderer Teil zog sich ganz von der politischen Tätigkeit zurück (Sach z. B.). Innerhalb der SPD gruppierten sich viele ehemalige KAP-Mitglieder wieder um Schröder und bauten mit ihm schließlich seit 1929 einen revolutionären Zirkel, die "Roten Kämpfer", auf, der sich schon vor 1933 auf eine Periode der Illegalität einstellte, bis 1936 im Widerstand arbeitete und die meisten Mit-

64) Vgl. die Notiz in: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 1. Jung berichtet, Schwab habe sich um diese Zeit "mit der revolutionären Idee des Widerstandes gegen jede Form von Politik zu identifizieren begonnen." Er habe den "Kreislauf der politischen Arbeiterbewegung, aus der Masse eine Spitze zu schaffen, und diese Spitze dann durch Unterdrückung der Massen in Permanenz zu halten ... zu dieser Zeit als erster und am klarsten erkannt." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 421.

65) S. dazu besonders Herman Gorter, Die Notwendigkeit der Wiedervereinigung der KAPD.

66) S. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 23; Herman Gorter, Die Essener und die Berliner Richtung; s. auch "Der Kampfruf" (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 14 ff; Herman Gorter, Die Richtigkeit der Essener Richtung in der Frage des Mittens in wirtschaftlichen Kämpfen.

glieder der Berliner Gründergruppe der KAP wieder versammelte (Schröder, Schwab, Reichenbach, Goldstein, Utzelmann u. a.)⁶⁷.

Die Führung der Berliner Richtung der KAP war gleich nach der Spaltung weitgehend anonym geworden; neben Adam Scharrer, der von Anfang an eine starke Position in der Berliner Organisation der Partei hatte und auf der März-Zentralausschuß-Sitzung in deren Namen scharf gegen die Gründung der KAI aufgetreten war⁶⁸, spielten in den folgenden Jahren bis dahin nicht namentlich hervorgetretene, zum Teil aus der Jugendorganisation nachrückende Arbeiter die führende Rolle⁶⁹. Diese Richtung verstand sich als die authentische Fortsetzung der Parteitradition⁷⁰ und berief vom 14. bis 16. Mai 1922 bereits den von den erheblich verwirrten Mitgliedern geforderten 5. Parteitag der KAP⁷¹ im Bewußtsein ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit im Stammsitz der gegenrhetorischen Richtung, in Essen, ein. Die Diskussion der Spaltung verlief nicht ganz ohne Anti-Intellektuellen-Ressentiment⁷², und die Stimmen häuften sich, die zwar keine prinzipielle Revision, aber doch eine zeitgemäßere Umformulierung des Parteiprogramms verlangten. Damit wurde der Bezirk Groß-Berlin beauftragt; er legte dem 6. Parteitag (9. bis 11. 9. 1923) ein zweites Programm der KAPD vor⁷³, das dieser annahm. Dies Programm fügte dem ersten ein Exposé über die "Todes-

67) Vgl. dazu die Dokumentation über die "Roten Kämpfer" (loc. cit.) und demnächst die Marburger Dissertation von Olaf Ihlau über die Geschichte der "Roten Kämpfer".

68) S. sein Referat in: KAZ (Groß-Berlin), 3. Jg. (1922), Nr. 20.

69) Weitgehend repräsentativ mag die politische Biographie Alfred Weilands sein: Alfred Weiland, geboren am 7. 8. 1906 in Berlin-Moabit, stammte aus einer sozialistischen Familie, die sich während des ersten Weltkrieges dem "Spartakus"-Bund anschloß; sehr frühe Kontakte mit der sozialistischen Jugendbewegung und Teilnahme an der Entwicklung des linken Flügels des "Spartakus"-Bundes bis zur Gründung der KAP; bereits 1925 verantwortliche Funktionen in der AAU und dann in der KAP, Redakteur an der KAZ und 1927 internationaler Verbindungsmann der KAP/AAU; Tätigkeit in der Erwerbslosenbewegung und im Februar 1933 wegen Verbindungen zu dem holländischen Reichstags-Attentäter van der Lubbe (der den holländischen Linkskommunisten nahestand) verhaftet; 1935 entlassen und bis 1938 unter Schutzhaft; nach 1945 in der DDR, dann nach West-Berlin übersiedelnd. Brief Alfred Weilands an den Verfasser vom 15. 10. 1967. Herr Weiland nennt als weitere Namen in der Führung der KAP nach 1924: Lincke, Michaelis, Wilfrath und Pinkowski.

70) Am 24. 3. 1922 erklärte der Bezirk Groß-Berlin, er stehe "nach wie vor auf der programmatischen und theoretischen Grundlage des Programms und der in den Broschüren "Klassenkampforganisation des Proletariats" (von Herman Gorter) und "Der Weg des Dr. Levi - der Weg der VKPD" vertretenen Auffassung." KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 24.

71) Vgl. das Protokoll des 5. Parteitages in: KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 35-40.

72) So wurde u. a. verlangt: "Niemals sollte ein Intellektueller führende Stellung einnehmen. Sie sollten arbeiten, aber nicht führen. Ihnen zur Seite sollten immer zwei bis drei Proletarier stehen." KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 39.

73) Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Berlin 1924.

krise des Kapitalismus"⁷⁴ hinzu und strich - wie schon auf dem Essener Parteitag gefordert worden war⁷⁵ - die 1920 noch enthusiastische Unterstützung der russischen Revolution⁷⁶. Im übrigen war das "maximalistische" konkrete Aktionsprogramm der KAP von 1920 nun sehr allgemeinen Überlegungen über die "Aufgaben der Arbeiterklasse nach der Übernahme der politischen Macht"⁷⁷ gewichen. Die eigentliche Streitfrage zwischen Berlinern und Essenern, die Aufgabe der Union, wurde im neuen Programm gar nicht aufgegriffen; dazu waren vom 5. Parteitage "Leitsätze zur Taktik" angenommen worden⁷⁸, die den Unionsgenossen vorschlugen, im Streikfalle im jeweiligen Betriebe die Politisierung des Streiks zu bewirken, dann einen Aktionsausschuß zu wählen und mit diesem "die revolutionäre Situation so weit wie möglich vorwärts zu treiben"; nehme die Belegschaft die Unionsparolen nicht auf und bilde keine Aktionsausschüsse, so sei von den AAU-Genossen keinerlei Streikfunktion zu übernehmen, im übrigen aber "selbstverständlich Solidarität zu üben." - Dergleichen verwirrende Kasuistik entstand zwangsläufig aus dem Bemühen, an der revolutionären Taktik der KAP in einer längeren, nicht mehr revolutionären Phase der sozialen Entwicklung festzuhalten. Die Austragung der Differenzen mit den Essenern nahm zudem einen so großen Platz ein in der Tätigkeit der Berliner Richtung⁷⁹, daß sie sich immer weiter von den an weniger prinzipiellen Fragen dringender interessierten Arbeitermassen entfernte. Bereits eine Zentralausschuß-Sitzung der Berliner im Februar 1923 stellte fest, viele Wirtschaftsbezirke lägen völlig darnieder; man verspüre wenig geistiges, aktives Leben und vermisse jede eigene Initiative; "nach außen hin ist von einer KAP nichts zu merken"⁸⁰. - In den Hungerrevolten und Streiks seit Mitte 1923 sparte ihre Presse dann nicht mit revolutionären Aufrufen. Die KAP spielte in diesen Aktionen bereits gar keine Rolle mehr, wurde aber dennoch von den Repressionsmaßnahmen gegen die kommunistischen Organisationen, die mit Beginn der Stabilisierung durchgeführt wurden, betroffen. Immerhin gab es in der Berliner Richtung auch über 1924 hinaus ein, nun fast ganz auf den Bezirk Berlin-Brandenburg eingeschränktes Organisationsleben. Sie bildete eine weitgehend sektiererische Gruppe, deren

74) S. ibidem, p. 5-14; Aufstieg und Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft im Zeitalter des Imperialismus.

75) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 36.

76) Vgl. Programm der KAPD (1924), p. 23-30; Leitsätze zur KAI.

77) Ibidem, p. 33 ff.

78) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 39.

79) Vgl. dazu die endlose Artikelserie; Essener und Berliner Richtung, Antwort an Gorter, in: KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 24-34.

80) KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 5.

vorzugsweise gegen die KPD gerichtete Kritik⁸¹ von Fall zu Fall Aufmerksamkeit erregte. Die KAP erfüllte damit eine kritische Funktion, wie sie in ähnlicher Weise vor dem ersten Weltkrieg der "Freien Vereinigung" z. B. in der Massenstreik-Diskussion zugefallen war. So erlangte ihre Kritik an der KPD und der 3. Internationale z. B. eine gewisse Publizität in der sogenannten "Granaten-Affäre", den Ende 1926 durch die englische Presse eingeleiteten Enthüllungen über die Belieferung der Reichswehr mit in Rußland produzierten Waffen und Munitionsteilen⁸²; für die KAP war das eine unerwartet krasse und propagandistisch auswertbare Bestätigung ihrer seit 1921 vertretenen Behauptung, die 3. Internationale sei zum Handlanger der internationalen Bourgeoisie geworden.

Im Zusammenhang mit diesem polemisch-propagandistischen Erfolg kam es noch einmal zur Fraktionsbildung in der Rest-KAP Berliner Richtung, an der zugleich der esoterische, nur mehr von verbandswidrigen Streitfragen bestimmte Charakter der Diskussion offenbar wurde, die in der Organisation noch stattfand. Die im November 1927 vollzogene erneute Spaltung kam über die mehr oder minder strenge Interpretation des Prinzips des Antiparlamentarismus zustande: Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Ernst Schwarz⁸³, der im Mai 1926 mit Karl Korsch aus der KPD wegen "ultralinker" Abweichung ausgeschlossen worden war, dann eine Oppositionsgruppe um die Zeitschrift "Entschiedene Linke" aufgebaut und u. a. im Reichstag im Zusammenhang mit der "Granaten-Affäre" die KPD und die Kominintern im Sinne der KAP kritisiert hatte, stand mit den Führern der Berliner KAP/AAU seit November 1926 in engem Kontakt. Anfang 1927 schloß sich die "Entschiedene Linke", die gemessen an der Zahl ihrer Mitglieder stärker war als die KAP, mit der KAP/AAU Berliner Richtung zusammen, da in allen wesentlichen Programmpunkten Übereinstimmung bestand. Gegen diesen Zusammenschluß, der im Rahmen einer "elastischen Taktik"⁸⁴ weitgehend - nach Darstellung der Opposition - ohne Mitgliederkonsultation zwischen den Sprechern der KAP und der "Entschieden Linke" (EL) ausgehandelt worden war, um die Reichstags-Plattform und die Diäten Schwarz' zu nutzen, entstand heftiger Widerspruch besonders in den KAP-Gruppen in Berlin, Ham-

81) S. die umfangreiche Zusammenfassung ihrer KPD-Kritik; Die KPD im eigenen Spiegel. Aus der Geschichte der KPD und der 3. Internationale, Berlin o. J. (1925) (172 S.) (KAPD-Verlag).

82) S. dazu die KAP-Broschüre: Von der Revolution zur Konterrevolution. Rußland bewaffnet die Reichswehr, Berlin o. J. (1927).

83) Vgl. zur Biographie Schwarz' und zur Geschichte seiner Gruppe; Siegfried Bahne, Die ultralinke Opposition in der KPD, loc. cit., p. 379 ff.

84) Vgl. dazu die Kritik in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 11; Spaltung in der KAP Berliner Richtung.

burg und Leipzig⁸⁵. Die Opposition gab seit November 1927 je ein eigenes Publikationsorgan für die Partei und für die Union heraus⁸⁶ und warf der KAP-Führung vor, zu einer "parlamentarischen Zweckmäßigkeitspolitik" übergegangen zu sein, statt am Prinzip des "revolutionären Antiparlamentarismus"⁸⁷ festzuhalten. Die Essener sahen in dieser "elastischen Taktik" nur eine weitere Bestätigung für den "Reformismus" der Berliner; sie bemühten sich aber vergeblich deren Opposition zu sich herüber zu ziehen; auf einem Parteitag der Berliner KAP-Richtung zu Ostern 1928 kehrte die Opposition zurück aufgrund der Versicherung, die "Entgleisung im Falle des Parlamentariers Schwarz" sei berichtigt. "Eine Wiederholung solcher Experimente kommt nicht in Frage"⁸⁸. - Aufgrund des Auseinanderfalls der Verbindung mit der EL und aufgrund dieser letzten Probe des KAP-spezifischen Doktrinarismus zerfielen bald auch die letzten Bezirke der Partei, die 1931 bis auf einen kleinen Rest, der noch einmal eine eigene KAZ⁸⁹ herausbrachte, praktisch aufhörte zu existieren. Die vergleichsweise stärkere und beweglichere AAU übernahm "in Wahrheit immer mehr die Aufgaben der alten KAP"⁹⁰. Nachdem sich Ende 1931 auch die AAU und die AAUE zusammengeschlossen hatten, waren sämtliche Filiationen der linkskommunistischen Tradition in Deutschland kurz vor ihrem unwiderruflichen Ende noch einmal zusammengekommen, das mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten besiegelt wurde.

3. Die KAPD und die Dritte Internationale

Die lange gehegte Vorstellung der linken Opposition in der KPD(S), ihre Taktik habe die volle Billigung der Bolschewiki, gründete sich - abgesehen von dem allgemeinen Eindruck der Identität ihres eigenen revolutionären Tatendrangs mit dem der russischen Genossen - auf die Erinnerung an die übereinstimmende kompromißlose Verurteilung der

85) S. KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 11.

86) "Kommunistischer Arbeiter, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands - Opposition", 1. Jg. (1927) - 2. Jg. (1928), und; "Klassenfront, Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands - Opposition (Revolutionäre Betriebs-Organisation)", 1. Jg. (1927). 87) "Kommunistischer Arbeiter", 1. Jg. (1927), Nr. 1: Antiparlamentarismus oder antiparlamentarischer Opportunismus.

88) "Kommunistischer Arbeiter", 2. Jg. (1928), Nr. 5.

89) "Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der KAPD", Berlin-Lichtenberg, 1. Jg. (1931) - 3. Jg. (1933).

90) Brief von Herrn Alfred Weiland an den Verfasser vom 14. 8. 1967. Eine Reihe der ehemaligen KAP-Mitglieder der Berliner Richtung arbeitete nach 1933 im Widerstand unter den Namen "Revolutionäre Obleute" und "Gruppe Internationaler Sozialisten".

"Sozialpatrioten" (USPD und SPD), die auf der Zimmerwalder Konferenz begonnen hatte¹. Sowohl die ehemaligen ISD als auch Pannekoek, deren geistiger Mentor, hatten während des Krieges den Kampf im Sinne der Leninschen Resolution von Zimmerwald geführt und spielten nun eine hervorragende Rolle in der linken KPD(S). Man verkannte über diesen taktischen Berührungspunkten aber die tieferen prinzipiellen Differenzen, die sich z. B. aus den spontaneistischen Vorstellungen der linken deutschen Kommunisten und dem elitären Parteiverständnis der Bolschewiki ergeben mußten². So hatte Lenin auch schon in einem Brief vom 10.10.1919 - noch vor Bekanntwerden des Radekschen Schreibens an den 2. Parteitag der KPD(S) und damit grundsätzlich übereinstimmend - die Ablehnung der "Ausnutzung der legalen Möglichkeiten", der "Beteiligung am bürgerlichen Parlament, an den reaktionären Gewerkschaften oder Scheidemannschen Arbeiterkomitees oder Betriebsräten" als eine "Krankheit des Wachstums" der kommunistischen Bewegung in Deutschland bezeichnet³. Aufgrund dieser Übereinstimmung zwischen Lenin und Radek - und der von letzterem beeinflussten Levi-Zentrale der KPD(S) - hinsichtlich des linken Flügels der Partei wurde Anfang 1920 das Amsterdamer Büro der 3. Internationale, dem die mit den linken Kommunisten solidarischen Genossen Pannekoek und Gorter vorstanden, durch einen Telefonanruf aus Moskau aufgelöst⁴. Der überwiegend oppositionelle Bezirk Berlin hatte außerdem am 7. 2. 1920 in einem Schreiben des "Exekutiv-Komitees der Kommunistischen Internationale" (EKKI) eine Vermahnung wegen seiner antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Haltung und eine Einladung zur Aussprache in Moskau erhalten. Ungeachtet all dieser offenkundigen Mißbilligungen der Opposition durch das EKKI legte die Berliner Gründer-Gruppe der KAPD größten Wert auf die Zugehörigkeit zur 3. Internationale. Der Berliner Referent zur Frage der Internationale auf dem Gründungskongreß im April 1920 behauptete trotziger: "Wir haben ... nicht um Anschluß unserer Partei an die 3. Internationale zu ersuchen, sondern wir haben unseren Anschluß nur zu erklären"⁵. Man hielt die

1) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die Bremer Linksradikalen.

2) Vgl. dazu auch den folgenden Abschnitt über Herman Gorters Auseinandersetzung mit Lenin.

3) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 191, Beilage; Lenin über die Taktik der Kommunisten; Grüße an die deutschen, italienischen und französischen Kommunisten. In einem Vorwort verwiesen die Hamburger Linkskommunisten nachdrücklich auf die Verurteilung der "Sozialpatrioten" in dem Brief, meinten aber im übrigen, keine Stützung der Taktik der Levi-Zentrale darin finden zu können. - Ein erstes Beispiel der an Selbsttäuschung grenzenden Ignorierung der russischen Mißbilligung, die in den folgenden Monaten typisch war für die Haltung der Linkskommunisten gegenüber Moskau.

4) Vgl. Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 121 f.

5) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

russischen Genossen für unzureichend und einseitig informiert über die Zustände in der deutschen KP und baute im übrigen seine Hoffnungen auf die Gemeinsamkeit des "maximalistischen Programms" der russischen Revolution und der KAPD; die Levi-Zentrale, die den Befreiungskampf des Proletariats in Etappen führen wollte und die im März 1919 der Gründung der Komintern gar nicht zugestimmt habe, könne unmöglich der richtige Vertreter der deutschen Kommunisten in der 3. Internationale sein. Der Gründungskongreß nahm einstimmig eine Resolution an, die erklärte, die KAPD stehe "vorbehaltlos auf dem Boden der 3. Internationale"⁶. Dem daraufhin aufkommenden Gerücht, die KAPD sei in die Komintern aufgenommen, trat sofort am 18. 4. 1920 das Westeuropäische Sekretariat der 3. Internationale entgegen⁷. Die Befürchtungen der KPD(S)-Führung und insbesondere Paul Levis, der in der Auseinandersetzung mit den linken Kommunisten die deutsche KP organisatorisch gefestigt hatte und nun durch die Anerkennung der KAPD von Seiten des EKKI eine mögliche Gefährdung seines ganzen Werkes sah, waren jetzt und in den folgenden Monaten sehr groß.

Vom KAP-Gründungskongreß wurden der Schiffsbauer Jan Appel⁸, der die Entwicklung der vom EKKI inkriminierten Hamburger Opposition klarlegen sollte, und Franz Jung für die Berliner Opposition zum mündlichen Bericht bei der Führung der Komintern nach Moskau entsandt. Von nun an entstand ein gutes Jahr lang ein wahrer Reiseverkehr unter den erschwerenden Umständen der Illegalität von der Berliner KAPD-Zentrale zur Moskauer Komintern-Spitze. Die Delegation Appel/Jung kam nach abenteuerlicher Fahrt⁹ Anfang Mai (1920) nach Petersburg und Moskau und hatte dort Unterredungen mit Lenin, Sinowjew und anderen Führern der Komintern und der KPdSU. Sie wurde persönlich gefeiert, aber die vorgetragenen Argumente der KAP gegen die Levi-Zentrale und ihre eigenen programmatischen Vorstellungen stießen auf geschlossene Ablehnung¹⁰. Die Argumente der Russen waren diejenigen, die Lenin bereits in seinem Brief vom Oktober 1919 angedeutet hatte und die er dann ausführlicher darlegte in seiner Schrift "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"¹¹; er las Appel und Jung u. a. Passagen aus dem Manuskript die-

6) Ibidem.

7) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 57; Die 3. Internationale und die KAPD.

8) S. den biographischen Anhang.

9) Appel und Jung gelangten mit Hilfe eines Hamburger KAP-Genossen als blinde Passagiere auf einen Fischdampfer, dessen Besatzung sie auf hoher See zur Kursänderung nach Murmansk zwangen, wo sie am 1. Mai 1920 einliefen. Vgl. dazu die Beschreibung: Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 143 ff.

10) S. dazu ibidem, p. 157 ff; die Darstellung Jungs ist in den faktischen Details nicht sehr zuverlässig.

11) W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. III, p. 389 ff. Lenin schrieb die Abhandlung

ser Abhandlung vor¹², hatte also aufgrund seiner seit langem ausformulierten verschiedenen Auffassung von Organisation und Taktik der KP und unter dem Einfluß Radeks und der Levi-Zentrale sein Urteil über die linken Kommunisten in Deutschland bereits gefällt; er sah keine Veranlassung, es zu revidieren. Die Position der KAP-Delegation Appel/Jung war besonders schwach durch die Tatsache, daß sie kein allgemein anerkanntes Programm ihrer Partei vorzulegen hatte¹³ und daß ihre Verurteilung der sich inzwischen abzeichnenden nationalbolschewistischen und syndikalistischen Flügel der KAP so als Privatmeinung abgetan werden konnte¹⁴. Lenin lehnte die antigewerkschaftliche und antiparlamentarische Haltung und die Fragestellung "Parteidiktatur oder Klassendiktatur?" nach wie vor entschieden ab. - Als Reaktion auf das Beitrittsgesuch dieser ersten KAP-Delegation erfolgte unter dem Datum vom 2. 6. 1920 ein "Offenes Schreiben des EKKI an die Mitglieder der KAP"¹⁵, das eigentlich alle Illusionen darüber, zu welcher der beiden kommunistischen Parteien in Deutschland Lenin und die Führung der Komintern stand, endgültig hätte beseitigen müssen. Die Taktik der KAP wurde als "ein direktes Abweichen vom Kommunismus" bezeichnet und das EKKI erklärte rundheraus, "daß in allen jenen wichtigsten prinzipiell-taktischen Problemen, die jetzt in Deutschland ... zu brennenden Tagesfragen geworden sind, nicht die KAPD, sondern die KPD(S), im Recht ist"¹⁶. Es schlug vor, bis zu den Beschlüßfassungen des 2. Weltkongresses der Komintern, denen sich die KAP unterwerfen sollte, unverzüglich ein Übereinkommen mit der Zentrale der KPD(S) zu treffen und ein provisorisches, gemeinsames Organisationsbüro zu bilden unter dem Vorsitz eines Mitgliedes des EKKI¹⁷. - Da über das Schicksal der Delegation Appel/Jung Ungewißheit herrschte und da die KAP auf jeden Fall auf dem 2. Komintern-Kongreß vertreten sein wollte, reiste Otto Rühle - in Unkenntnis des

im April 1920 und ergänzte sie im Mai; sie erschien im Juni in russischer, im Juli in deutscher, französischer und englischer Sprache. Vgl. auch zu dieser Schrift: Hellmuth Kolbe, W.I. Lenins Werk "Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus" - eine bedeutende Hilfe für die junge KPD, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 2. Jg. (1960), p. 255 ff. Die lückenhafte und oberflächliche Darstellung dieses Aufsatzes verzeichnet die Rolle Levis und verschweigt diejenige Radeks völlig.

12) Tonband-Mitteilung von Herrn Appel.

13) Das erste Programm der KAPD war Mitte Mai 1920 redaktionell abgeschlossen und erschien erst Ende Mai im Druck; vgl. oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD.

14) S. Bericht der nach Moskau entsandten Delegation, in: Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, Berlin o. J., p. 3-6.

15) S. Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, p. 7-12. S. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 128, Beilage.

16) Ibidem, p. 8; Hervorhebung im Original.

17) S. ibidem, p. 12.

EKKI-Briefes, der erst nach Beginn des 2. Komintern-Kongresses in die Hände der KAPD gelangte, - Ende Mai illegal nach Moskau¹⁸; Anfang Juli stieß dort August Merges zu ihm als anderer KAP-Delegierter für den 2. Weltkongreß der 3. Internationale, der am 19. Juli begann. Während seiner mehrwöchigen Reisen war Rühle bereits vieles aufgefallen, das er mit der besonderen, von der westeuropäischen verschiedenen, Bedingtheit der russischen Revolution erklärte; so besonders das allen Formen der staatlichen und wirtschaftlichen Organisation unterliegende Prinzip des Zentralismus, das - nach Rühles Beobachtungen - von den Bolschewisten so konsequent entwickelt worden sei, daß es zum "Überzentralismus" geführt habe¹⁹. Die Übertragung dieses Prinzips auf die Organisation und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung schien Rühle völlig absurd. Als den Versuch eben einer solchen Übertragung beurteilten er und Merges die vom EKKI unter maßgeblicher Mitarbeit Karl Radeks ausgearbeiteten 21 Aufnahmebedingungen in die Komintern²⁰, die dem 2. Kongreß vorgelegt werden sollten und die die beiden KAP-Delegierten vor Beginn des Kongresses zu Gesicht bekamen. Die Bedingungen, die u. a. tatsächlich die Thesen des 2. Parteitages der KPD(S) zum Verhältnis von Partei, Klasse und Masse, zum Parlamentarismus und zur Gewerkschaftsfrage einschlossen, schienen Rühle und Merges eine Neuauflage der Heidelberger Leitsätze. "Sie waren nur etwas großzügiger aufgemacht, etwas theoretischer frisiert, etwas mehr ins Zentralistisch-Diktatorische potenziert"²¹. Radek erklärte der KAP-Delegation, der Aufnahme ihrer Partei in die Komintern stehe nichts mehr im Wege, wenn sie sich allen Kongreßbeschlüssen unterwerfe - also auch der zustimmenden Beschlüßfassung über die u. a. gegen die KAP gerichteten Aufnahmebedingungen. Die beiden KAP-Delegierten reisten daraufhin noch vor Beginn des Weltkongresses nach Deutschland ab, nachdem auch Unterredungen Rühles und Merges' mit Lenin, Sinowjew u. a. ergebnislos gewesen waren. Eine Einladung des Kongresses, die sie noch auf der Rückreise erreichte und ihnen beschließende Stimmen zusicherte, schlug die Delegation aus, um nicht das Todesurteil über die KAPD mitbeschließen zu müssen. Auf diese Weise war von den deutschen antiautoritären Linksradiakalen auf dem 2. Komintern-Kongreß, dessen Beschlüsse die autoritäre Stellung der russischen Staatspartei im inter-

18) S. seinen "Bericht über Moskau", in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40.

19) S. ibidem.

20) S. die vom Kongreß angenommenen, zuerst in 19 Punkte unterteilten "Leitsätze über die Grundaufgaben der Kommunistischen Internationale", in: Protokoll des 2. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Hamburg 1921, p. 746 ff. S. auch Günther Nollau, Die Internationale, (op. cit.), p. 388-393.

21) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40.

nationalen Kommunismus zementierten, nur das FAUD-Mitglied Augustin Souchy anwesend²², um Widerspruch zu leisten in der Diskussion der Stellung der Partei in der Revolution²³ und der Frage des Parlamentarismus²⁴.

Das KAP-Zentrum in Berlin hatte nach Bekanntwerden des EKKI-Briefes vom 2. 6. 1920 empört reagiert²⁵ und der 2. Parteitag mißbilligte aufs schärfste das von der Komintern angemaste Einspruchsrecht in die inneren Angelegenheiten und Probleme der einzelnen kommunistischen Landesorganisationen. Nach den 21 Bedingungen des 2. Komintern-Kongresses hielt ein Teil der KAP jede weitere Bemühung um die Aufnahme der Partei in die 3. Internationale für vergeblich, ja für gefährlich. Dieser Teil gruppierte sich um Rühle, Pfemfert und Broh, die Anführer der Einheitsorganisations-Tendenz, die seit August 1920 besonders in Pfemferts "Aktion" eine Kampagne gegen die russische "Parteidiktatur" und "Führer-Internationale" begannen²⁶. - Der Teil, der weiterhin und nun erst recht die Aufnahme der KAP betreiben wollte, war stark repräsentiert durch fast die gesamte Berliner Parteiführung und durch den größten Teil der nach wie vor vom großen Beispiel der Oktober-Revolution faszinierten Mitgliedermenge. Von der Berliner Führung war gleich nach Rühles und Merges' Rückkehr das Verhalten dieser Delegation als "schwerer Fehler" bezeichnet worden²⁷ und gleichzeitig begann die heftigste Polemik gegen den besonderen ostsächsischen Kurs in der Partei, der von Rühle gesteuert wurde²⁸. Hatte sich der Parteitag Anfang August noch gegen den Ausschluß Rühles erklärt, so vollzog ihn nun eine Zentralaussschuß-Sitzung der KAP am 30. und 31. Oktober dennoch wegen "parteizerrüttender Tätigkeit"²⁹. Dieselbe Sitzung des Zentralaussschusses beschloß, obwohl der Parteitag keine entsprechende Weisung gegeben hatte³⁰, erneut eine Delegation nach Moskau zu schicken, die sich aus den wichtigsten Re-

22) Souchy war nicht offiziell von der FAUD delegiert, sondern bei der Gelegenheit seiner russischen Studienreise anwesend.

23) S. Protokoll des 2. Weltkongresses der Komintern, p. 95 ff.

24) S. ibidem, p. 448 ff.

25) S. den Aufruf "An den 2. Kongreß der 3. Internationale", in: Das Exekutivkomitee der 3. Internationale und die KAPD, p. 13 ff.

26) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 31/32, 33/34 usw.; s. auch Franz Pfemfert, Die Parteidiktatur der 3. Internationale, Berlin 1921.

27) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 137; s. außerdem die Polemik gegen Rühle; ibidem, Nr. 138, 139, 143, 144, 154 usw.

28) S. unten den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

29) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 138.

30) Bernhard Reichenbachs Darstellung (loc. cit., p. 133) verlegt den Parteitagsbeschuß irrigerweise vor die dritte Moskau-Delegation; tatsächlich erfolgte die Zustimmung des Gothaer Parteitages zum Beitritt erst im Februar 1921, also post festum.

präsentanten des zentralistischen Kerns der KAP, aus Schröder, Gorter und Rasch zusammensetzte. Schröder hatte schon auf dem 2. Parteitag das Verhalten der Kominternführung als "Radekmethoden" qualifiziert, die man übereinstimmend ablehne, durch die man sich aber nicht entzweien lassen dürfe³¹. Den Anlaß zu dieser neuen Delegation hatten Gespräche der Berliner KAP-Führer mit dem Vorsitzenden der 3. Internationale, Sinowjew, auf dem Hallenser Parteitag der USPD Mitte Oktober 1920 gegeben. Als Motiv für das hartnäckige - und angesichts der strengen KAP-Forderung nach ausschließlicher Selbstbestimmung der Mitgliedschaften nicht unbedenkliche - Bemühen um den Anschluß an die Komintern, gab Gorter die Notwendigkeit an, in der "revolutionär-opportunistischen" 3. Internationale eine "revolutionär-marxistische" Opposition zu bilden³² und nach Möglichkeit eine linke Fraktion gegen die 21 Punkte des 2. Kongresses zusammenzubringen. Die Delegation Schröder/Gorter/Rasch kam im November 1920 illegal nach Rußland mit dem Ziel, die Aufnahme der KAP als sympathisierende Partei zu bewirken, ohne Abstriche am Parteiprogramm zuzulassen. Nach wiederholten Unterredungen mit Lenin, Trotzki, Bucharin, Sinowjew u. a. und nach zwei Sitzungen des EKKI erreichte sie, daß die KAPD offiziell am 5. 12. 1920 als "sympathisierende Partei mit beratender Stimme ... provisorisch"³³ in die Komintern aufgenommen wurde. Diese Entscheidung des EKKI für die Aufnahme der KAP in die Internationale war eine Maßnahme, auf die - wie im Falle des nach all den Kämpfen mit den Linken in der KPD besonders allergischen Paul Levi augenfällig wurde³⁴ - die KPD(S)-Führung mit großer Verärgerung reagierte. Tatsächlich änderte diese Entscheidung aber nicht das geringste an der grundsätzlichen Haltung des EKKI zu den deutschen Linkskommunisten. Nachdem schon ein weiterer Offener Brief der Komintern-Spitze an die KAP-Mitglieder³⁵ Mitte Oktober ergangen war mit der Aufforderung zum Übertritt in die KPD(S), wiederholte die Aufnahme-Resolution vom Dezember den gleichen Wunsch. Allein diesem Zweck, den "besten Proletarier-Elementen aus der KAPD" entgegenzukommen und ihnen den Übertritt in die KPD(S) zu erleichtern, sollte

31) S. Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP, p. 144.

32) S. Herman Gorter, Die KAPD und die 3. Internationale, in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 162.

33) S. den offiziellen Bericht der Delegation in: "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3; Delegation nach Moskau; s. auch KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 155; Die KAPD gehört zur 3. Internationale!

34) Paul Levi trat im Februar 1921 aus Protest wegen der seit längerer Zeit bestehenden Differenzen in der Frage des KAP-Anschlusses und der italienischen Politik des EKKI vom Vorsitz über die VKPD zurück.

35) S. den Text des Briefes in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 45/46.

gemäß der Absicht des EKKI die Aufnahme der KAPD dienen³⁶. Die Aufnahme-Resolution erklärte im übrigen nach wie vor die Taktik der KAP, besonders in den Fragen der Gewerkschaften und des Parlaments, für falsch und forderte die Teilnahme der KAPD am bevorstehenden Verschmelzungskongreß der KPD(S) und der linken USPD und die brüderliche Unterstützung aller revolutionären Aktionen der VKPD. - War zweifellos das Bemühen, die erprobten Kämpfer in der KAPD nicht durch den Ausschluß ihrer Organisation zu brüskieren, das Hauptmotiv für die EKKI-Entscheidung, so war sicherlich auch das Prestige und die Verhandlungsgeschicklichkeit Gorters, der auf der ersten EKKI-Sitzung in einem einstündigen Referat die Haltung der KAPD darstellte und Trotzki als Korreferenten des EKKI in der Diskussion gegenübertrat³⁷, von Bedeutung. Diese dritte KAP-Delegation neigte nach ihrer Rückkehr nach Deutschland zu einer - mutmaßlich aus Zweckoptimismus und subjektiver Überzeugung von der noch offenen Entwicklungsrichtung der Komintern³⁸ resultierenden - Überbewertung der erreichten Ergebnisse bei völliger Mißachtung der fragwürdigen Modalitäten der Aufnahme-Resolution³⁹. In der vermeintlichen Anerkennung der KAPD durch die Komintern und der gleichfalls nur vermeintlichen Aufnahme der FAU Gelsenkirchen in die RGI⁴⁰ wollte die Delegation "erste Anzeichen dafür" sehen, "daß sich die 3. Internationale auf den Weg der Prinzipien der KAPD zu begeben anschickt"⁴¹. Die provisorische Aufnahme der KAP in die 3. Internationale brachte der Organisation nicht nur einen vorübergehenden Prestige-Gewinn, sondern sehr wahrschein-

36) S. "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3; vgl. dazu auch Sinowjews Arbeitsbericht des EKKI, in: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 185 und 187.

37) Gorters Referat wurde niemals veröffentlicht, während Trotzki's Gegenreferat in der "Internationale", dem Publikationsorgan der Komintern, abgedruckt wurde.

38) Zu diesem Eindruck trug bei, daß Lenin sich im persönlichen Gespräch mit den verschiedenen KAP-Delegationen sehr verständnisvoll, wenn auch nicht in der Sache entgegenkommend, zeigte. Nach dem Bericht der dritten Delegation sagte Lenin sinngemäß: "Ich bleibe zunächst bei der Methode der Zellenbildung in den Gewerkschaften. Ob der Weg der Allgemeinen Arbeiter-Union, der andersgearteten Entwicklung von Partei, Klasse, Masse, in Westeuropa der richtigere sein wird - vielleicht - wir müssen es abwarten." ("Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3). Ähnlich auch Rühle über sein Gespräch mit Lenin (s. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 39/40). Einzig Franz Jung fühlte sich persönlich von Lenin nicht ganz ernst genommen: "Von mir hat Lenin keine Antwort entgegengenommen. Er hat mich mit sichtlich Ironie behandelt - Mitläufer ..." (Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 157).

39) S. "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3: "Ohne auf den materiellen Inhalt der Resolution einzugehen, sehen wir das Entscheidende in der Anerkennung der KAPD."

40) Das Aufnahmegesuch der Gelsenkirchener FAU vom September 1920 wurde in Wahrheit erst im Januar 1921 vom vorbereitenden Gremium der RGI in Moskau positiv beantwortet. Vgl. oben den Abschnitt über die FAU Gelsenkirchener Richtung und die Union der Hand- und Kopfarbeiter.

41) "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3.

lich auch eine Aufbesserung ihrer Kasse; wenn man den Erkundungen der politischen Polizei glauben darf, erhielten die KAP und die AAU für ihre Presse und für sonstige Kampfzwecke bis Ende März (1921) einmalig 5 Millionen und für eine mit der VKPD zu bildende Aktionsgemeinschaft 3 Millionen Mark⁴². Die KAPD schloß sich angesichts dieser Tatsachen nach Abspaltung des nationalbolschewistischen und des syndikalistischen Flügels dem Optimismus der Delegation an; der erweiterte Zentralausschuß begrüßte in einer Sitzung am 21. und 22. 12. 1920 den Erfolg der Delegation als ersten Schritt des EKKI zur Überprüfung der Beschlüsse des 2. Weltkongresses, forderte zum "unerbittlichen Kampf gegen jede Form des ... Opportunismus" in der Internationale auf und schickte Arthur Goldstein als Vertreter der KAP mit beratender Stimme im EKKI nach Moskau⁴³. Der 3. Parteitag im Februar 1921 billigte erwartungsgemäß den Anschluß der KAP an die Komintern. Die vom EKKI gewünschte Annäherung der beiden deutschen KP realisierte sich nur punktuell in der Aktionsgemeinschaft während der März-Aktion⁴⁴; seit April 1921 wies die KAP-Presse jede Hoffnung auf eine Verschmelzung mit der VKPD zurück⁴⁵. Die Alternative des Zusammenschlusses der KAP mit der VKPD oder des Ausschlusses aus der 3. Internationale wurde vom EKKI gleichzeitig beibehalten. Sinowjew hatte bereits auf dem 10. Parteitag der KPdSU Anfang 1921 angekündigt, man werde auf dem kommenden 3. Weltkongreß der Komintern die Frage der KAPD "auf die Spitze treiben"⁴⁶.

Im Bewußtsein, daß der 3. Komintern-Kongreß eine Entscheidung bringen werde, reiste im Mai 1921 wiederum Jan Appel (Pseudonym: Hempel) mit Alexander Schwab (Pseudonym: Sachs) und einem Leipziger Metallarbeiter namens Meyer (Pseudonym: Bergmann) nach Moskau, versehen mit der Weisung, die Beschlüsse des 2. Kongresses anzugreifen und nach Möglichkeit eine Opposition innerhalb der 3. Internationale zustande zu bringen⁴⁷. Die Delegation Appel/Schwab/Meyer traf bereits Mitte Mai in Moskau ein und ergänzte sich dort durch Reichenbach, der inzwischen Goldstein als Vertreter der KAPD im EKKI abgelöst hatte und unter dem Pseudonym Seemann tätig war. - Die Aufgabe, die Beschlüsse des 2. Kongresses anzugreifen, lösten die vier

42) Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15681/13.

43) S. den Text der Resolution des Zentralausschusses im "Proletarier", 1. Jg. (1920), Nr. 3. Über den ersten Vertreter der KAP im EKKI schriftliche Auskunft von Herrn Bernhard Reichenbach an Olaf Ihlau.

44) S. unten den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.

45) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 185; Wir und die 3. Internationale.

46) S. ibidem die Rede Sinowjews.

47) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 203; Bericht von der Zentralausschuß-Sitzung am 5. Juni 1921; s. auch den Delegations-Bericht in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

Delegierten der KAPD mit großer Tatkraft und Geschicklichkeit; sie bildeten während des ganzen 3. Kongresses vom 22. 6. bis 12. 7. 1921 die geschlossenste Reihe des prinzipiellen Widerspruchs gegen die Taktik des EKKI und der russischen Staatspartei. Sie versuchten in der Diskussion über Trotzki's Referat über die Aufgaben der Komintern⁴⁸, Sinowjew's Rechenschaftsbericht des EKKI⁴⁹, Radek's Referat über die Taktik der 3. Internationale⁵⁰, in der Diskussion der Gewerkschaftsfrage⁵¹ und des Referats Lenins über die Taktik der KPdSU⁵² in mutiger Weise Kritik zu üben und ihre eigene Stellung zu den jeweiligen Fragen darzulegen. Sie legten in fast allen Kommissionen zu den genannten Fragen eigene Thesen vor⁵³ und verbreiteten einen Abriß der Geschichte der KAPD in englischer und französischer Übersetzung⁵⁴, um für ihre Opposition bei den anderen Landesorganisationen zu werben. Die Möglichkeit der Einflußnahme der KAP-Delegation wurde - abgesehen von ihrer Isoliertheit und quantitativen Schwäche - vermindert durch die Manipulation der Tagesordnung des Kongresses zu ihren Ungunsten; so veranlaßte u. a. die Einschränkung der Redezeit der deutschen Linkskommunisten die - mit ihren früheren SDP-Genossen im übrigen nun nicht mehr solidarische - holländische Delegierte Roland-Holst zum Protest gegen diese "geistige Vergewaltigung" der KAP-Vertreter⁵⁵. Zudem waren vor dem Kongreß in der russischen Presse und im Zentralorgan der Komintern wenig sachliche Darstellungen der Ziele der KAP gegeben worden und insbesondere Radek und Sinowjew versuchten während des Kongresses, durch Insinuationen und entstellende Zitate die Partei der Lächerlichkeit preiszugeben⁵⁶. - Die Realisierung des anderen Ziels der KAP-Delegation, die Errichtung einer linken Fraktion auf dem Kongreß, wäre die Voraussetzung gewesen für eine praktisch erfolgreiche Opposition gegen die 21 Punkte. Die seit Mitte Mai in Moskau geführten Gespräche mit sympathisierenden Kongreß-Delegierten aus Bulgarien, Luxemburg, Mexiko, Spanien, England, Belgien und mit Vertretern der nordamerikanischen IWW⁵⁷ hatten aber

48) S. Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 97-106 (Schwab, Reichenbach).

49) Ibidem, p. 221, 225 (Appel).

50) Ibidem, p. 485-497 (Appel).

51) Ibidem, p. 721-724 (Meyer).

52) Ibidem, p. 766-769 (Schwab), p. 793-797 (Appel).

53) S. den Text der Thesen im "Proletarier", 1. Jg. (1920/21), Heft 7.

54) Er ist fast vollständig wiedergegeben in Bernhard Reichenbach's KAP-Aufsatz, loc. cit., p. 120 ff.

55) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 345; s. auch: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 214.

56) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 187 ff (Sinowjew); vgl. den Protest der KAP-Delegation, ibidem, p. 224; ibidem, p. 442 ff. (Radek).

57) S. dazu und zum folgenden KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

bereits vor Beginn des Kongresses erkennen lassen, daß eine solche Fraktionsbildung nicht möglich war. Die KAP-Delegierten hatten versucht, eine gemeinsame Oppositions-Grundlage zu schaffen durch die Absprache in den Fragen des Antiparlamentarismus, der Ablehnung der Zellen-Taktik und der "Überzentralisation" der Bolschewiki und der Komintern. Obwohl in der Frage des Parlamentarismus die meiste Aussicht auf ein gemeinsames Vorgehen der Gesamtopposition bestand, scheiterten alle Einigungsbemühungen - nach Meinung der KAP-Delegation - an der Furcht der anderen "aus der Dritten Internationale ausgeschlossen zu werden"⁵⁸. Tatsächlich war aber gerade im Falle der beiden wichtigsten auf dem Kongreß vertretenen und mit den Zielen der KAP sympathisierenden Organisationen, der CNT der spanischen Syndikalisten und der nordamerikanischen IWW, die Furcht vor dem Ausschluß offenbar nicht so groß; die CNT schloß sich später der syndikalistischen Internationale an, die IWW gehörten weder der 3. Internationale noch irgendeiner der mit dieser rivalisierenden an⁵⁹. Die prinzipiellen Gegensätze zwischen diesen syndikalistischen Organisationen und der KAP waren hinreichend groß, um eine Einigung auf dem Kongreß zu verhindern. - Neben der Minderheit in der niederländischen KP hinter Pannekoek und Gorter gelang es lediglich, die linken Kommunisten Bulgariens sich zu assoziieren, denen während des Kongresses die Aufnahme verweigert wurde mit Radek's Begründung, man halte es nicht für angebracht, dort, wo eine große KP bestehe, durch die Aufnahme der Opposition "eine Prämie auf Zersplitterungsversuche zu setzen"⁶⁰. Anscheinend unerwartete, wenn auch nicht sehr effektive Stützung ihrer Kritik an der "opportunistischen" Taktik der Komintern und der KPdSU erfuhr die KAP schließlich durch die Sprecherin der russischen "Arbeiteropposition"; diese "Arbeiteropposition"⁶¹ war in Rußland seit dem Frühjahr (1921) gegen den NEP-Kurs entstanden⁶² und sah wie die deutschen Linkskommunisten in diesem neuen Kurs eine Vorbereitung der Bolschewiki zur "Rückkehr zum Kapitalismus"⁶³. -

58) Ibidem.

59) S. dazu unten den Abschnitt über die IAA der Syndikalisten.

60) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 145. Vgl. auch den Bericht des bulgarischen Delegierten: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219; Die linken Kommunisten Bulgariens.

61) S. den Diskussionsbeitrag Alexandra Kollontais zu Lenins Referat; Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 776 - 781. Die KAP-Delegation würdigte A. Kollontais Ausführungen: "Das Auftreten dieser Genossin aus der russischen Opposition war ein Ereignis, und man kann sagen von sehr weittragender Auswirkung. Bisher hat es dort noch niemand gewagt, offen gegen die jetzige Politik der Bolschewiki und der Sowjetregierung aufzutreten". KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

62) Vgl. Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, Frankfurt/Main 1966, p. 181 ff.

63) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219; vgl. auch im einzelnen unten den Abschnitt über die KAI. Eine Dokumentation zur "Arbeiteropposition" s. neuerdings in: Frits

Angesichts ihres ziemlich einsamen Kampfes auf dem 3. Weltkongreß der Komintern mußte die KAP-Delegation schließlich das Fazit ziehen, daß der "Gedanke der Bildung einer Opposition in der Dritten Internationale eine Illusion"⁶⁴ gewesen sei. Die beiden Ziele dieser letzten Delegation der KAP nach Moskau waren nicht ohne Mut und Geschick verfolgt, aber eindeutig nicht erreicht worden.

Sinowjew und Radek stellten der Partei im Namen des EKKI ein Ultimatum von 2 bis 3 Monaten für die Verschmelzung mit der VKPD; nach diesem Termin habe die KAP den Ausschluß aus der Komintern zu gewärtigen. Die Delegation lehnte dies Ultimatum ab, erklärte aber trotz der Vollmacht, die ihr aus Berlin telegrafisch übermittelt worden war, den Austritt der KAPD aus der 3. Internationale nicht, um die Mitglieder der Partei selbst entscheiden zu lassen. Das war eine effektvolle Geste, die in der Sache einer Austrittserklärung gleichkam, da man der Empörung der Parteigenossen über die Behandlung ihrer Moskau-Delegation gewiß sein konnte. Noch Ende Juli traf man die Vorkehrungen zur Gründung einer eigenen linkskommunistischen Internationale⁶⁵; der Kampf der KAPD um die 3. Internationale war - wie Bernhard Reichenbach es ausdrückte⁶⁶ - zu Ende, der Kampf der Partei gegen die 3. Internationale begann.

Exkurs:

Die Kontroverse Herman Gorters mit Lenin. Gorters Versuch einer sozio-ökonomischen Begründung des westeuropäischen Linkskommunismus

Mit den organisatorischen Beziehungen der KAPD zu der Komintern engstens verquickt verlief die theoretische Kontroverse Herman Gorters mit Lenin. Sie muß im Zusammenhang der auf einen von Moskau unabhängigen, westeuropäischen Kommunismus gerichteten Oppositionsbewegung gesehen werden, die bereits in Rosa Luxemburgs Kritik an der russischen Revolution¹ zum Ausdruck kam und dann bis 1923 noch einmal sich in den hegelianisch inspirierten Neubelebungsversuchen marxistischer Theorie bei Karl Korsch und Georg Lukacs manifestierte. Ohne nachweisliche Verbindung mit der westeuropäischen

Kool, Erwin Oberländer (Hrg.), Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur, Olten u. Freiburg i. B. 1967.

64) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 219.

65) S. dazu unten den Abschnitt über die KAI der Linkskommunisten.

66) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 131.

1) S. Rosa Luxemburg, Die Russische Revolution, eingeleitet und herausgegeben von Ossip K. Flechtheim, Frankfurt/M. 1963.

philosophischen Opposition gegen Lenin postulierte Gorter teilweise übereinstimmend mit Rosa Luxemburg in der Diskussion praktischer, organisatorischer und taktischer Fragen die notwendige Eigenständigkeit des westeuropäischen Kommunismus in enger Gemeinschaft mit seinem politischen Gefährten und niederländischen Landsmann Anton Pannekoek. Dr. Herman Gorter, Sohn eines niederländischen Schriftstellers, kam nach dem Studium der klassischen Philologie, nach der intensiven Beschäftigung mit der Philosophie Spinozas und Kants zur Lektüre des Marxschen Werkes und trat Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts der niederländischen Sozialdemokratie bei². Er wirkte als Gymnasiallehrer und hatte bei Eintritt in die "Social-Democratische Arbeiders-Partij" (SDAP) bereits einen Namen als Dichter und Führer einer impressionistischen Dichterschule³. Für die SDAP gab er zeitweilig die marxistische Zeitschrift "De Nieuwe Tijd" heraus und wurde schnell zum populären Agitator der Bewegung. Mit Anton Pannekoek und in freundschaftlicher Beziehung zu den Linksradi-kalen in der SPD (besonders zu Karl Kautsky, solange dieser zur Linken in der SPD zählte) kämpfte er gegen den Revisionismus in der Bewegung⁴ und seit 1903 für die Idee des Massenstreiks. Als Führer der oppositionellen Gruppe um die Zeitschrift "De Tribune" wurde er 1909 mit Pannekoek u. a. aus der SDAP ausgeschlossen und war Mitbegründer der "Social-Democratische Partij" (SDP), der ersten selbständigen Partei der Linksradi-kalen in Westeuropa. Seine 1909 in Niederländisch und Deutsch erscheinende Einführung in den historischen Materialismus⁵ fand neben seiner politischen Dichtung⁶ dieser Jahre sehr weite Verbreitung; sie wurde in der Weimarer Republik noch wiederholt neu aufgelegt. Gorter versuchte, ausgehend von der Frage "Woher kommt es, daß zu einer bestimmten Zeit so und so gedacht wird?" den Leser über den Weg von Beispielen aus dem alltäglichen Erfahrungsbereich induktiv mit den Inhalten des historischen Materialismus vertraut zu machen. Der besondere Akzent der Schrift wurde durch das abschließende Kapitel "Die Kraft des Individuums"⁷ gesetzt, wo es u. a. im Anschluß an Pannekoek und nach ausführlichem Zitat Dietzgens hieß:

2) Vgl. hierzu und zum folgenden den Nachruf Pannekoeks auf Herman Gorter in: KAZ (Essener Richtung), 6. Jg. (1927), Nr. 9.

3) Sein lyrisches Epos "Mei" gilt heute als ein Höhepunkt niederländischer moderner Dichtung und ist Pflichtlektüre in den Schulen.

4) Vgl. dazu seine Schriften: De grondslagen der sociaal-democratie (1906) und: Marxisme en Revisionisme (1907).

5) Herman Gorter, Der historische Materialismus. Für Arbeiter erklärt von Herman Gorter, Stuttgart 1909.

6) In "Een klein heldendicht" (1906) beschrieb er das Erwachen des Klassenbewußtseins in einem Arbeiterpaar, in "Pan" (1916) in symbolischer Form "die Befreiung der Menschheit durch den Kampf der Arbeiter" (Pannekoek in seinem Nachruf auf Gorter).

7) Herman Gorter, Der historische Materialismus, p. 126 ff.

"Die gesellschaftliche Macht, die uns treibt, ist kein totes Fatum, kein ungefügiger Klumpen Materie. Sie ist die Gesellschaft, sie ist eine lebendige Kraft. - Freilich, wir müssen in der Richtung gehen, die sie geht. Der Arbeitsprozeß treibt uns in eine Richtung, die wir nicht selber bestimmen. Wir machen die Geschichte nicht aus freien Stücken - Aber ... wir machen sie"⁸.

Die Schrift endete mit dem Aufruf "Der Geist muß revolutioniert werden!". Gorter war der Meinung, nur mit einem neuen, selbstbewußten und selbsttätigen Menschen könne man eine neue Gesellschaft errichten und hielt den geistigen Emanzipationsprozeß der Arbeiter für die erste Aufgabe der Revolution. - Darin, daß dieser Emanzipationsprozeß nicht hinreichend befördert worden war, sah Gorter die letzte Ursache für das Versagen der Parteien der 2. Internationale im August 1914. In einer deutschsprachigen Schrift von 1915⁹ führte er dies von ihm als katastrophal empfundene Versagen, insbesondere der deutschen Sozialdemokratie, erstens auf die mangelnde Aufklärung der Arbeiter über die Entwicklungsgesetze der imperialistischen Phase des Kapitalismus, zweitens auf den in den Arbeitermassen selbst tief eingewurzelten Reformismus zurück, in dem sie von ihren bürokratischen Führern noch bestärkt wurden.

"Die Masse, ganz und gar vom Verlangen nach Gewinn, nicht nach Revolution erfüllt, wurde von den Führern darin noch verstärkt. Sie überließ zu diesem Zwecke alles den Führern, wurde selber schlaff und träge. Und je weniger aktiv, je weniger zielbewußt die Masse wurde, um so mehr betrachteten die Führer sich selbst als die eigentlichen Träger der Bewegung"¹⁰.

Die einzig mögliche Regeneration der revolutionären Arbeiterbewegung sah Gorter in der durch die deutschen Linksradikalen in der SPD und die niederländischen "Tribunisten" von lange her theoretisch vorbereiteten und nun durch die materielle Not des Weltkrieges provozier- ten Aktion der Massen selbst. "Die Masse muß jetzt anfangen selber zu handeln, die Masse muß kommen"¹¹.

Als Massenaktion größten Stils und als ersten Schritt der Weltrevolution begrüßte Gorter die russische Oktoberrevolution von 1917; er feierte Lenin enthusiastisch als den "Vorkämpfer der Weltrevolution"¹². Mit der hohen Wertschätzung Lenins als genialem Praktiker der Revolu-

8) Ibidem, p. 127, Hervorhebung im Original.

9) Herman Gorter, Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie, Amsterdam 1915. Vgl. die Rezension der Schrift im Organ der Zimmerwalder Linken: "Vorbote", 1. Jg. (1916), Nr. 1, p. 63.

10) Herman Gorter, Der Imperialismus, p. 63.

11) Herman Gorter, Der Imperialismus, p. 75, Hervorhebung im Original.

12) Herman Gorter, Die Weltrevolution, (Widmung an Lenin).

tion ging einher die Hochachtung vor dem Theoretiker der proletarischen Revolution, der in seiner Schrift "Staat und Revolution"¹³ im August/September 1917 unter dem unmittelbaren Eindruck der Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte in der Februar-Revolution des gleichen Jahres auch staatsrechtlich den Grund gelegt hatte zu einer ganz neuen, proletarischen Organisierung des gesellschaftlichen Lebens. In Übereinstimmung mit den Marxschen Gedanken über die Pariser Kommune von 1871 bezeichnete es Lenin als die Hauptaufgabe des Proletariats in der Revolution, "die bürokratisch-militärische Maschinerie"¹⁴ des vorgegebenen Staates zu zerbrechen und an deren Stelle eine qualitativ neue Organisation zu errichten auf der Grundlage von "arbeitenden Körperschaften" nach Vorbild der Kommune, die legislative und exekutive Eigenschaften vereinigen und deren Mitglieder u. a. jederzeit absetzbar sein sollten. Lenin entwarf in dieser Schrift die Theorie für "das Rätesystem als die moderne Form der konsequenten demokratisch-sozialistischen Revolution"¹⁵. Diese 1918 veröffentlichte Abhandlung Lenins wirkte - verbunden mit seinem Prestige des siegreichen Revolutionärs - in höchstem Maße attraktiv auf die linksradikalen Theoretiker sämtlicher Parteien (in Deutschland von den sozialdemokratischen Linksradikalen¹⁶ bis zu den Anarcho-Syndikalisten¹⁷) und führte bei vielen von ihnen zur vorschnellen Identifizierung der eigenen Vorstellungen über Taktik und Ziel des revolutionären Kampfes mit denen Lenins und der Bolschewiki. So ist z. T. auch Gorters spätere Enttäuschung über die Entwicklung des Staatsmanns Lenin und über die Entwicklung der russischen Revolution auf ein zu weit gehendes Verständnis dieser Schrift, die er noch 1918 ins Niederländische übersetzte¹⁸, im Sinne der eigenen Intentionen zurückzuführen¹⁹. Lenin ging in "Staat und Revolution" u. a. ausführlich auf die Auseinandersetzung Kautskys mit Pannekoek²⁰ ein und gab Pannekoeks Parole von der Vernichtung und Auflösung des

13) W. I. Lenin, Staat und Revolution, Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgabe des Proletariats in der Revolution, in: W. I. Lenin, Ausgewählte Werke, Berlin 1963, Bd. II, p. 315 - 420.

14) Ibidem, p. 348.

15) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 125.

16) "Staat und Revolution" erschien noch 1918 in deutscher Übersetzung in Pfemferts "Aktions"-Verlag und in Borchardts "Lichtstrahlen"-Verlag, wo Anfang 1919 bereits mehrere Auflagen vergriffen waren.

17) Vgl. dazu unten Rocker über "Staat und Revolution" im Abschnitt über die IAA.

18) Frits Kief, Gorter als politicus onderschat, in: De Gids, 125. Jg. (1965), p. 78.

19) Diese Enttäuschung gestand Gorter später ein: "Ich habe sehr lange nicht verstanden, wie es kam, daß Moskau diese Losungen ausgab, daß Moskau wollte die Erhaltung der Gewerkschaften und des Parlamentarismus. Das konnte ich lange Zeit von den Bolschewiki und von Lenin nicht verstehen." Gorter auf dem Parteitag der KAPD, s. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 232.

20) W. I. Lenin, Staat und Revolution, p. 412-419.

Staates durch die Machtmittel des Proletariats gegen Kautskys Forderung nach dem Kampf um die vorhandene Staatsgewalt und ihre Institutionen recht. Lenin interessierte hier lediglich die von Pannekoek aufgeworfene Fragestellung; keineswegs billigte er dessen Theorie von den revolutionären Massen und dessen Organisationsverständnis, das dem seinigen völlig konträr war. "Auch 1917 gibt Lenin sein Prinzip der straffen Parteidiktatur und des Parteizentralismus nicht auf. Wenn Lenin das Rätesystem empfiehlt, bekennt er sich damit noch lange nicht zu Föderalismus und Spontaneität der Massen"²¹. - Unterlag Gorter in dieser Frage eine Zeit lang gleich vielen anderen wahrscheinlich einem falschen Eindruck - noch war in den ersten Jahren der russischen Revolution angesichts der Bedrohung durch die westlichen kapitalistischen Nationen und durch den Bürgerkrieg die Ausschaltung der Räte und die Parteidiktatur der Bolschewiki zu rechtfertigen -, so sah er in anderen Punkten sehr klar die unterschiedlichen Voraussetzungen der russischen und der deutschen und westeuropäischen Revolution. Bei aller Begeisterung für das epochale Geschehen der Oktoberrevolution wies Gorter bereits in seiner zwischen September 1917 und Juli 1918 verfaßten "Weltrevolutions"-Schrift die Grenzen der Vorbildlichkeit der russischen Revolution für die revolutionäre Bewegung in Westeuropa auf. Den ersten großen Unterschied zwischen der russischen und der westeuropäischen Revolution sah er in der Tatsache, daß die russischen Revolutionäre die aufgrund der besonderen Sozialstruktur ihres Landes vorhandene große Masse der armen Bauern auf ihrer Seite gehabt hatten, daß aber eine entsprechende Hilfe für das westeuropäische Proletariat nicht vorhanden sei²². Das zweite wesentliche Unterscheidungsmoment sah er in der relativ schwachen Organisation des Kapitalismus im überwiegend feudal-agrarischen Rußland, während im hochindustrialisierten Westen Europas, insbesondere in Deutschland und England, der Kapitalismus seinen höchsten Grad der Organisation erreicht habe²³. Zusammenfassend: "Die proletarische Klasse stand in Rußland mit einer sehr zahlreichen Hilfsmacht einem schwachen Kapitalismus gegenüber, in West-Europa steht sie als revolutionäre Klasse allein gegen einen sehr starken Kapitalismus"²⁴. - Was das westeuropäische Proletariat unmittelbar von der russischen Revolution lernen konnte, das war nach Meinung Gorters zuerst, daß sein Programm "nur-revolutionär" zu sein habe; daß "alle Forderungen von nur reformierender Natur, wie der Achtstundentag, die Arbeitergesetzgebung etc." zu vermeiden seien²⁵. Insbesondere aber sah er in

21) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 128.

22) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 82 ff.

23) S. ibidem, p. 83 ff.

24) Ibidem, p. 83.

25) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 69.

den russischen Sowjets die adäquate Organisationsform des revolutionären Proletariats im Westen wie im Osten: "Das Proletariat der Welt soll überall als Mittel zur Revolution und als neue Form seiner Gesellschaft, vor, während und nach der Revolution Arbeiter-Räte errichten"²⁶.

Mochten diese beiden Momente der russischen Revolution - das (wie es später hieß) "maximalistische" Revolutionsprogramm und die Räteidee - 1917/18 noch weitgehend dem proletarisch-revolutionären Purismus Gorters entsprechen, so zeigte sich in der russischen Entwicklung der folgenden Jahre, daß Gorter offenbar gerade in ihnen andere Prinzipien am Werke gesehen hatte, als sie tatsächlich wirksam waren. - Das vollständige Revolutionsprogramm, das die Vertreter der holländischen Tribunisten bereits auf der Kienthaler Konferenz vorgelegt hatten und das Gorter entsprechend seinem Verständnis der Oktoberrevolution ergänzte, sah folgende Maßnahmen vor:

"Die Staatsmacht in den Händen des Proletariats. - Die Gesetzgebung durch das Proletariat. - Sicherung eines Existenzminimums an alle Arbeiter und mit den Arbeitern gleich zu stellenden. - Beherrschung und Regelung der ganzen Produktion, des Handels, des Transportes durch das Proletariat. - Beherrschung und Regelung der Distribution der Produkte durch das Proletariat. - Arbeitspflicht für Alle. - Annullierung der Staatsschulden. - Konfiszierung der Kriegsgewinne. - Steuern nur auf Kapital und Einkommen, die erste steigend bis zur Enteignung des Vermögens. - Enteignung der Banken. - Enteignung aller großen Betriebe. - Enteignung des Bodens. - Rechtspruch durch das Proletariat. - Abschaffung aller Zölle und Tarife. - Abschaffung des Militärsystems. - Bewaffnung des Proletariats"²⁷.

Verglichen mit diesem internationalen Aktionsprogramm der proletarischen Revolution mußte die Oktober-Revolution nur als erster Schritt in Richtung auf seine Verwirklichung in Rußland von Gorter verstanden werden. Wie sich Gorter später - nach seinem Bruch mit der Komintern - eingestand, waren selbst in der ersten Phase der russischen Revolution von Oktober 1917 bis zum Kronstädter Aufstand im Februar 1921 im Sinne jenes Aktionsprogramms lediglich folgende "proletarisch-kommunistischen" Maßnahmen der Bolschewiki gewesen: die Sozialisierung der Industrien, des Handels und des Transports, das Staatsmonopol auf die wichtigsten Ernährungsprodukte und Rohstoffe, die Arbeitspflicht, das Prinzip der Unentgeltlichkeit der staatlichen Leistungen; "bürgerlich-demokratisch" seien von Anfang an gewesen: die Verteilung des Bodens an Private, das bäuerliche Wahlrecht und die

26) Ibidem, p. 75.

27) Ibidem, p. 65.

Parteidiktatur der Bolschewiki²⁸. Gorter hielt vorerst - wie Rosa Luxemburg, die davon überzeugt war, daß "die unmittelbare Landergreifung durch die Bauern mit sozialistischer Wirtschaft meist gar nichts gemein hat"²⁹ - mit seiner öffentlichen Kritik an dieser gravierendsten "bürgerlich-demokratischen" Maßnahme der russischen Revolution, der Landverteilung an die Kleinbauern³⁰, zurück. Er konnte sich aber nicht verhehlen, daß die Entwicklung in Rußland seit 1918 nicht zur Verwirklichung seines "rein-proletarischen" Revolutionsprogramms hin, sondern von ihm fort führte.

Noch manifester vollzog sich diese Entwicklung in der Frage der Räteidee. Für Gorter waren die russischen Sowjets die - entsprechend den Organisationsvorstellungen der Tribunisten³¹ - unmittelbar aus der Massenbewegung hervorgegangenen organisatorischen Vehikel des spontanen Massenwillens; er sah in ihnen den Anfang einer neuen Organisationsform des revolutionären Proletariats³². Von dem russischen System der Orts-, Bezirks- und Zentral-Räte und dem aus ihnen gewählten Exekutiv-Komitee erklärte er: "Dieser geschmeidige und bewegliche Körper ist die erste sozialistische Regierung der Welt"³³. Die Mitglieder dieser Körperschaften sollten nur kurzfristig amtieren, niedrig bezahlt werden und fortwährend rechenschaftspflichtig sein, "um zu verhindern, daß eine neue Bürokratie, eine neue stelbständige Macht sich über die Arbeiter erhebt"³⁴. - War für Gorter das dergestalt funktionierende Räte-system die extremste Form der Demokratie, die institutionelle Garantie der unverfälschten Transmission der Impulse des Massenwillens in die Staatsgewalt, so waren anfangs für Lenin die Räte zwar spontan entstandene Instrumente, deren er sich zur Zertrümmerung der alten Staatsmaschinerie bediente, letztlich aber - wie ein prominenter Historiker des Bolschewismus, der selbst mit der

28) Herman Gorter, Die kommunistische Arbeiter-Internationale, in: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

29) Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, p. 55. Die Schrift wurde erst 1922 von Paul Levi posthum veröffentlicht.

30) Für Gorter war diese Agrarfrage im Prinzip schon in seinen Auseinandersetzungen innerhalb der SDAP um 1900 aktuell gewesen, als die Mehrheit der Partei zur Gewinnung der Stimmen der Landarbeiter und Pächter die Forderung nach Verteilung der Allmenden ins Wahlprogramm aufnehmen wollte; er lehnte diese Landverteilung bereits damals als reaktionär ab. S. Frits Kief, loc. cit., p. 78.

31) Vgl. oben den Abschnitt über Anton Pannekoeks Spontaneitätstheorie und sein Organisationsverständnis.

32) S. Anton Pannekoek, La politique de Gorter, in: La révolution prolétarienne, revue syndicaliste révolutionnaire, 1952 (Août/Sept.), p. 13 f.

33) Herman Gorter, Die Weltrevolution, p. 74.

34) Ibidem, p. 74; vgl. zu Gorters Räte-Verständnis auch seine spätere KAP-Schrift: Die Klassenkampf-Organisation des Proletariats, o. O., o. J. (Berlin 1921).

linkskommunistischen Sicht der russischen Revolution eng vertraut war, formulierte - "ein Fremdkörper in der bolschewistischen Parteilehre"³⁵. Wie bereits in der Diskussion der Organisationsfrage zwischen Lenin und Rosa Luxemburg vor dem Weltkriege sichtbar geworden war³⁶, teilte der unter ganz anderen historischen und sozio-ökonomischen Bedingungen mit relativ kleinen, straff zentralisierten Kadern von Berufsrevolutionären arbeitende Lenin in keiner Weise die Spontaneitäts-Prämissen der deutschen und niederländischen Linksradikalen, die in Reaktion auf die Bürokratisierungserscheinungen in der Arbeiterbewegung entwickelt worden waren. Diese prinzipiellen Differenzen brachen auch jetzt wieder auf. Mit Verweis auf die schwierige Kriegssituation der jungen Sowjet-Union etablierten die Bolschewiki bereits 1918 eine Parteidiktatur, die das ganze Räte-system der Sowjets zur Attrappe machte, da dies ohne die Möglichkeit der proletarischen Wahl-, Presse- und Meinungsfreiheit nicht funktionieren konnte³⁷. Diese Aushöhlung des Rätegedankens blieb Rosa Luxemburg und Herman Gorter ebenso wenig verborgen³⁸ wie die Verwischung des proletarisch-revolutionären Charakters der russischen Revolution durch die Konzessionen an die Masse der Kleinbauern.

In der "Weltrevolutions"-Schrift waren 1918 bereits alle prinzipiellen Differenzen zwischen Lenin und Gorter implizite enthalten, obwohl jede Form ausdrücklicher Kritik in ihr fehlte. Diese Phase der ehrlichen, wenn auch nicht unkritischen Begeisterung Gorters für Lenin und die russische Revolution, die persönlich u. a. durch die Gefolgschaft der Tribunisten gegenüber Lenin in der Zimmerwalder Linken und durch den regen Verkehr Gorters mit den russischen Revolutionären in der Schweiz entstanden war, endete 1919. Ende 1918 war Gorter nach Berlin gekommen und verfolgte aus unmittelbarer Nähe und besonders in freundschaftlichem Kontakt mit Karl Schröder die Entwicklung der jungen KPD(S). Als spätestens um die Jahreswende 1919/20 offenbar wurde, daß Lenin in allen wesentlichen taktischen Fragen zur Levi-Zentrale der KPD(S) und gegen deren Opposition stand, die sich in ihrer Mehrheit zum "rein proletarischen" Revolutionsprogramm und zur Massenaktions-Idee bekannte, da schufen die latenten prin-

35) Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 156.

36) S. oben den Abschnitt über Rosa Luxemburgs Spontaneitäts-Prämissen.

37) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte des Bolschewismus, p. 155 ff.

38) S. ibidem, p. 163: "Rosa Luxemburg und ebenso Gorter sahen besonders auf die bürgerlichen Züge, auf das Jakobinertum der Bolschewisten und lehnten es ab." Rosa Luxemburg schrieb schon im Herbst 1918: "Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt." Rosa Luxemburg, Die russische Revolution, p. 75.

ziptuellen Differenzen zwischen Lenin und Gorter im praktisch-organisatorischen Bereich gegnerische Fronten. - Nachdem bereits um die Jahreswende 1919/20 die gleichen Fragen der Parteidiktatur, des Parlamentarismus und der Gewerkschaften mit ähnlichen Argumenten zwischen Radek und Pannekoek diskutiert worden waren³⁹, faßte Lenin im April 1920 seine Kritik an der linken Opposition im internationalen Kommunismus zusammen⁴⁰, in der er in besonders scharfer Weise mit den jüngsten taktischen Stellungnahmen der niederländischen Tribunisten, namentlich Karl Horners (i. e. Anton Pannekoek) zu Gericht ging. - Die Frage "Diktatur der Klasse oder Diktatur der Partei?" erkannte er gar nicht an und plädierte - zumal in Perioden der Illegalität der KP - für "strengste Zentralisation und Disziplin"⁴¹. In der prinzipiell antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Position der Tribunisten und der linken Opposition überhaupt sah er nur die Unfähigkeit zum Kompromiß, das für den praktischen Revolutionär unerlässlich sei; in diesen Fragen urteilten - nach Lenin - die Linkskommunisten "wie Doktrinäre der Revolution", die "naiv die subjektive Ablehnung einer bestimmten reaktionären Institution für deren tatsächliche Zerstörung durch die vereinten Kräfte einer ganzen Reihe von objektiven Faktoren"⁴² hielten. Er beurteilte die linkskommunistischen Strömungen in den verschiedenen europäischen Ländern ausschließlich vor dem historischen Erfahrungshintergrund der Bolschewiki und bezeichnete es gelegentlich als den Plan seiner Schrift, in organisatorisch-taktischer Hinsicht "auf Westeuropa das anzuwenden, was in der Geschichte und der heutigen Taktik des Bolschewismus allgemein anwendbar, von allgemeiner Bedeutung und allgemeiner Gültigkeit ist"⁴³.

Gorter hatte in seiner "Weltrevolutions"-Schrift die Vorbildlichkeit der russischen Revolution in zwei wesentlichen Momenten gelten lassen, in ihrem maximalistischen Charakter und in ihrer Organisationsform, den Sowjets. Die von Lenin geforderte Allgemeingültigkeit von Organisation und Taktik der Bolschewiki-Partei aber mußte Gorter, der niemals die unterschiedlichen Bedingungen der revolutionären Bewegung in Rußland und in Westeuropa aus den Augen gelassen hatte, zum heftigsten Protest veranlassen. Der "Kinderkrankheits"-Schrift Lenins trat er nach wie vor ehrerbietig, aber entschieden entgegen in seinem unmittelbar nach Bekanntwerden der Leninschen

39) S. oben den Abschnitt über die Abspaltung der Linkskommunisten auf dem Heidelberger Parteitag der KPD(S).

40) W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, (op. cit.).

41) Ibidem, p. 415. Vgl. zu der ganzen Frage: Der "linke" Kommunismus in Deutschland, Führer- Partei- Klasse-Masse, p. 410-417.

42) Ibidem, p. 431 f.

43) Ibidem, p. 417.

Schrift verfaßten "Offenen Brief an den Genossen Lenin"⁴⁴. In diesem Offenen Brief bot Gorter die Summe seiner politischen Theorie auf, um die Taktik der Linkskommunisten als notwendig unterschiedlichen und eigenen Weg der westeuropäischen Revolution neben der russischen Entwicklung zu rechtfertigen. Seine ganze Argumentation entwickelte er aus der bereits 1917/18 klar benannten, nunmehr ins Kritische gewendeten Feststellung der andersartigen sozio-ökonomischen Gegebenheiten der Revolution in Rußland und in Westeuropa, als dessen typischste Repräsentanten er Deutschland und England ansah. Lenin erkannte - gemäß Gorter - nicht, daß das Kleinbauerntum in Westeuropa als revolutionärer Faktor ausfiel, da die Zahl der Kleinbauern vergleichsweise gering, die Bedeutung und das Ausmaß des Großgrundbesitzes vergleichsweise niedrig sei.

"Im allgemeinen wird die Bedeutung der armen Bauern als revolutionärer Faktor von Osten nach Westen immer kleiner. In Teilen Asiens, Chinas, Indiens, wäre diese Klasse, wenn die Revolution dort ausbräche, absolut Ausschlag gebend, in Rußland bildet sie für die Revolution den unentbehrlichen, einen Hauptfaktor, in Polen und einigen Staaten des südöstlichen und Mitteleuropas ist sie für die Revolution noch bedeutend, aber je mehr man dann nach dem Westen geht, desto feindlicher steht sie der Revolution gegenüber"⁴⁵.

Während in Rußland das Millionenheer der armen Bauern dem quantitativ wenig ausgeprägten Proletariat zur Seite gestanden sei, könne das westeuropäische allenfalls auf eine ganz dünne Schicht des unteren Mittelstandes in der Revolution zählen. "Das Proletariat in Westeuropa steht allein"⁴⁶. Auch auf die ihm objektiv nahestehende und wichtige Sozialschicht des Mittelstandes (Ladenbesitzer, Handwerker, untere Beamte und Angestellte) könne es keine Hoffnung setzen, da diese nicht - wie Lenin behauptete - zwischen Kapital und Arbeitern schwanke. Die Interessen des weitaus größten Teils des Mittelstandes seien noch mannigfaltiger und enger mit den Interessen des Großkapitals verknüpft⁴⁷ als die des Kleinbauerntums. Zudem war nach Gorter in Rechnung zu stellen, daß das westeuropäische Proletariat nicht nur allein, sondern auch einem ungleich höher entwickelten und besser organisierten Kapitalismus gegenüberstand als das russische Proletariat und Kleinbauerntum, dem sich in der Revolution nur die Reste eines asia-

44) Zuerst in Fortsetzungen gedruckt in der Berliner KAZ (KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 121 ff) dann als Broschüre; Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus, eine Kinderkrankheit des Kommunismus, Berlin o. J. (1920).

45) Ibidem, p. 7, Hervorhebung im Original.

46) Ibidem, p. 11.

47) Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin, p. 51 f.

tischen Despotismus und eines verfaulenden Feudalregimes entgegengestellt hätten⁴⁸. - Auf Grund dieser Unterschiede sei die von Lenin geforderte Taktik zwar für Rußland die einzig richtige, für das westeuropäische Proletariat hingegen sei sie grundfalsch. Aus der Tatsache, daß das westeuropäische Proletariat von nirgendwo Hilfe zu erwarten habe, folgere der taktische Schluß, daß es ganz auf seine eigene Tatkraft und Spontaneität verwiesen sei, daß in der Revolution die Bedeutung der proletarischen Masse viel größer, die Bedeutung der Führer viel kleiner als in Rußland sein müsse: "Das Proletariat, fast unbewaffnet, allein, ohne Hilfe, einem so einheitlichen Kapitalismus gegenüber, das bedeutet in Deutschland: jeder Proletarier, die große Mehrheit, ein bewußter Kämpfer"⁴⁹. - Das Verkennen der Isoliertheit des Proletariats in Westeuropa und der geschlossenen Gegnerschaft aller übrigen Sozialschichten gegen die Revolution lag nach Meinung Gorters auch der Taktik der Arbeit in den reaktionären Institutionen der Gewerkschaften und des Parlaments zugrunde. Lenin rechte mit Rissen in den bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, lasse sich daher auf Kompromisse ein und habe einzig die Quantität der Gefolgschaft im Sinne, statt deren Qualität durch die Arbeit in rein proletarischen Organisationen, den Betriebsorganisationen, und außerhalb der reaktionären Institution des Parlaments zu klarstem Klassenbewußtsein zu steigern. Mit der Forderung nach der geistigen Lösung des Proletariats vom Bürgertum als unabdingbarer Voraussetzung für das Gelingen der Revolution unter den spezifischen Bedingungen Westeuropas nahm Gorter das Leitmotiv seiner Vorkriegsschriften in neuem Zusammenhang wieder auf. In äußerst knapper und klarer Form faßte er seine Argumentation zusammen:

- "1. Die Taktik der westeuropäischen Revolution muß eine ganz andere sein als die russische.
2. Denn das Proletariat steht hier allein.
3. Das Proletariat muß hier also die Revolution allein machen gegen alle anderen Klassen.

48) "Wenn man vom Osten Europas her nach Westen wandert, überschreitet man an einer gewissen Stelle eine ökonomische Grenze. Sie läuft von der Ostsee nach dem Mittelmeer, ungefähr von Danzig nach Venedig. Diese Linie scheidet zwei Welten voneinander. Denn westlich dieser Linie herrscht das Industrie-, Handels- und Finanzkapital, vereinigt im höchstentwickelten Bankkapital, fast absolut. Das landwirtschaftliche Kapital sogar ist diesem Kapitale untergeordnet oder hat sich mit ihm schon verbünden müssen. Dieses Kapital ist in höchstem Maße organisiert und faßt sich in die festesten Staatsregierungen der Welt zusammen. - Östlich dieser Linie besteht weder diese riesige Entwicklung des konzentrierten Industrie-, Handels-, Transport-, Bankkapitals, noch seine fast absolute Vorherrschaft, noch infolgedessen der festgefügte moderne Staat." Herman Gorter, Offener Brief an den Genossen Lenin, p. 17 f.

49) Ibidem, p. 13.

4. Die Bedeutung der proletarischen Massen ist daher relativ größer, die Bedeutung der Führer geringer als in Rußland.
5. Das Proletariat muß daher hier die allerbesten Waffen haben für die Revolution.
6. Da die Gewerkschaften ungenügende Waffen sind, müssen sie ersetzt werden durch oder geändert werden in Betriebsorganisationen, die zu einem Bund vereinigt werden.
7. Da das Proletariat die Revolution allein machen muß und keine Hilfe hat, muß es sich geistig und seelisch sehr hoch erheben. Es ist darum besser, in der Revolution den Parlamentarismus nicht zu gebrauchen⁵⁰.

In Gorters Argumentation setzte sich in unverfälschter Weise die auf der äußersten Linken in der Sozialdemokratie vor dem Weltkriege entwickelte Vorstellung fort, die Revolution könne nur das Werk der unmittelbaren Selbsttätigkeit, der Spontaneität der modernen Industriearbeitermassen sein. Seit der russischen Revolution sah Gorter in den Arbeiterräten die Form, in der sich der revolutionäre Massenwille zu organisieren habe und die in einem proletarischen Staate ein Maximum an demokratischer Willensbildung zu garantieren geeignet sei. Sein proletarisch-demokratischer Radikalismus, sein Ernstnehmen des Rätegedankens und der Idee der proletarischen Weltrevolution, machte ihn neben Rosa Luxemburg zum ersten kommunistischen Kritiker der russischen Revolution⁵¹.

Gorter hatte noch vor Abschluß seines Offenen Briefes die Annahme der 21 Bedingungen des 2. Weltkongresses der Komintern erfahren und damit die internationale Akzeptierung der Taktik Lenins und des EKKI; er bedauerte, daß die westeuropäischen Abgeordneten des Kongresses sich vom "Glanze der russischen Revolution" hätten "blenden lassen", rief aber sogleich auf: "Wohlan, wir werden also den Kampf in der 3. Internationale aufnehmen"⁵². Dies Bemühen dauerte bis zum Ausschluß der KAPD aus der Komintern im Juli 1921, führte u. a. zu einer Moskau-Reise Gorters und der persönlichen Aussprache mit Lenin und den Komintern-Führern im November 1920 und endete mit der

50) Ibidem, p. 88.

51) Die niederländischen Linkskommunisten suchten schließlich die Anfänge des Stalinismus in der seit dem 2. Komintern-Kongreß allgemeinverbindlich auftretenden Taktik Lenins und der Bolschewiki. Vgl. Pannekoeks historische Beurteilung Lenins: "Sa tâche historique, en tant que chef du parti bolchevik, était de relever la Russie de sa forme de production primitive et agraire à l'industrialisation au moyen d'une dictature sociale et politique qui conduisit au socialisme d'Etat. Et parce qu'il ne connaissait le capitalisme que de l'extérieur et non pas de l'intérieur, il crut pouvoir libérer les travailleurs du monde entier en en faisant les cohortes disciplinées du "parti communiste". Ils n'avaient plus qu'à suivre dès lors l'exemple russe ... La politique de Lénine a, logiquement, par la suite abouti en Russie au stalinisme." Anton Pannekoek, La politique de Gorter, loc. cit., p. 14.

52) Herman Gorter, Offener Brief, p. 80.

Konstituierung einer eigenen linkskommunistischen Internationale, deren Theoretiker Gorter war⁵³. Er erklärte nunmehr die ganze Taktik Moskaus seit Mitte 1919 als einen "strategisch-politischen Rückzug Rußlands"; dessen Situation sei 1919 so prekär gewesen, daß die Russen nur einen Weg gesehen hätten, um ihre Revolution zu retten: die Anziehung möglichst großer, auch nicht-kommunistischer Massen, die sich dem Ansturm des europäischen Kapitals widersetzen würden; dieser Kompromiß mit den Massen auf Kosten des Prinzips sei die Absage an die Revolution in Deutschland, den zunächst fälligen Schritt zur Weltrevolution gewesen: "Was als Rettung Rußlands projiziert wurde, war zugleich der Verderb für die deutsche Revolution"⁵⁴.

4. Die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus

Die Hamburger Linksradiكالen um Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim hatten schon während des Weltkrieges eine Sonderstellung in der Opposition auf Grund der nationalen Orientierung ihrer außenpolitischen Überlegungen¹. Im Gegensatz zum konsequenten Internationalismus der ISD, bzw. IKD, vertraten sie folgenden kriegspolitischen Grundsatz:

"Nicht soweit die gesellschaftliche Wirtschaft Ausbeutungsfunktion der Minderheit ist, sondern soweit sie Lebensfunktion der Gesamtheit ist, erwächst dem Proletariat ein natürliches Interesse an ihrer Erhaltung. Das Proletariat muß sich dagegen wehren, daß einheitliche Wirtschaftsgebiete auseinandergerissen, daß höher entwickelte Wirtschaften unter die Herrschaft niedrigerer gebracht werden. Es muß sich dagegen wehren, daß das Recht auf nationale Selbständigkeit, das es allen Nationen zubilligt, in der eigenen Nation verletzt werde. Hieraus resultiert in Kriegsfällen, die die

53) S. unten den Abschnitt über die KAI.

54) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 232.

1) Der Hamburger Nationalbolschewismus ist der bisher am häufigsten dargestellte Zweig des deutschen Linkskommunismus. Zu der Stellung und der Rolle der Hamburger Kommunisten um Laufenberg und Wolffheim in der Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus s. Otto Ernst Schüddekopf, Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik, Stuttgart 1960, p. 107-120; außerdem: Karl O. Paetel, Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen 1965, p. 36-53. Der folgende Abschnitt beschränkt sich - soweit nicht Ungenauigkeiten in den vorliegenden Darstellungen zu korrigieren oder Ergänzungen anzufügen sind - auf die Analyse der Stellung der nationalbolschewistischen Minderheit im deutschen Linkskommunismus und in der KAPD.

Wirtschaft in ihrer Lebensfunktion bedrohen, die militärische Unterordnung des Proletariats unter die gegebene Heeresleitung"².

Laufenberg und Wolffheim unterschieden dann zwischen militärischer Unterordnung des Proletariats und politischer Unterordnung desselben; letztere lehnten sie ab und machten sie der "Burgfriedens"-Politik der SPD zum Vorwurf. Während des Revolutionsgeschehens selbst traten beide mit der Idee hervor, man müsse das Volk unter Waffen lassen und im Bunde mit der Sowjet-Union einen revolutionären Volkskrieg gegen die imperialistischen Ententemächte führen³. Im Banne dieser Ideen trat Laufenberg während seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Hamburger Arbeiterrats vom November 1918 bis Januar 1919 gegen alle Schritte ein, die einen Bürgerkrieg in Deutschland verursachen konnten, mit dem Ziel, die militärische Schlagkraft gegen die Entente nicht zu verzetteln. Vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages zwischen den Ententemächten und Deutschland begannen Laufenberg und Wolffheim noch einmal im Mai 1919 von ihren nationalbolschewistischen Voraussetzungen her eine heftige Agitation gegen die Unterzeichnung des Vertrages⁴. Im übrigen trat die nationalbolschewistische Agitation vollkommen hinter die Propaganda der revolutionären Betriebsorganisation, also des Gewerkschaftsprogramms des deutschen Linkskommunismus, zurück bis zum November 1919. So wurden Laufenberg und Wolffheim auf dem 2. Parteitag der KPD(S) auch nicht wegen ihrer nationalbolschewistischen Ideen von der Zentrale angegriffen⁵, sondern wegen ihres "Syndikalismus", d. h. ihrer unionistischen Propaganda. Das nationalbolschewistische Programm wurde von den beiden Hamburgern erst unmittelbar nach ihrem Ausschluß aus der KPD(S) ausgebreitet mit der Absicht, die ausgeschlossenen Oppositionellen unter diesen Parolen vereinigen zu können⁶. Am 3. Novem-

2) Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Demokratie und Organisation, Grundlinien proletarischer Politik, Hamburg 1915, p. 44. Hervorhebung im Original.

3) Vgl. dazu Karl O. Paetel, op. cit., p. 38 f; und: O. E. Schüddekopf, op. cit., p. 108 f.

4) Vgl. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 17: Wir klagen an!; ibidem, Nr. 18: Die Friedenskatastrophe der deutschen Regierung.

5) Anders die Darstellung bei Ruth Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt/M. 1948, p. 144, die von der Diskussion des 2. Parteitages berichtet: "Sie drehte sich um drei Grundfragen: erstens die Liquidierung des Nationalbolschewismus der Wolffheim-Laufenberg, die im Wesentlichen schon vor dem Parteitag entschieden worden war, deren Nachwirkungen aber einen gehässigen Ton in die Diskussion brachten ...". Im gleichen Sinne Karl O. Paetel, op. cit., p. 46; beide Darstellungen überschätzen die Relevanz des Nationalbolschewismus in der Diskussion innerhalb der KPD(S); diese setzte erst nach dem 2. Parteitag und in Reaktion auf den Ausschluß im November 1919 voll ein; Hauptgegenstand der innerparteilichen Diskussion war tatsächlich seit dem Gründungskongreß die Gewerkschaftsfrage.

6) S. "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1920), Nr. 2: "Die Adresse sollte die Fahne sein,

ber 1919 erschien Laufenbergs und Wolffheims "Erste Kommunistische Adresse an das Deutsche Proletariat" als Beilage zur Hamburger KAZ⁷; sie stellte die Alternativfrage "Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg?". Sie griff in schärfster Form die Akzeptierung des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung an, die sie des nationalen Verrats im Auftrage des deutschen Kapitals beschuldigte. Kapitalistische Politik sei in Deutschland gegenwärtig nur noch denkbar unter der Voraussetzung, "daß die Kapitalisten Deutschlands sich zu Agenten des Finanzkapitals des Völkerbundes machen, daß sie durch ihre staatlichen Organe das Blutgeld eintreiben lassen, das sie den Völkerbundstaaten überantworten"⁸. Der Kampf gegen die Fremdherrschaft sei folglich in der augenblicklichen Situation zugleich der Kampf gegen das deutsche Kapital. Solange das deutsche Kapital, gestützt auf die Militärmacht, in Deutschland die Herrschaft innehat, sei zwangsläufig auf Grund der aktuellen Verelendung des Proletariats eine Bürgerkriegssituation gegeben. Erst nach dem Sieg der sozialen Revolution, nach der Durchsetzung der Diktatur des Proletariats auf der breiten Grundlage der Volksmehrheit, sei diese Bürgerkriegssituation beendet und man könne zum revolutionären Volkskrieg gegen die westlichen Imperialisten antreten. In diesem Augenblick,

"in dem es sich darum handelt, den Krieg wider das Ausland aufzunehmen, ist gerade die herrschende Klasse, die Arbeiterklasse, am Frieden im Inneren ausschlaggebend interessiert. Und unter der Voraussetzung, daß die Bourgeoisie die vom Proletariat vollzogene Machtergreifung rückhaltlos anerkennt, wäre die proletarische Diktatur an der Aufrichtung eines revolutionären Burgfriedens für die Zeit des Krieges nach außen nicht minder interessiert wie im umgekehrten Verhältnis weiland Wilhelm II."⁹

Laufenberg und Wolffheim stifteten mit diesen Thesen zwar einige Verwirrung unter den kommunistischen Oppositionellen, aber es gelang ihnen nicht, auch nur nennenswerte Teile der Gesamtopposition der KPD(S) für diese Vorstellungen zu gewinnen. Sie verloren im Gegenteil ihre bis dahin unbestrittene Rolle als Sprecher der Gesamtopposition an die Bremer Organisation und waren an der Gründung der KAPD im April 1920 schon nicht mehr direkt beteiligt¹⁰. Je offener

um die sich die Opposition der KPD gegen die "Zentrale" scharen sollte, ... so erklärten einige Anhänger der Hamburger Adresse." Vgl. auch O. E. Schüddekopf, op. cit., p. 115 f.

7) S. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 158; auch als selbständige Broschüre: Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Revolutionärer Volkskrieg oder konterrevolutionärer Bürgerkrieg? Erste Kommunistische Adresse an das Deutsche Proletariat, Hamburg 1919.

8) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 173, Beilage.

9) Ibidem.

10) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 19/20; Wolffheim und Laufenberg waren auf dem Gründungskongreß nicht persönlich anwesend; vgl. auch die erstaunlich knappe Notiz in der KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 53 über die Gründung der Partei in Berlin.

es wurde, daß sie in der KAPD auf verlorenem Posten kämpften, in desto groteskerer Weise verwickelten sie ihre nationalbolschewistischen Thesen mit ihrer sehr persönlich gefärbten Polemik gegen Paul Levi, den Vorsitzenden der KPD(S)-Zentrale. Bereits im April 1920 versuchte Wolffheim darzulegen, daß Levi - durch englisches Geld bestochen - der "Judas der deutschen Revolution" sei¹¹. Diese Behauptung wurde in ausführlicherer Form wiederholt in Laufenbergs und Wolffheims Mai-Aufruf von 1920¹². Levi warf man vor, nach einer Konferenz im Oktober 1918 trotz der gegenteiligen Entscheidung der Mehrheit der anwesenden "Spartakus"-Vertreter ein Flugblatt veröffentlicht zu haben, in dem zur Desertion von den Fronten aufgerufen wurde; diese Tat Levis habe verhindert, daß sich die imperialistische Kriegführung in eine revolutionäre habe verwandeln können; die Verherrlichung der Deserteure als Helden der Revolution "entschied über den Zusammenbruch der Front und damit über den Sieg des stärksten Exponenten im anglo-amerikanischen Finanzkapital"¹³. Die beiden Autoren des Hamburger Nationalbolschewismus verstiegen sich nicht nur zu der Behauptung, Levi habe "die deutsche Front erdolcht"¹⁴, sondern sie gingen bis zum offenen Antisemitismus, indem sie Levi als Agenten des internationalen jüdischen Finanzkapitals hinstellten, der als solcher notwendig national subversive Politik treiben müsse¹⁵. - Laufenberg und Wolffheim waren in dieser, die späteren Schlagwörter der Nationalsozialisten vorwegnehmenden Phase ihrer Agitation bereits völlig isoliert in der KAPD. Sie wurden vom 2. Parteitag der KAPD im August 1920 ausgeschlossen¹⁶ und bildeten im September in Hamburg einen "Kommunistischen Bund", der in seinen Statuten¹⁷ die AAU und die "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus" als gleichgerichtete Bewegungen anerkannte. In der AAU hatten sie keine Anhänger mehr, in der "Vereinigung zum Studium des deutschen Kommunismus", einem kleinen Konventikel, verfolgten sie "zusammen mit Offizieren und Gutsbesitzern"¹⁸ ihre Ziele weiter. - Die bis zum

11) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 56; Englische Lockspitzel finanzieren den deutschen Bürgerkrieg.

12) Erschienen unter dem Titel: Heinrich Laufenberg/Fritz Wolffheim, Kommunismus gegen Spartakismus. Eine reinliche Scheidung, Hamburg 1920.

13) Ibidem, p. 3.

14) So wörtlich ibidem, p. 4.

15) KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 61; Paole Zion.

16) Der ganze Parteitag stand im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Nationalbolschewisten; Arthur Goldstein hielt für das Berliner Zentrum der KAP das Referat über "Nation und Klassenkampf" (Protokoll des 1. ord. Parteitages der KAP, p. 7-23), Laufenberg hielt das Korreferat dazu (ibidem, p. 25-53). Vgl. die Diskussion der Referate ibidem, p. 55-64.

17) S. die Statuten in KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 77.

18) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 126.

2. Parteitag der KPD(S) prominentesten Sprecher des deutschen Linkskommunismus waren abgetreten.

Die plötzliche Wendung Laufenbergs und Wolffheims zur nationalbolschewistischen Propaganda Anfang November 1919 erleichterte der Parteizentrale erheblich ihre Polemik gegen ihre linke Opposition. August Thalheimer erklärte im Februar 1920 zur Notwendigkeit, den Trennungsstrich zur Opposition zu ziehen, diese Aufgabe sei sehr erleichtert worden durch die Entwicklung, die die Richtung Laufenberg-Wolffheim genommen habe¹⁹. Er und Karl Radek waren die ersten, die für die Zentrale mit dem Nationalbolschewismus in der Opposition abrechneten. Nach dem Mai-Aufruf unterzog Thalheimer den Nationalbolschewismus einer gründlichen Analyse in einer Artikelserie in der "Roten Fahne"²⁰ und charakterisierte ihn u. a. als "auch einen Weg zu Hindenburg"²¹. Er wies im einzelnen nach, daß sich Laufenbergs und Wolffheims Konzeption vom "revolutionären Volkskrieg" weder auf Marx noch auf Lenin berufen könne. Lenin selbst schließlich erteilte den Hamburgern eine deutliche Absage in seiner Auseinandersetzung mit dem linken Kommunismus²²; er sprach von den Hamburger Thesen als "himmelschreienden Absurditäten des Nationalbolschewismus (Laufenbergs u. a.)"²³. Die Forderung der Befreiung vom Versailler Frieden als wichtigste und nächste Aufgabe des Proletariats noch vor die Forderung der Befreiung der anderen imperialistisch unterdrückten Länder zu setzen, das sei "kleinbürgerlicher Nationalismus . . . , aber kein revolutionärer Internationalismus"²⁴. Mit dieser Verurteilung Lenins fiel die wichtigste Voraussetzung im Nationalbolschewismus der beiden Hamburger fort, nämlich die Möglichkeit eines Bündnisses des revolutionären Deutschland mit Sowjet-Rußland, und ihrer Agitation war die Basis endgültig entzogen.

Die Polemik der KPD(S)-Zentrale versuchte immer wieder die Verantwortung für die nationalbolschewistische Agitation zuerst der ganzen Opposition, dann der ganzen KAPD aufzuladen²⁵. Sie berief sich

19) Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S), p. 19.

20) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 73 ff; die Aufsätze sind zusammengefaßt in: Karl Radek/August Thalheimer, Gegen den Nationalbolschewismus, Berlin 1920, p. 18; August Thalheimer, Kommunismus, Nation und Krieg.

21) Ibidem, p. 34 ff.

22) W. I. Lenin, Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus (op. cit.)

23) Ibidem, p. 444.

24) Ibidem, p. 445.

25) Vgl. z. B. August Thalheimer, loc. cit., p. 19: "Die KAPD trägt also die volle Verantwortung für diese Kundgebung und selbst das nachträgliche Abrücken von ihr würde daran nichts ändern, so lange die Partei nicht jede organisatorische Verbindung mit denen abschneidet, die sie vertreten, oder auch, ohne sich dazu zu bekennen, in ihrem Geiste handeln."

darauf, daß die Adresse vom November 1919 "im Auftrage der Ortsgruppe Hamburg der KPD" als Beilage zum Organ der Hamburger Opposition und daß der Mai-Aufruf von 1920 "im Auftrage der ersten Bezirkskonferenz des Bezirks Nord der KAP" erschienen seien. Tatsächlich gelang es Laufenberg und Wolffheim, in den Reihen der Opposition und der KAPD kleinere Kontingente zu sich herüberzuziehen, allerdings mehr auf Grund ihrer während des Krieges und in der Revolution gewonnenen Popularität als mit ihren nationalbolschewistischen Argumenten. - Die Hamburger Organisation stand keineswegs ungeteilt hinter ihren Wortführern. Bis Ende Dezember (1919) hatten sich die meisten Distrikte Groß-Hamburgs gegen die formelle Seite der Herausgabe der Adresse ausgesprochen²⁶. Laufenberg und Wolffheim hatten sie als Beilage der Hamburger KAZ herausgebracht, ohne vorher die Mitgliedschaften zu befragen. Aber auch der Inhalt der Adresse wurde von mehreren Distrikten zurückgewiesen; der Distrikt Uhlenhorst erklärte z. B. :

"Die in der Adresse zum Ausdruck gekommene Auffassung . . . , daß für diesen Krieg (mit der Entente, d. Verf.) der Abschluß eines Burgfriedens mit der deutschen Bourgeoisie nicht nur möglich, sondern notwendig und äußerst erstrebenswert ist, lehnt die Versammlung als unvereinbar mit ihren kommunistischen Grundsätzen und als fehlerhafte Politik ab"²⁷.

In ihrem eigenen Bezirk erhob sich Ende 1919 also schon der Widerspruch gegen das Programm der Hamburger Nationalbolschewisten. - Pannekoek schrieb am 19.12.1919 in einem Horner-Artikel in der KAZ (Hamburg), die Hamburger Genossen seien auf einem Holzwege; sie hätten sich im Lager der Klassenfeinde nach Bundesgenossen umgesehen und sich dabei in dies Lager verirrt²⁸. Die Bremer Oppositionellen stellten sich Anfang Januar 1920 den Hamburger nationalen Kommunisten ganz entschieden entgegen und schlossen sich der Kritik Thalheimers und Pannekoeks im wesentlichen an²⁹. Sie stellten fest, daß überhaupt erst jetzt, am Jahreswechsel, der Inhalt der Adresse diskutiert werde und daß fast die Gesamtheit der Opposition, vor die Wahl gestellt "zwischen der theoretisch und praktisch mangelhaften, organisatorisch unbeholfenen und moralisch anfechtbaren Zentrale und dem unfehlbaren Pöpstepaar der Hamburger Nationalromantiker"³⁰, sich für die Zentrale entscheiden würde. - An der Gründung der KAPD wa-

26) S. "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1920), Nr. 2; Die Genesung der KPD.

27) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 205.

28) KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 197.

29) S. "Der Kommunist", 2. Jg. (1920), Nr. 1; Fritz Sturm; Nationalkommunistische Romantik.

30) "Der Kommunist" (Bremen), 2. Jg. (1920), Nr. 2.

ren Laufenberg und Wolffheim schon nicht mehr direkt beteiligt, obwohl sie sich natürlich der neuen Organisation der kommunistischen Opposition, die sie seit langem befürwortet hatten, anschlossen. Zuerst galt die Sorge der Berliner Spitze der KAP dem organisatorischen Zusammenhalt der neuen Partei und sie vermied es, mit den linken Abweichlern um Rühle und mit dem rechten Flügel um Laufenberg zur Genugtuung der KPD(S) zu brechen³¹. Gegen den Mai-Aufruf der Hamburger nahm aber bereits am 29. 5. 1920 eine Zentralaussschuß-Sitzung der KAP scharf Stellung³². In einer Artikelserie klärte die Berliner KAZ im Mai (1920) ihre Stellung zum Nationalbolschewismus grundsätzlich³³; besonders Arthur Goldstein trat als Referent des Berliner Zentrums der KAP in Fragen Nationalbolschewismus auf, stritt gegen ihn mit Broschüren und verurteilte ihn auf dem 2. Parteitag der KAP im August in seinem Hauptreferat³⁴. Er erkannte es als Verdienst Laufenbergs und Wolffheims an, auf die Konsequenzen des Versailler Vertrages nachdrücklicher hingewiesen zu haben, als dies durch die KPD(S) geschehen sei, verwarf aber insbesondere ihre Ideen vom "revolutionären Burgfrieden mit der Bourgeoisie" vorbehaltlos. Entsprechend einer Empfehlung Pannekoeks wurde die Richtung des Hamburger Nationalbolschewismus auf dem 2. Parteitag der KAPD ausgeschlossen.

Außerhalb Hamburgs hatte die nationalbolschewistische Agitation nur punktuellen und ephemeren Erfolg in der KAPD³⁵; auf ihren Vortragsreisen gelang es Laufenberg und Wolffheim, größere Auditorien für ihre Idee vorübergehend zu interessieren; sie fanden aber keine beständige Gefolgschaft³⁶. Der einzige namhafte Wortführer des deutschen Linkskommunismus, der sich ihnen anschloß und in ihrem Sinne in Berlin zu wirken versuchte, war Friedrich Wendel³⁷. Wendel war

31) Vgl. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 103.

32) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 100.

33) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 99-101; Der "Nationalbolschewismus" der KAPD.

34) S. Protokoll des 1. ord. Parteitages der KAP, p. 7-23; vgl. auch seine Broschüre: Arthur Goldstein, Nation und Internationale. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Hamburger Kommunismus, Berlin 1920; vgl. zu dieser Schrift auch O. E. Schüddekopf, op. cit., p. 127 f.

35) So berichtet die KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 114 von einem beträchtlichen Erfolg Laufenbergs und Wolffheims in der Ortsgruppe Frankfurt/Main nach einem Besuch im Juli 1920.

36) O. E. Schüddekopfs Annahme (Linke Leute, p. 108), eine Geschichte der KAP werde die erhebliche Stärke der nationalkommunistischen Strömungen in der Partei beweisen, bestätigt sich damit nicht.

37) Es wäre allenfalls noch Otto Lindemann zu nennen, ein Offizier, der sich Laufenberg und Wolffheim anschloß, in Gotha agitierte und eine militärtechnische Schrift in ihrem Sinne verfaßte, die von ihnen herausgegeben wurde: Otto Lindemann, Das revolutionäre Heer, Hamburg 1920.

mit Karl Schröder seit dem Heidelberger Parteitag einer der bekanntesten Sprecher der Berliner Oppositionellen und gehörte zum Redaktionsstab der Berliner KAZ. Nachdem eine Konferenz des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin der KAP Anfang Juni 1920 den Nationalbolschewismus als unvereinbar mit dem Programm einer proletarisch-revolutionären Partei erklärt hatte, schied Wendel - offenbar nicht ganz freiwillig³⁸ - wegen seiner offenen Sympathien für die Hamburger aus der Redaktion der Berliner KAZ aus³⁹. Er versuchte noch zwei Monate, in der Berliner KAP gegen den Beschluß der Partei zu arbeiten, daß "jede Propaganda und jede Wiederbelebung des nationalen Gedankens"⁴⁰ verboten sei; am 13. 8. 1920 trat er - gleich Wolffheim und Laufenberg einer der frühesten und populärsten Sprecher des deutschen Linkskommunismus - aus der KAPD aus und ging bald darauf zur SPD, deren Gefolgsmann er bis zu seinem Tode (1960) blieb. Laufenberg verschwand nahezu 4 Jahre von der politischen Bildfläche und trat in den Inflationswirren Ende 1923 noch einmal lokal in Hamburg hervor als Organisator sogenannter "Beschaffungs-Gemeinschaften", die das Ziel verfolgten, Erwerbslosen, Sozial- und Altersrentnern billige Lebensmittel zu besorgen; er besann sich im übrigen wieder auf die christlichen Ursprünge seiner politischen Laufbahn und versuchte eine Synthese zwischen Sozialismus und Christentum zu bilden⁴¹. Er lehnte bis zu seinem Lebensende (1932) Beziehungen zu den Nationalsozialisten ab, während Wolffheim mutmaßlich zum Strasser-Kreis in der NSDAP gehörte; Wolffheim starb im Konzentrationslager⁴².

5. Die syndikalistische Richtung in Ostsachsen

Eine ungleich größere Anhängerschaft als der Hamburger Nationalbolschewismus hatte die Idee der Einheitsorganisation im deutschen Linkskommunismus; sie leitete sich direkt aus einer der wesentlichen Entstehungsursachen dieser linksradikalen Traditionslinie her, der Kritik am bürokratisch erstarrten Gefüge der alten Arbeiterorganisationen, während die Vorstellungen des Nationalbolschewismus gleichsam von außen an die linksradikale Bewegung herangetragen wurden. Die Forderung, die herkömmliche Spaltung der Arbeiterbewegung in Partei- und Gewerkschaftsorganisation müsse aufgehoben werden, war

38) Vgl. seinen Brief in: KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 66; Was wird aus der KAPD?

39) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 112.

40) S. KAZ (Hamburg), 2. Jg. (1920), Nr. 12.

41) S. "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 2. Laufenberg stand zu dieser Zeit einem "Bund für deutschen Aufbau" vor und gab als dessen Organ das Blatt "Wege und Ziel" heraus.

42) S. O. E. Schüddekopf, Linke Leute, p. 433.

vor dem Weltkriege bereits in der Agitation Dr. Friedeberts enthalten und wurde von Rosa Luxemburg erwogen; im letzten Kriegsjahr machten sich die Bremer Linksradiكالen zum literarischen Fürsprecher der vermutlich spontan in den Massenstreikbewegungen aufgekommenen Idee der Einheitsorganisation und die IKD führten deren Propaganda fort; seit 1919 war Otto Rühle, ehemals Anführer der Dresdener IKD, im engeren Bereich des Wirtschaftsbezirks Ost-Sachsen der KPD(S) zum Wortführer des Einheitsorganisations-Gedankens geworden. Sein Publikationsorgan war das ehemalige Dresdener IKD-Blatt "Der Kommunist", das bis zur Gründung der AAUE Ende 1921 erschien. In Berlin wirkte Franz Pfemfert im Sinne Rühles durch seine Zeitschrift "Die Aktion". Pfemfert hatte sein Programm des "ehrlichen Radikalismus", unter dem er seine Zeitschrift gegründet hatte, während des Krieges fortgesetzt. Die "Aktion" konnte während der Kriegsjahre weiter erscheinen unter der Bedingung, nur feuilletonistische Beiträge zu veröffentlichen, was zur Folge hatte, daß Pfemfert die namhaftesten Expressionisten zwischen 1914 und 1918 um sein Blatt versammelte. Mit einem Teil des Intellektuellen- und Künstler-Kreises um die "Aktion" gründete er 1915 eine "Antinationale Sozialistische Partei" (ASP) in Berlin, deren illegale Tätigkeit besonders in der Kritik am "Verrat" der Sozialdemokratie im August 1914 bestand¹. Im April 1918 veröffentlichte Pfemfert in Broschürenform eine Sammlung seiner sich auf Rosa Luxemburg berufenden Kritik an der SPD aus den letzten Vorkriegsjahren². Die ASP-Gruppe solidarisierte sich sofort nach dem 9. November 1918 mit dem "Spartakus"-Bund, in dem Pfemfert anfangs die revolutionäre Organisation sah, die er vor dem Kriege als "revolutionäre syndikalistische Partei" gefordert hatte³. Er entwickelte in den ersten Monaten der Revolution eine rege Agitation in seiner Zeitschrift und in Vorträgen gegen die Einberufung der Nationalversammlung⁴. Die ASP-Gruppe ging in der KPD(S) auf; nach Beginn des Levikurses in der Partei gehörte Pfemfert zur linken Opposition. Er betrieb sich zur Stützung seiner linkskommunistischen Grundsätze besonders auf Karl Liebknechts Gefängniszeichnungen aus den Jahren 1916/17, die er zuerst veröffentlichte⁵, und auf die antiparlamentari-

1) S. den Aufruf der ASP in: "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 45/46. Der Aufruf ist u. a. unterzeichnet von Albert Ehrenstein, Karl Otten, Hans Siemsen und Carl Zuckmayer.

2) Franz Pfemfert, Die Sozialdemokratie bis zum August 1914, Berlin 1918 (Aktions-Verlag).

3) S. "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 47/48; 9. Jg. (1919), Nr. 2/5.

4) S. "Die Aktion", 8. Jg. (1918), Nr. 47/48; Franz Pfemfert, Nationalversammlung ist Konterrevolution.

5) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 30/31. S. auch: Karl Liebknecht, Politische Aufzeichnungen aus dem Nachlaß (op. cit.); vgl. oben den Abschnitt über die Diskussion der Organisationsfrage im "Spartakus"-Bund.

sche Entscheidung des Gründungskongresses der KPD(S). Pfemfert sah in der neuen Entwicklung der KP seit dem Heidelberger Parteitag den "Bankrott der KPD"⁶; für ihn war im Januar 1920 die Parole des "Spartakus"-Bundes "Alle Macht den Räten!" unverändert gültig:

"Alle Macht den Räten! Das bedeutet: Beseitigung des Bonzentrums, Ausschaltung der gegen den revolutionären Willen des Proletariats wirkenden Berufspolitiker, Entfernung der Parlamentarier. Das bedeutet: Dezentralisation, bedeutet Vernichtung des sozialdemokratischen Kadavergehorsams, bedeutet Auslösung aller revolutionären Kräfte, die im deutschen Proletariat 40 Jahre lang niedergehalten waren, bedeutet endlich: Todsstoß den zentralistisch regierten Gewerkschaften und Parteien!"⁷.

Nach endgültigem Ausschluß der oppositionellen Bezirke der KPD(S) im Februar 1920 forderte Pfemfert, man solle in jedem Falle versuchen, die gegenwärtigen Führer der Partei durch die Arbeit innerhalb derselben zu Fall zu bringen⁸; eine Wiederbegründung der ASP lehnte er ebenso ab wie eine organisatorische Verselbständigung der Opposition. Es gelte immer noch das Programm der KPD(S) vom Gründungsparteitag, dem bisher einzigen regulären Kongreß der deutschen Kommunisten; um dies Programm sollte sich die Opposition versammeln unter dem Namen "Spartakusbund". "Wir wollen ein Bund sein, keine übliche üble politische Geschäftspartei!"⁹

Pfemfert stand mit Rühle spätestens seit Anfang 1919 in Kontakt; Rühle schrieb Beiträge pädagogischer Art in der "Aktion"¹⁰ und Pfemfert empfahl in seiner Zeitschrift die Lektüre des Dresdener "Kommunist"¹¹. Seit der Gründung der KPD im April 1920 wurde der unter der unmittelbaren Einwirkung Rühles stehende Wirtschaftsbezirk Ost-Sachsen zum Ausstrahlungszentrum der syndikalistisch orientierten Opposition in der Partei. Auf dem Gründungskongreß waren Rühle und Pfemfert gegen die Aufnahme des Partei-Begriffs in den Namen der neuen Organisation aufgetreten. Vierzehn Tage nach dem Kongreß sprach sich eine Wirtschaftsbezirks-Konferenz Ost-Sachsens nur unter Vorbehalten für den Anschluß an die Partei aus¹². Sie bedauerte, daß

6) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 1/2.

7) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 1/2; Hervorhebung im Original.

8) S. hierzu und zum folgenden: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 11/12; Das Gemengsel aus Führerehrgeiz und Führerdünkel.

9) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 11/12.

10) "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 51/52.

11) S. "Die Aktion", 9. Jg. (1919), Nr. 12/13. Neben der "Aktion" und dem Dresdener "Kommunist" erschien seit 15. 5. 1920 in Zwickau ein Blatt mit gleichgerichteter Tendenz: "Kommunist, Arbeiter-Zeitung, Organ der KPD und der AAU für die Bezirke Zwickau, Werdau, Glauchau und das Vogtland".

12) "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1920), Nr. 20; s. auch: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 43/44.

man sich unter dem Namen einer Partei zusammengeschlossen und dadurch in organisationstechnischer Hinsicht die notwendige Klärung in der deutschen Arbeiterbewegung verzögert habe. Die Konferenz verband mit ihrem Beitrittsentschluß die Erklärung, sie werde "unausgesetzt und mit allen Energien darauf hinarbeiten . . . , aus der KAPD auch organisationstechnisch ein revolutionäres Instrument zu machen"¹³. Diese Vorbehalte begründete die Konferenz:

"Die Partei als politisches Organisationsgebilde ist in ihrer historischen Existenzberechtigung gebunden an die Voraussetzung des bürgerlichen Parlamentarismus, den wir im Zeitalter der Revolution grundsätzlich ablehnen. - Ist die Demokratie die klassische Form der bürgerlichen Herrschaft, so ist die Partei die klassische Form der Geltendmachung und Vertretung bürgerlicher Interessen. Die Politik jeder Partei führt darum notwendigerweise zum Opportunismus und zu den ihm entsprechenden taktischen Methoden (Verhandlungen, Kompromisse, Reform), die wir grundsätzlich ablehnen"¹⁴.

In systematisierender Zusammenfassung legte Otto Rühle die sich hinter dieser Begründung der Parteiverneinung abzeichnende Organisationsvorstellung Anfang Mai (1920) vor¹⁵. In Rühles Überlegungen setzte sich die Bürokratiekritik und die organisatorische Neuerungsbemühung der linksradikalen Bewegung vor und während des Weltkrieges in der radikalsten Weise fort. In Rühles Sicht lag der revolutionäre Niedergang der KPD(S) darin begründet, daß in ihrem Organisationsrahmen der revolutionäre Wille der radikalen deutschen Arbeiterschaft wiederum nicht die adäquate Form gefunden hatte; die revolutionären Energien des Proletariats würden in ihr wiederum an Führer delegiert¹⁶. Die KPD sei die letzte Partei gewesen und die KAPD dürfe - bei Strafe ihres Unterganges - nicht wieder zu einer solchen werden. Die genuin proletarische Organisationsform, die den revolutionären Inhalt garantiere, sei mit den Arbeiter-Unionen im Entstehen begriffen.

Rühle und Pfemfert standen seit der Gründung der KAPD im Gegensatz zur zentralistischen Berliner Führung der Partei und näherten sich in der Auseinandersetzung mit dieser sehr weitgehend syndikalistischen Prinzipien an. Rühle wies auf die treffenden Beobachtungen der Syndikalisten über "die zunehmende Hohlheit und Korruption des parlamentarischen Betriebs"¹⁷ hin und schloß sich ihrem Antiparlamentarismus an. Pfemfert nahm die Syndikalisten in Schutz gegen die

13) Ibidem.

14) Ibidem.

15) S. "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 17/18; Eine neue kommunistische Partei?; erschien auch selbständig als Broschüre: Otto Rühle, Revolution ist keine Parteisache, Berlin 1920.

16) Vgl. ibidem, p. 5 f.

17) Ibidem, p. 5.

Invectiven der KPD(S)-Zentrale: "Führerparteien werden immer gegen den 'Syndikalismus' kämpfen, sie kämpfen dabei um ihre Führerposten"¹⁸. Neben dem entschiedenen Antiparlamentarismus und den stark ausgeprägten antiautoritären Tendenzen hatte der von Rühle und Pfemfert vertretene Flügel der KAPD mit dem Syndikalismus das Prinzip der Einheitsorganisation und des extremen Föderalismus gemeinsam¹⁹. Zum organisatorischen Aufbau sah Rühles Programm vom Mai 1920 vor, die Allgemeine Arbeiter-Union solle sich nach Industriegruppen aufbauen, auf der untersten Stufe föderativ und oben lediglich durch eine Art Obleute-System zusammengehalten. Im Juli 1920 konkretisierte der ostsächsische KAP-Flügel, der sich demonstrativ gegen den Parteibegriff gerichtet "Kommunistischer Arbeiter-Bund Deutschlands" nannte, seine Vorstellungen vom Aufbau der Partei in einem Statutenentwurf, der dem 2. Parteitag im folgenden Monat vorgelegt werden sollte. Dieser Entwurf sah u. a. vor:

"Der Bund ist eine föderativ aufgebaute Organisation. Die Mitglieder schließen sich zu Ortsgruppen zusammen; diese verbinden sich nach ihrer geographischen Lage und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zu Bezirken. . . . Die Wirtschaftsbezirke müssen alljährlich einmal zu einem Bundestag zusammenkommen Der Bundestag stellt eine lose Verbindung dar und dient zum Austausch der gemachten Erfahrungen. Zur Fassung bindender Entschlüsse ist derselbe nicht berechtigt"²⁰.

Diese von den Ostsachsen postulierte Autonomie der Wirtschaftsbezirke war dem Berliner Zentrum der Partei, das um jeden Preis an einer weisungsberechtigten Spitze der Partei festhalten wollte, naturgemäß ein Ärgernis. Der minoritäre Flügel setzte sich gegen die Mehrheit der Berliner Richtung auf dem 2. Parteitag nicht durch und sein Entwurf wurde nicht angenommen. Obwohl aber die KPD(S) seit April des Jahres ihre Polemik auf Rühle konzentrierte²¹ und obwohl das EKKI seinen Ausschluß gefordert hatte, sprach sich der Parteitag zwar gegen die beiden Hamburger Nationalbolschewisten, nicht aber gegen Rühle aus. "Der Parteitag erklärt sich mit dem Genossen Otto Rühle solidarisch und spricht dem EK überhaupt das Recht ab, sich in innere

18) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 1/2; vgl. dazu auch die Beiträge zur Klärung des Begriffs "Syndikalismus" in: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 19/20, 29/30; Kommunismus gegen Syndikalismus?

19) Vgl. zur weiteren Annäherung dieses KAP-Flügels an den Syndikalismus im Rahmen der AAUE oben den entsprechenden Abschnitt.

20) "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1920), Nr. 29.

21) S. "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 65; Otto Rühle; dort u. a.: "Wer noch der Auffassung ist, daß Otto Rühle Marxist sei, der hat Marx nie begriffen." S. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 68, 71, 74, 124.

Angelegenheiten der KAPD einzumischen²². - Die föderalistischen Impulse in der KAPD waren zu groß, als daß man Rühle über seinen Föderalismus hätte zu Fall bringen können. Der unmittelbare Anstoß zur Abstoßung Rühles und Pfemferts von der KAPD ging aus von der Diskussion des Anschlusses der Partei an die 3. Internationale. Rühle hatte nach seiner Moskau-Delegation²³ in hellster Empörung über seine Erfahrungen in Rußland berichtet:

"Dort hat man das revolutionäre Normalschema ... Und wie sieht dieses Normalschema aus? Revolution ist Parteisache. Staat ist Parteisache. Diktatur ist Parteisache. Sozialismus ist Parteisache. - Und weiter: Partei ist Disziplin. Partei ist eiserne Disziplin. Partei ist Führerherrschaft. Partei ist straffste Zentralisation... Ins Konkrete übertragen heißt dies Schema: Oben die Führer, unten die Masse. Oben: Autorität, Bürokratismus, Personenkult, Führerdiktatur, Kommandogewalt. - Unten: Kadavergehorsam, Subordination, Strammstehen. - Ein multipliziertes Bonzentum. Eine KPD-Zentrale im Superlativ²⁴.

Rühle verwehrt sich dagegen, daß man dies russische "Normalschema" in Deutschland und Westeuropa anwende. Die russische Revolution habe ein ganzes Zeitalter, das des Kapitalismus, übersprungen; entstanden sei daraus ein "politischer Sozialismus ohne ökonomische Grundlage. Eine theoretische Konstruktion. Ein bürokratisches Reglement"²⁵. Rühle teilte mit Gorter und Schröder, den Inspiratoren des Berliner Zentrums der KAPD, die Meinung, die westeuropäische Revolution habe ihre eigenen Bedingungen²⁶; während Gorter und Schröder aber Mitte 1920 noch glaubten, ihre Partei könne innerhalb der Komintern im linkskommunistischen Sinne wirken²⁷, lehnten Rühle und Pfemfert bereits jeden die Aufnahme der KAPD ermöglichenden Kompromiß ab. Ihre entschiedene Haltung in der Frage des KAPD-Anschlusses an die Komintern erwies sich schon im folgenden Jahre als berechtigt, denn diese Verbindung war auf die Dauer nicht haltbar. Im Herbst 1920 war aber die überwiegende Mehrheit der KAPD-Mitglieder - im

22) S. dazu die Diskussion in: Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAP, p. 146 bis 162; s. auch: "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 33/34.

23) Vgl. oben den Abschnitt über die KAPD und die Dritte Internationale.

24) "Die Aktion", 10. Jg. (1920), Nr. 37/38; Moskau und wir. Auch abgedruckt in: "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 38.

25) Ibidem; vgl. dazu auch das Kapitel "Das russische Problem" in: Otto Rühle, Von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.

26) Auf eine eingehendere Diskussion der politischen Theorie Rühles kann hier verzichtet werden, da bereits eine ausgezeichnete, auch die späteren Werke Rühles einbeziehende Darstellung vorliegt; Sebastian Franck, Soziologie der Freiheit, Otto Rühles Auffassung vom Sozialismus, eine Gedenkschrift, Ulm/Donau 1951.

Banne des glanzvollen revolutionären Beispiels in Rußland - für den Anschluß. Ihre Stimmung gegen Rühle und Pfemfert in dieser Frage ausspielend gelang den Berlinern deren Ausschluß Ende Oktober 1920²⁸.

Daraufhin beschloß die bisherige Bezirksgruppe der KAPD Ost-Sachsen auf einer Konferenz am 5. 12. 1920 die definitive Loslösung von der Partei mit 45 gegen 2 Stimmen²⁹. Man erklärte, lediglich die Konsequenzen aus der ostsächsischen Resolution vom April des Jahres gezogen zu haben und feierte den Bruch als Überwindung der letzten der Kampforganisation noch anhaftenden Reste der Parteitradition. Die ehemalige KAP Ost-Sachsens hatte sich damit allerdings auf eine so geringe Stärke reduziert, daß sie den Anschluß an ihr nahestehende Organisationen suchte. Die Dezember-Konferenz beschloß, die bisherige KAP-Bezirksgruppe in die AAU unter der Bezeichnung "Kommunistische Bezirksgruppe in der AAU" einzubauen. Dieser Schritt der Überleitung der Parteiorganisation in die AAU war zwangsläufig das Ergebnis der ostsächsischen Richtung der KAP und gleichzeitig der Anfang der organisatorischen Verfestigung der Einheitsorganisations-Tendenz in der AAU. Die Annäherung an die Syndikalisten war damit in gleicher Weise vollendet; die ostsächsische AAU schloß sich im Dezember (1920) mit der regionalen FAUD(S) und Vertretern der KAJ und der Erwerbslosen zu einem "Revolutionären Kartell Ostachsen" zusammen.

28) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 144. S. dazu auch: "Der Kommunist" (Dresden), 3. Jg. (1919), Nr. 46; Spartakus übertrumpft. Der Anfang vom Ende der KAPD.

IX. DIE LINKSRADIKALEN ORGANISATIONEN IN DEN PROLETARISCHEN MASSENAKTIONEN 1920/21

1. Die "Rote Armee" der Ruhr-Arbeiterschaft im Anschluß an den Kapp-Putsch März/April 1920

Keine der linksradikalen Organisationen war zu irgendeinem Zeitpunkt ihrer Geschichte stark genug, um selbständig eine größere proletarische Aktion auslösen oder eine Sozialbewegung zu einer solchen steigern zu können. Dennoch spielte ihre Propaganda besonders in den proletarischen Massenaktionen 1920/21 eine nicht unerhebliche Rolle; es ist für das Verständnis dieser Aktionen und für das Verständnis der Geschichte dieser Jahre der Weimarer Republik nicht unwichtig, die Resonanz dieser Organisationen in ihnen - so weit wie möglich, d. h. annäherungsweise - zu bestimmen. - Die erste Massenaktion von mehr als lokaler Bedeutung erfolgte nach Abbruch der Reihe von Insurrektionen bis Mitte 1919 in der Abwehr des Kapp-Putsches im Ruhrgebiet. Die Stellung der in diesem Organisationsbereich stark vertretenen Syndikalisten und die Haltung der KPD(S) und ihrer Opposition in und zu diesen Kämpfen sollen im folgenden ermittelt und einige Rückschlüsse auf die Eigenart dieser Bewegung überhaupt gezogen werden. -

Am 13. März 1920 vertrieb der konterrevolutionäre Putsch unter der Leitung von Kapp und Lüttwitz, gestützt auf Freikorps und Teile der Reichswehr, die sozialdemokratische Regierung aus Berlin. Im Ruhrgebiet war die Erbitterung der Arbeiter gegenüber den Reichswehrtruppen besonders groß, seitdem diese auf Wunsch der Unternehmensleitungen seit Anfang 1919 in vielen Orten Standquartier bezogen und den radikalen Arbeitern in Streiks und Demonstrationen blutige Auseinandersetzungen geliefert hatten¹. Als der Kommandierende General des für das Ruhrgebiet zuständigen Wehrkreiskommandos, von Watter, nicht sofort Stellung nahm gegen das Berliner Putsch-Regime und als einige seiner Offiziere offen mit diesem Regime sympathisier-

1) Vgl. hierzu und zum folgenden die Arbeit des Max-Weber-Schülers Gerhard Colm, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhr-Aufstandes vom März/April 1920, Essen 1921; Colm hatte Zugang zu zahlreichem Archivmaterial und ergänzte seine Recherchen durch persönliche Befragung von Beteiligten; seine Arbeit ist die einzige wissenschaftliche Untersuchung des Ruhr-Aufstandes und wurde durch spätere Publikationen nicht ersetzt und kaum ergänzt. Vgl. auch: Hans Spethmann (Zwölf Jahre Ruhrbergbau, op. cit.) Bd. II; Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Berlin 1928, dessen Untersuchung von Unternehmenseite finanziert wurde und eine entsprechend entstellende Tendenz hat, und E. Brauer (Der Ruhraufstand von 1920, Berlin 1930), eine KPD-offizielle Darstellung von nicht sehr hohem Niveau.

ten, entstand eine Aufstandsbewegung der Ruhrarbeiter gegen die als Chargen der Konterrevolution betrachteten Reichswehrtruppen, die la-winenartig anschwell und zur Bildung einer mehr als 80 000 Mann umfassenden "Roten Armee"² führte. Weitgehend unabhängig von den vom ADGB und den übrigen großen Gewerkschaften der Angestellten und Beamten ausgerufenen Generalstreik, der am 15. März im ganzen Reiche geschlossen einsetzte und schon am 17. ds. Mts. die Kapp-Regierung zum Rücktritt zwang, bewaffneten sich die Radikalen im Ruhrgebiet und vertrieben bis zum 18. März in überraschend erfolgreichen Gefechten die Reichswehr- und Polizeitruppen aus ihren Stellungen zwischen Ruhr und Lippe und errichteten etwa parallel zur Lippe eine Front; vom 18. bis 21. März nahmen andere Arbeitertruppen Remscheid, Essen, Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Hamborn und Dinslaken und warfen die Reichswehr stromabwärts des Rheins bis Wesel zurück. Am 20. 3. erklärten die Gewerkschaften den Generalstreik für beendet, am 22. ds. Mts. schlossen sich die SPD und die USPD dieser Erklärung an und die umgebildete, sozialdemokratische Regierung suchte Verhandlungen mit den aufständischen Ruhrarbeitern. Am 24. März wurde zwischen zwei sozialdemokratischen Reichsministern und Vertretern der SPD, USPD und eines Teils der KPD aus dem Ruhrgebiet in Bielefeld ein Abkommen unterzeichnet³, das die Einstellung der Kämpfe und die Abgabe der Waffen von den aufständischen Arbeitern forderte und Straffreiheit für während der Kämpfe begangene Ungesetzlichkeiten und sozial- und sozialisierungspolitische Maßnahmen zusicherte. Beträchtliche Teile der Insurgenten erkannten dieses Abkommen ebenso wenig an wie ein von der Reichsregierung zum 30. März gestelltes Ultimatum. Wegen innerer Auseinandersetzungen und wegen der unzureichenden Organisation der "Roten Armee", für die drei, teilweise rivalisierende, Befehlszentralen bestanden, zerfiel dieselbe in den ersten Apriltagen. Nach letzten Gefechten verstreuter Truppen am 3. April in Duisburg, Recklinghausen und Oberhausen, am 4. in Mülheim, am 5. in Dortmund und am 6. in Gelsenkirchen⁴ war die "Rote Armee" aufgerieben und die Reichswehr war wieder Herr der Lage im Ruhrgebiet; sie vergalt die Gewalttaten der aufständischen Arbeiter mit noch größerem Terror⁵.

2) E. Brauer (op. cit., p. 80) hält 120 000 Mann Stärke der "Roten Armee" noch für untertrieben. Spethmann (op. cit., p. 143) referiert als Angabe der Hagener Befehlszentrale der "Roten Armee" am 23. 3. 1920 eine Stärke von 120 000, als Schätzung der Reichswehr 80 000 - 100 000 Mann.

3) S. den Text des Abkommens bei Gerhard Colm, op. cit., p. 115-117; E. Brauer, op. cit., p. 67 ff.; H. Spethmann, op. cit., p. 156 ff.

4) S. Friedrich Stampfer. Die ersten 14 Jahre der deutschen Republik, Offenbach/Main 1947, p. 181.

5) Vgl. dazu am wenigsten parteiisch Gerhard Colm, op. cit., p. 139 ff.

So weit die Geschichte der "Roten Armee" im Ruhrgebiet in groben Umrissen. - Die rasche Entstehung der "Roten Armee" und ihre schnellen Anfangssiege führten zu der - besonders in der bürgerlichen Presse vertretenen - Meinung, es habe sich bei den ganzen Geschehnissen um einen vorbedachten und organisierten "bolschewistischen" Aufstand gehandelt. Tatsächlich sprechen alle Indizien dafür, daß es sich vielmehr um ein spontan entstandenes paramilitärisches Gebilde handelte, das politisch so uneinheitlich und auch unfähig war, daß es trotz der anfänglichen Erfolge nicht einmal zur Ausrufung einer Räterepublik kam, wenn man von einer Episode in Mülheim absieht. Das einzige organisatorische Moment, das sich für die Durchführung des Aufstandes nachweisen läßt, sind die seit Beginn des Jahres 1920 auch im Ruhrgebiet von USPD und KPD gemeinsam aufgebauten Kampf-Organisationen⁶, deren fragmentarischer Charakter jedoch die KPD(S)-Zentrale veranlaßte, im Zusammenhang mit dem Aufstand von ihrer "völligen Hohlheit" und "vollständigen Unzulänglichkeit" zu sprechen⁷. Im übrigen vollzog sich die Aufstellung der "Roten Armee" spontan auf Grund der einhelligen Empörung der Arbeiterschaft über die anscheinend mit dem reaktionären Kapp-Regime solidarische Reichswehr in einer Art Kettenreaktion durch die Bildung lokaler Truppen, die sich - zum geringsten Teil - mit versteckten Waffen, dann durch die Übernahme der Arsenale der Bürgerwehren und schließlich durch die von den Reichwehrtruppen erbeuteten Kampfwerkzeuge ausstatteten⁸, und die sich zusammenschlossen. Zum Bilde der aus der Spontaneität der Aufstandsbewegung resultierenden Uneinheitlichkeit gehört es, daß sich während der Kämpfe gleich drei Befehlszentralen der "Roten Armee" etablierten, von denen keine unangezweifelte Autorität besaß⁹. Die Zentrale in Hagen stand unter dem bestimmenden Einfluß der USPD und hielt sich an das Bielefelder Abkommen. Der Essener Zentralrat war am 25. März als oberste politische Führung von den lokalen Vollzugsräten gewählt worden und von linken Unabhängigen und Kommunisten dominiert; er rief gegen das Ultimatum vom 30. März zum Generalstreik auf und erließ noch am 1. April die - bereits illusionäre - Parole der allgemeinen Volksbewaffnung. Die militärische Oberleitung saß in Mülheim; sie war anfangs der Essener Zentrale untergeordnet, verstand sich dann aber unter der Führung von linksoppositionel-

6) Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15785/13 ff.; Denkschrift über die "Rote Armee" und andere Kampforganisationen.

7) Zitiert in: Gerhard Colm, op. cit., p. 58; s. auch E. Brauer, op. cit., p. 86 f.

8) Vgl. dazu Gerhard Colm, op. cit., p. 65 ff. und; E. Brauer, op. cit., p. 80 ff. Neben allen Arten von Handfeuerwaffen und Sprengstoffen verfügten die Aufständischen schließlich auch über eine Reihe von Geschützen und Minenwerfern und über 2 Flugzeuge.

9) S. zum folgenden E. Brauers (op. cit., p. 49-60) Charakterisierung der 3 Zentralen; vgl. auch Gerhard Colm, op. cit., p. 61 ff.

len Kommunisten und Syndikalisten, führte die Kämpfe nach dem Bielefelder Abkommen weiter und handelte bis zuletzt unter der Parole des "Kampfes bis zum Weißbluten". - Es kann von politischer Zielstrebigkeit, von revolutionärer Planung in dieser Aufrührbewegung ebenso wenig die Rede sein wie in den früheren Kämpfen im Ruhrgebiet und in den meisten übrigen Insurrektionen nach November 1918.

Nach Ausweis eines soziologisch geschulten und unvoreingenommenen zeitgenössischen Beobachters der Ruhrkämpfe war das "weit-aus wichtigste" Motiv der Aufständischen der "Haß auf die sich erneut als reaktionär erweisende Reichswehr"¹⁰. Aus dieser Motivation nicht herauszulösen, aber doch erst in zweiter Linie, kam die Zielvorstellung der sozialen Revolution, der in diesen Kämpfen in konsequenter Weise nur die syndikalistischen und linkskommunistischen Arbeiter anhängen. Sie nahmen weder an den Bielefelder Verhandlungen teil, noch erkannten sie die dort getroffenen Vereinbarungen an¹¹, sondern hofften mit dem Aufstand den ersten Schritt zur zweiten, zur sozialen Revolution in Deutschland zu tun. Es war die Propaganda der Syndikalisten und der linken Kommunisten, die den radikalsten aktivistischen Kräften - wie zu zeigen sein wird gegen den Willen der Organisationspitze der FAUD und der KPD(S) in Berlin - die politischen Parolen lieferte. - Die FAUD hatte etwa zum Zeitpunkt des Ruhraufstandes den Höhepunkt ihrer organisatorischen Entfaltung im Ruhrgebiet erreicht; sie hatte seit Mai 1919 ihre Föderationen ausbauen können und gewann durch die von ihr dominierte Gründung der rheinland-westfälischen FAU im September an regionaler Einflußmöglichkeit. Noch waren die Differenzen, die zur Verselbständigung der Gelsenkirchener Richtung führten, Anfang 1920 nicht voll ausgeprägt. Außerdem hatte die FAU seit Oktober 1919 als einzige gewerkschaftliche Organisation eine gezielte Aktion für die Sechs-Stunden-Schicht im Kohlebergbau durchgeführt¹², in der ihre Empfehlung der Kampfmittel der passiven Resistenz bei den Arbeitern Gehör gefunden hatte, und sie führte ihren Kleinkrieg gegen die alten Gewerkschafts-Verbände erfolgreich weiter¹³. Auf dem Berliner Gründungskongreß der FAUD im Dezember 1919 behauptete ein Duisburger Delegierter, 90 % der Bergarbeiter

10) Gerhard Colm, op. cit., p. 55.

11) Vgl. Gerhard Colm, op. cit., p. 117: "Unter den Unterschriften finden sich Vertreter der drei sozialistischen Parteien, keine Vertreter der kämpfenden Arbeiter, keine Vertreter der Opposition, also keine Syndikalisten oder Linkskommunisten."

12) Vgl. zu den Ursachen und zum Ablauf der ganzen Aktion: Manfred Dörnemann, op. cit., p. 99-147.

13) Dörnemann (op. cit., p. 63) bringt Beispiele für die fast mit sportlichem Ehrgeiz betriebene Jagd der linksradikalen Arbeiter auf die Gewerkschafts- und Partei-Mitgliedbücher ihrer organisierten Kollegen.

des Ruhrgebiets seien syndikalistisch¹⁴ und Anfang 1920 erklärte Augustin Souchy - obwohl die Berliner Geschäftskommission mit dergleichen Prognosen vorsichtig zu sein pflegte -, im Ruhrdistrikt seien die Syndikalistinnen jetzt vielleicht so stark, daß sie - unter günstigen Umständen und wenn es in nicht allzu langer Zeit zu einer neuen Revolution komme - die revolutionäre Übernahme der Betriebe durch die Produzenten einleiten könnten¹⁵. Daß die rheinland-westfälische FAUD beträchtlichen Einfluß hatte auf die Ruhr-Insurgenten vom März 1920 ist angesichts dieser Tatsachen sicher. Folgende vom zeitgenössischen Beobachter mit Hilfe unzureichenden statistischen Materials ermittelte prozentuale gewerkschaftliche Zugehörigkeit der Ruhr-Insurgenten ist in dieser Beleuchtung als Annäherungswert durchaus glaubhaft; es waren demnach 53,2 % der Aufständischen im ADGB, 44,9 % in der FAU, 1,1 % in den Hirsch-Dunckerschen und 0,8 % in den Christlichen Gewerkschaften organisiert¹⁶. Im Verhältnis zur jeweiligen Mitgliederzahl dieser Gewerkschaften war die FAU relativ der bei weitem am stärksten durch seine Mitglieder repräsentierte Verband. Das heißt jedoch nicht, daß fast die Hälfte der Kämpfenden zielbewußt und unter einheitlicher Führung ein von der FAUD entworfenes Revolutionsprogramm zu verwirklichen suchte; das heißt vielmehr, daß dieselben aktivistischen oder auch bloß erregbaren Arbeiter, die auf Grund ihrer enttäuschten sozialrevolutionären oder auch nur sozialen Forderungen bereits aus Entrüstungsopposition aus den alten Verbänden ausgetreten waren und sich der FAU angeschlossen hatten, nun auch - allenfalls mit einigen Losungen der Syndikalistinnen ausgestattet¹⁷ - diejenigen waren, die sich in den bewaffneten Kampf stürzten und am längsten in ihm ausharrten - wie am Verhalten der Mülheimer Befehlszentrale erkennbar ist. - Diese Neu-Syndikalistinnen, die häufig auch gleichzeitig noch der USPD oder der KPD angehörten, engagierten sich in der "Roten Armee" ungeachtet der Haltung der ideologischen Wortführer der FAUD in Berlin (Rocker, Kater, Oerter u. a.), die dieses Engagement prinzipiell ablehnten. Rocker z. B. sah sich durch das Scheitern des Ruhr-Aufstandes in seiner Überzeugung bestätigt, "daß die bewaffnete Aktion kein geeignetes Mittel zur Niederringung der mi-

14) V. Saurma-Jeltsch, op. cit., p. 12.

15) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 10.

16) Gerhard Colm (op. cit., p. 49) errechnete diese Prozentsätze mit Hilfe von Unterstützungslisten für die Opfer des März-Aufstandes, in denen bei 374 Namen die Gewerkschafts-Zugehörigkeit angegeben war.

17) Vgl. zutreffend Gerhard Colm (op. cit., p. 81 f); "Vergleicht man die ... Grundsätze der Syndikalistinnen mit der ganzen Ruhrbewegung, so sieht man einerseits, wie durchtränkt die ganze Bewegung, teils bewußt, teils unbewußt, mit syndikalistischen Ideen und Methoden ist, zum anderen sieht man, wie die vielen Mitglieder der "Freien Arbeiter-Union" durch ihre Teilnahme an der "Roten Armee" wesentliche Grundsätze mißachtet haben."

litärischen Gewalt¹⁸ sei. Er und die anderen syndikalistischen Veteranen in der Berliner Geschäftskommission sahen die Ursache für das Engagement der FAU-Organisationen in Rheinland-Westfalen in deren mangelnder Durchdringung mit den konstruktiven Ideen des Syndikalismus und in der noch verbreiteten Parteizugehörigkeit der Mitglieder¹⁹. - Der starken Repräsentanz der rheinland-westfälischen Syndikalistinnen in der "Roten Armee" entsprach das große Maß organisatorischer Zerrüttung der FAU nach Niederschlagung des Aufstandes und nach Beginn des sogenannten "weißen Terrors" der Reichswehrtruppen; hunderte von Insurgenten wurden standrechtlich erschossen, tausende mußten fliehen - "in den meisten Fällen gerade die Vorstandsmitglieder unserer Organisationen", berichtete Rocker²⁰.

Die syndikalistische Organisation, deren Ideen weder vor noch nach dem Ruhr-Aufstand vom März 1920 wieder eine ähnlich große Resonanz in den proletarischen Massenaktionen hatten, war im Ruhrgebiet bis dahin besser etabliert und zahlreicher als die KPD(S). Heinrich Brandler hatte - sehr wahrscheinlich im Hinblick auf diese Dominanz der Syndikalistinnen und den daraus folgenden Partikularismus - Ende Februar (1920) auf dem Parteitag der KPD(S) auf Grund seiner Beobachtungen erklärt, gerade im Ruhrgebiet habe man praktisch noch gar keine Organisation²¹. Tatsächlich war selbstverständlich die KP auch im Ruhrgebiet etabliert; nach zeitgenössischen Schätzungen verteilte sich die Parteizugehörigkeit der Aufständischen in der "Roten Armee" in folgender Weise: USPD 58,4 %, KPD 30,9 %, SPD 10,7 %²². Die KP war also vorhanden und relativ stark repräsentiert in den Kämpfen; aber für die rheinland-westfälischen Kommunistinnen galt zu dieser Zeit noch immer das Wort der Berliner Parteizentrale nicht viel. - Die KPD(S)-Zentrale hatte bei Abwesenheit Levis, der im Gefängnis saß, aber durchaus in seinem Sinne am 21. 3. 1920 abgesprochen und am 26. ds. Mts. öffentlich erklärt, sie werde sich angesichts des großen Einflusses der SPD und USPD auf die Mehrheit der Arbeiterschaft und angesichts der geringen Stärke der KP und des Fehlens einer ausreichenden militärischen Macht zu einer sozialistischen Regierung in der Weise einer "loyalen Opposition" verhalten: "Unter loyaler Opposition verstehen wir: Keine Vorbereitung zum gewaltsamen Umsturz, bei selbstverständlicher Freiheit der politischen Agitation der Partei für ihre

18) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 16.

19) Vgl. auch Gerhard Colm, op. cit., p. 82.

20) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 16.

21) Bericht über den 3. Parteitag der KPD(S), p. 16.

22) Gerhard Colm (op. cit., p. 44) errechnete diese Zahlen aufgrund der Parteiangabe bei 149 Namen auf den Listen zur Unterstützungsaktion der Opfer des Ruhr-Aufstandes.

Ziele und Losungen²³. Im Sinne dieser "loyalen Opposition" gegenüber der sozialdemokratischen Regierung und unter Beibehaltung ihres bereits 1919 offenbarten aktionsfeindlichen Kurses suchte die Zentrale, mäßigend auf die rheinland-westfälischen Insurgenten einzuwirken. Am 26. März mahnte Wilhelm Pieck als Abgesandter der Zentrale auf einer Konferenz aller Vollzugsräte in Hagen "wieder und wieder zur Mäßigung", weil er unnützes Blutvergießen kommen sehe, wenn man im Ruhrgebiet die Kämpfe weiter zu treiben versuche, als es der revolutionären Gesamtlage im Reiche entspreche²⁴. Im gleichen Sinne sprach Paul Levi selbst auf einer Vollversammlung der Vollzugsräte in Essen am 28. März und setzte sich der heftigen Kritik der Syndikalistinnen und der kampfwilligen Opposition der eigenen Partei aus²⁵. - In der Stellung zu den Ruhrkämpfen aktualisierten sich wieder die Gegensätze zwischen den kämpferischen linken Kommunisten und der organisationsbedachten Zentrale und ihrer Anhängerschaft, die seit der Gründung der KPD(S) vorhanden waren. Im Ruhrgebiet hatte unter den kommunistischen Arbeitern der entschlossene Kampfeswille seit Beginn der Kapp-Abwehr-Bewegung überwogen und diese Opposition hatte sich in der Gegnerschaft zum Bielefelder Abkommen gefestigt. Sie forderte die Niederwerfung des parlamentarischen Systems und die Errichtung der Räte-Republik²⁶ und hoffte bis zuletzt auf eine Ausweitung der bewaffneten Kämpfe an anderen Stellen des Reiches. Diese Hoffnung der Ruhr-Insurgenten wurde enttäuscht. Die Vogtländische "Rote Armee", mit der Max Hoelz seit Mitte März eine Entlastungsaktion für die Aufständischen im Ruhrgebiet durchzuführen versuchte²⁷, blieb im mitteldeutschen Industriegebiet ohne Fortsetzung, da insbesondere die Chemnitzer KP-Führung unter Heinrich Brandler die Haltung der Berliner Zentrale einnahm²⁸ und die Aktion Max Hoelz' verurteilte mit dem Argument, es habe keinen Sinn, "im Vogtlande eine rote Armee zu organisieren, während im übrigen Deutschland die Abwürgung der

23) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 32; s. auch: "Die KPD im eigenen Spiegel" (KAPD-Verlag), p. 17 f; vgl. zur Diskussion dieser Erklärung im einzelnen: K. H. Tjaden, op. cit., p. 8 f.

24) S. Gerhard Colm, op. cit., p. 121.

25) Ibidem, p. 122. Die Berliner Zentrale entschloß sich später, nach Einsetzen des "weißen Terrors" im Ruhrgebiet, doch noch zum Generalstreik-Aufruf und zeigte keine sehr klare Haltung in der ganzen Situation nach dem Kapp-Putsch; vgl. dazu kritisch: Die KPD im eigenen Spiegel, p. 16-27. Vgl. auch O. K. Flechtheim, op. cit., p. 62 f.

26) S. Beispiele für diese Forderung der Opposition in der rheinland-westfälischen KP-Presse: E. Brauer, op. cit., p. 69 ff.; Gerhard Colm, op. cit., p. 76 ff.

27) S. die Geschichte dieser Aktion in: Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 85 ff.

28) Vgl. Heinrich Brandler, Die Aktion gegen den Kapp-Putsch in Westsachsen, Berlin 1920; die Schrift wurde von der Zentrale zur Rechtfertigung ihrer Haltung nach dem Kapp-Putsch verbreitet; vgl. auch ihre Kritik durch Max Hoelz, op. cit., p. 98 ff.

Ruhrbergleute ohne ernste Gegenwehr²⁹ sich vollziehe. In Berlin, von wo die Ruhr-Rebellen zuerst die Fortsetzung ihres Kampfes erwartet hatten, tat sich die linkskommunistische Mehrheit der KP mit Anstalten zum bewaffneten Kampf hervor. Sie war - wie der noch vor Ende der letzten Gefechte im Ruhrgebiet stattfindende Gründungskongreß der KAPD erklärte - "vom ersten Augenblick an entschlossen, den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu führen"³⁰; sie habe mit ihrer Parole der Schaffung einer "Roten Armee" einen Erfolg gehabt, der ihre Erwartungen bei weitem übertroffen habe. Die von der aktivistisch-links-kommunistischen KP-Mehrheit in Berlin aufgestellten proletarischen Hundertschaften wurden aber nicht zur Grundlage einer "Roten Armee", da in der Reichshauptstadt der Verlauf des Generalstreiks ganz unter der Kontrolle der beiden sozialdemokratischen Parteien und des ADGB blieb. - Die Haltung der KPD(S)-Zentrale erleichterte der Opposition allerdings die organisatorische Verselbständigung und bot ihr später bei den Verhandlungen mit der Komintern starke Argumente gegen die Levi-Zentrale. Die Opposition konstituierte sich als die kommunistische Partei, die künftig die Führung des aktiv-revolutionären Kampfes übernehmen wollte.

2. Die März-Aktion der VKPD im Jahre 1921

In der sogenannten März-Aktion der VKPD (1921) machte zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Kommunismus die Partei selbständig und auf Grund eines Beschlusses ihrer Zentrale einen Schritt zur bewaffneten Eroberung der Staatsgewalt. Es soll im folgenden versucht werden, die Situation der KAPD im deutschen Kommunismus bei Beginn der März-Aktion aufzuzeigen und ihre Rolle in den mitteldeutschen Kämpfen zu skizzieren. Die materielle Betrachtung dieser Kämpfe und die Sichtung der kommunistischen Kritik an der März-Aktion wird einige Rückschlüsse darauf zulassen, was die Aktion von den vorhergehenden Revolten und Insurrektionen unterschied und was sie mit ihnen gemeinsam hatte. - Die Linkskommunisten hatten - wie es auf dem Gründungskongreß der KAPD hieß - niemals gesagt, "die Revolution sei tot". "Die Revolution war nicht tot, sie war nur betäubt

29) "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 46; Hoelz; s. auch: "Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 39; vgl. auch unten den Abschnitt über Max Hoelz.

30) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

durch die Schläge der Führer¹⁾. Entsprechend dieser Überzeugung stellte die maßgebliche Berliner Richtung der KAPD ihre Taktik während des knappen Jahres der Konsolidierung der Partei vom April 1920 bis März 1921 ganz auf den nächsten Schritt zur sozialen Revolution ein. Ihre Aktionen gegen das Entwaffnungs-Gesetz, gegen die Waffenlieferungen nach Polen usw.²⁾ gehörten in den Rahmen dieser Taktik. Desgleichen ihre Bemühungen um die Ausweitung lokaler Streiks zu "Kämpfen um die Machtergreifung"³⁾, wie z. B. im wilden Streik der Elektrizitäts-Arbeiter in Berlin vom November 1920, der schließlich vom Reichspräsidenten mit Hilfe des Artikels 48 WRV niedergeschlagen wurde. Dabei waren die Arbeitslosen, der am leichtesten erregbare Teil der Arbeiterschaft, die bevorzugte Zielgruppe ihrer Agitation: "Unsere Aufgabe muß darin bestehen, die Masse der Erwerbslosen aus einem Anhängsel der parlamentarischen Parteien und Gewerkschaften zu einem Faktor der Revolution zu machen"⁴⁾. Zu solchen lokalen Machtergreifungen kam es im August 1920 im Zusammenhang mit den Abwehraktionen gegen die Waffenlieferungen nach Polen z. B. in dem Ruhrort Velbert und im mitteldeutschen Köthen, wo die KAPD kurzfristig Räterepubliken ausrief⁵⁾. Bei der geringen Stärke der Partei blieben dergleichen Unternehmungen zwangsläufig Episoden. Ihren Parolen der revolutionären Ungeduld verliehen sie aber immerhin Nachdruck und sie waren auch nicht immer ohne Konsequenzen. Anfang März 1921 z. B. hatten Max Hoelz und seine Genossen durchaus im Sinne der KAP, wenn auch nicht in ihrem direkten Auftrage, eine Reihe von Dynamit-Attentaten u. a. in Falkenstein (Vogtland), Dresden, Leipzig, und Freiberg durchgeführt⁶⁾. In gleicher Weise war die KAPD am Sprengstoff-Anschlag auf die Siegessäule in Berlin vom 13. 3. 1921⁷⁾ zumindest indirekt beteiligt. Gleich Hoelz arbeitete Wilhelm Hering, genannt "Ferry", der Urheber des Siegessäulen-Attentats, nicht im Auftrage, aber im Sinne der KAP. Die KAZ akklamierte diese Aktionen:

1) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

2) S. dazu oben den Abschnitt über das Berliner Zentrum der KAPD.

3) Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 123.

4) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 170.

5) Vgl. dazu ironisch Paul Frölich auf dem 3. Komintern-Kongreß; Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 227.

6) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 138 ff.

7) Am 13. März 1921 wurden an der Berliner Siegessäule 6 kg Sprengstoff entdeckt, die wegen einer defekten Zündschnur nicht explodiert waren. - Die seit 1921 bis heute gültige KP-offizielle Darstellung des Attentats bezeichnet dies als ein Werk von agents provocateurs der Polizei; s. Die Märzkämpfe 1921; mit Dokumentenanhang, hrsg. vom Marx-Engels-Lenin-Stalin-Institut beim ZK der SED, Berlin 1956, p. 71 f.

"Jenen Glauben an die Überlegenheit, Gefestigkeit und Unerschütterlichkeit des bürgerlichen Machtapparates, jene Scheu vor allmächtigen Direktoren, Bonzen und bebrillten Leuten gilt es auszurotten, und alle Mittel wie das Bombenattentat in Falkenstein und das Dynamit-Attentat auf die Siegessäule sind recht, wenn sie im Blickfeld des großen Ziels bleiben"⁸⁾.

Bei dem Glauben an die andauernde Aktualität der Revolution war die KAPD also im März 1921 in höchstem Maße, wenn auch nicht mit sehr erheblichen Kräften, kampfbereit. - Eine anders motivierte, aber gleichfalls offensiv orientierte Haltung hatte sich zu dieser Zeit auch in der verfeindeten mächtigeren Schwesterpartei, der VKPD, ergeben. Der Zusammenschluß der KPD(S) mit dem linken Flügel der USPD, der seit langem durch die Politik Paul Levis vorbereitet und im Dezember 1920 zustande gekommen war, brachte der KP plötzlich Hunderttausende von Mitgliedern, einen festen Organisationsapparat und das Hochgefühl potenziertes Schlagkraft. Es fand zwischen Dezember 1920 und März 1921 aber keine unvermittelte Linksschwenkung statt in der deutschen KP. Es machten sich vielmehr die linken Kräfte geltend, die ursprünglich zur Opposition gegen Levis Kurs gehört hatten, dann aber nach Gründung der KAP in der KPD(S) geblieben waren. Im Falle Paul Frölichs ist das an einem prominenten Beispiel nachweisbar. Frölich hatte seit Gründung der Partei auf Grund seiner IKD-Vergangenheit in linker Opposition gestanden⁹⁾ und hatte auch die Haltung der Zentrale im Kapp-Putsch vernichtend beurteilt; nach seiner Meinung hätte sich die Zentrale auf keine Bekundung "loyaler Opposition" einlassen dürfen, sie hätte stattdessen "die gesamten Kräfte ... auf die Fortführung des Kampfes"¹⁰⁾ richten müssen. Die Zentrale hatte ihm in Reaktion auf diese Kritik bezeichnender Weise einen "Rückfall von Kinderkrankheit"¹¹⁾ bescheinigt. Nach Prüfung der innen- und außenpolitischen Situation¹²⁾ setzten sich Frölich und eine Reihe anderer KP-Führer, die bisher durchaus nicht seine linkskommunistische Sicht geteilt hatten (Brandler, Thalheimer u. a.), sekundiert von einer Komintern-Delegation unter der Führung Béla Kuns¹³⁾, mit ihrem Entschluß

8) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 179; Der Geist von Hölz ist wach! - Der Artikel zog - wie schon andere vorher - die Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs der KAZ nach sich.

9) Vgl. dazu seinen Artikel vom 29. 3. 1921 in: "Die Internationale", 3. Jg. (1921), Nr. 3: Offensive. Dort seine Abrechnung mit den insurrektionellen Verabsäumungen der Levi-Zentrale.

10) "Die Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 24: Die Kappiade und die Haltung der Partei.

11) August Thalheimer in: "Die Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 25.

12) S. die ausführliche Diskussion dieser Voraussetzungen, die im Rahmen dieser Arbeit nicht fortgesetzt werden kann, bei Werner T. Angress, op. cit., p. 114-117.

13) Über das umstrittene Maß direkter Einflußnahme des EKKI auf die offensive Orientierung der VKPD-Zentrale vgl. wiederum die Diskussion in: Werner T. Angress, op. cit., p. 119-122.

durch, den bei früheren Gelegenheiten so sträflich von der Levi-Zentrale verabsäumten Aufstands-Versuch jetzt zu wagen. Gestützt wurde dieser neue Kurs auch von einer linken Opposition, die sich in der Berliner Organisation nach Abstoßung der KAP bereits neu gebildet hatte, und die von Ernst Reuter (Pseudonym: Friesland) angeführt wurde, welcher selbst ursprünglich während des ersten Jahres der KPD(S) dem Kreis um Karl Schröder nahegestanden hatte¹⁴. - Die neuorientierte Zentrale plazierte ihren Kurs selbst etwa in der Mitte zwischen der KAPD und der Levi-Zentrale. In der nachträglichen Rechtfertigungsschrift über die März-Aktion hieß es u. a. dazu, nach den richtigen und notwendigen Maßnahmen des Heidelberger Kongresses der KPD(S) gegen die übereiligen "putschistischen" Elemente sei die damalige Zentrale in das andere Extrem verfallen: in die Ablehnung von Aktionen überhaupt. "Die Rechte, die damals die Partei führte, hat sich vor evtl. Putschern derart gefürchtet, daß sie in ihrer Furcht jede Aktion verhinderte"¹⁵. Die Propaganda der neuen Zentrale wurde schließlich so schrill, daß sie inhaltlich den KAP-Parolen gleichkam, z. B. mit dem Aufruf vom 18. März (1921) im Zusammenhang mit der verschleppten Entwaffnung der bayrischen Freikorps: "Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!"¹⁶ - Die Durchsetzung dieser neuen offensiv orientierten Zentrale wurde schließlich erleichtert durch den Rücktritt der wichtigsten Repräsentanten des bisherigen aktionsfeindlichen Kurses; Paul Levi, Clara Zetkin u. a. waren Ende Februar (1921) wegen ihrer Streitigkeiten mit der Komintern-Führung aus der Zentrale ausgeschieden. - Dies also war die Situation im deutschen Kommunismus, die die Zusammenarbeit zwischen der VKPD und der KAPD in der März-Aktion ermöglichte.

Der objektiv rekonstruierbare Hergang der März-Kämpfe des Jahres 1921 ist in Umrissen folgender¹⁷: Am 16. März 1921 nahm der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hörsing, eine Reihe von Arbeiter-Rebellionen im mitteldeutschen Industriegebiet, die sich von früheren

14) Bezeugt in: Die Roten Kämpfer, loc. cit., p. 446.

15) Taktik und Organisation der revolutionären Offensive. Die Lehren der März-Aktion, Leipzig/Berlin 1921, p. 17.

16) "Die Rote Fahne", 4. Jg. (1921), Nr. 129; wie ein paar Tage zuvor die KAZ, so wurde auch diese Nummer der "Roten Fahne" beschlagnahmt. Die KAP zeigte sich überrascht von diesem Aufruf und kommentierte: "Es ist schon recht, die Arbeiter zur Selbstbewaffnung aufzurufen. Der wirkliche Kampf aber beginnt in den Betrieben; dann erst kommt die Straße dran und der Schießsprügel." "Kommunistische Montags-Zeitung (Organ der KAPD)", 2. Jg. (1921), 21. März 1921.

17) Vgl. dazu die parteioffizielle Darstellung in: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive (op. cit.), und die kritische Darstellung bei Werner T. Angress, op. cit., p. 137-166.

kaum unterschieden, zum Anlaß, das Einrücken von Truppen der Sicherheits-Polizei aus Berlin anzukündigen, das am 19. ds. Mts. im Bereich um Mansfeld stattfand. Aus der Empörung der Arbeiter über diese als ungerechtfertigt empfundene Aktion und unter dem Einfluß der offensiven Parolen der VKPD-Zentrale wurde in Mansfeld in der Nacht vom 19. zum 20. März der Entschluß zum Generalstreik gefaßt, der am 21. ds. Mts. proklamiert wurde. Am 23. März kam es zu ersten Kämpfen zwischen Truppen der Sicherheits-Polizei und den sich - mehr oder minder spontan - bewaffnenden Arbeitern und zu Dynamit-Attentaten in Dresden, Freiberg, Leipzig, Plauen usw., die eine ganze Reihe ähnlicher sporadischer Aktionen und Gefechte einleiteten. Am gleichen Tage erklärten die Arbeiter der Leuna-Werke bei Merseburg den Generalstreik wegen der Vorgänge im Mansfelder Land und die Hamburger Werftarbeiter gerieten im Solidaritätsstreik in blutige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Am 24. erklärte der Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 WRV den nichtmilitärischen Ausnahmezustand für die Provinz Sachsen und die Zentrale der VKPD beschloß im Verein mit der Berliner KAPD-Zentrale, am gleichen Tage zum Generalstreik im ganzen Reich aufzurufen. Dem Aufruf folgten nach Darstellung der Zentrale 1 Million, tatsächlich aber nicht mehr als 200 bis 300 000 Arbeiter¹⁸. In der Folge dieses Aufrufes kam es im Ruhrgebiet, in Berlin und andernorts im Reiche zu weiteren insurrektionellen Bewegungen. Der Hauptkampfplatz blieb das mitteldeutsche Industriegebiet, wo schließlich etwa 40 000 Arbeiter und rund 17 000 Mann Polizei- und Reichswehrtruppen¹⁹ im Kampfe gegenüberstanden. Am 28. März fiel das Leuna-Werk unter dem Artilleriebeschuß der Reichswehrtruppen und am 31. ds. Mts. zog die VKPD-Zentrale den Generalstreik-Aufruf zurück angesichts der Niederlage in den mitteldeutschen Kämpfen; am 1. April zerschlugen sich dort die letzten bewaffneten Arbeitertruppen.

Der organisatorische Einfluß in den mitteldeutschen Märzkämpfen war zweifellos kompakter als in den Ruhrkämpfen im Jahr zuvor und die revolutionären Parolen waren gezielter. Beide kommunistische Parteien waren gerade in diesem Teil des Reiches relativ gut etabliert. Bei den preußischen Landtagswahlen vom Februar 1921 erhielt die VKPD im Wahlkreis Halle-Merseburg 197 113 Stimmen gegen 74 754 der USPD und 70 340 der SPD²⁰. Auch die KAP/AAU verzeichnete organisatorische Erfolge gerade im Gebiet um Mansfeld. Die KAZ meldete Ende Januar 1921, die Organisation der KAP und der AAU in

18) S. die Diskussion dieser Zahlenangaben bei Werner T. Angress, op. cit., p. 166.

19) S. ibidem; vgl. auch O.K. Flechtheim, op. cit., p. 75.

20) Werner T. Angress, op. cit., p. 127.

Aschersleben, Eisleben, Hettstedt, Mansfeld usw. sei gefestigt²¹, und im Februar noch einmal "fortschreitende Revolutionierung der Masse im Bezirk Mansfeld"²². Der Generalstreik-Entschluß vom 18./19. März in Mansfeld und andere politische Maßnahmen wurden mit Sicherheit von den beiden kommunistischen Parteien forciert und durch Kurierere von den Berliner Zentralen beeinflusst²³. Die eigentlichen Kämpfe aber mit den Polizei- und Reichswehrtruppen wurden wie im Jahr zuvor im Ruhrgebiet nicht von den kommunistischen Parteien oder etwa gar deren Zentralen getragen und organisiert, sondern von ad-hoc sich zusammenfindenden Arbeitertruppen unter dem Kommando von mehr oder weniger anonymen Führern, die in der Regel das Gerücht erprobten Rebellentums umgab. Wie im Jahr zuvor stellte sich heraus, daß die KO, deren Entwicklung unter der Ägide Paul Levis keine besondere Aufmerksamkeit zugewendet worden war, keine brauchbaren Instrumente in der Hand der KP-Zentralen waren²⁴. Die für die März-Aktion verantwortliche VKPD-Zentrale gestand sich später die völlige militärische Desorganisation in den mitteldeutschen Kämpfen offen ein.

Wie gering der direkte Einfluß der VKPD auf die einmal begonnenen Kämpfe war, wird sehr deutlich an den vergeblichen Bemühungen Hugo Eberleins²⁵, ihres eben benannten und am 22. oder 23. März in Halle eintreffenden Leiters der illegalen KO²⁶. Eberlein versuchte mit Dynamit-Anschlägen, fingierten Entführungen lokaler KP-Führer und ähnlichen Maßnahmen die Kampfwilligkeit der mitteldeutschen Arbeiter zu entfachen; seine Unternehmungen scheiterten zum größten Teil an der völligen Ineffektivität der vorhandenen KO, von denen er gelegentlich resignierend bemerkte, sie besäßen nicht einmal ein vernünftiges Stück Zündschnur, um zuverlässige Arbeit zu leisten²⁷. Weder Eberlein noch Béla Kun²⁸, der mit ihm von Halle aus im Auftrage der

21) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 168; KAPD im Mansfelder Gebirgs- und Seekreis. Es wird u. a. vermeldet, daß im Bezirk Aschersleben 14 Ortsgruppen von der FAUD zur AAUD übergewechselt seien. Die FAUD hatte im mitteldeutschen Industriegebiet - abgesehen von einzelnen Enklaven wie Sömmerda - niemals die Bedeutung der AAU/KAP.

22) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 174.

23) Von einem solchen Kurierdienst berichtet Franz Jung, *Der Weg nach unten*, p. 202-206.

24) Vgl. zutreffend Werner T. Angress, *op. cit.*, p. 105 ff.

25) Zur Biographie Eberleins s. oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KPD(S).

26) Hierzu und zum Folgenden s. Werner T. Angress, *op. cit.*, p. 143 ff. Angress stützt sich vor allem auf die sogenannten "Vorwärts-Enthüllungen", Dokumente, die von der Levi-Fraktion als Anklagematerial gegen die Zentrale gesammelt, dann Clara Zetkin auf der Reise nach Moskau abgenommen und ab November 1921 im SPD-Organ "Vorwärts" veröffentlicht wurden.

27) S. *ibidem*, p. 146.

28) Béla Kun (1886-1939), der Führer der ungarischen Räterepublik vom März bis August 1919, hatte großes Prestige als Organisator des bewaffneten Aufstandes. S. zu seiner un-

Zentrale auf die revoltierenden Arbeiter Einfluß zu nehmen versuchte, konnte sich durchsetzen²⁹. Ebenso wenig vermochten schließlich die Berliner Führer der KAPD, den Gang des bewaffneten Aufstandes unter Kontrolle zu bringen. Aus Berlin waren die KAP-Führer Fritz Rasch und Franz Jung nach Mitteldeutschland gekommen, um "einen Streik im Mansfeldschen zu entfesseln, zu einem Generalstreik auszuweiten, der über ganz Deutschland hätte ausgedehnt werden sollen"³⁰. Die Agitation der VKPD und der KAPD trug zur Zuspitzung der Lage bei, aber die Führung der ausbrechenden bewaffneten Kämpfe lag nicht bei den Zentralen der beiden kommunistischen Parteien. Diese Führung lag bei einigen proletarischen Rebellen, die schon seit längerer Zeit in der Illegalität lebten und der KAPD entweder angehörten oder sich mit ihr solidarisierten, ohne sich deswegen der KAP-Zentrale in Berlin unterzuordnen.

Die bekannteste Erscheinung dieser Art war Max Hoelz, der seit der vogtländischen Aktion im März 1920 steckbrieflich verfolgt wurde und am 21. März (1921) auf die Nachricht vom Mansfelder Generalstreik aus Berlin in das Streikgebiet gefahren war³¹. Seit dem 23. ds. Mts. organisierte er von einem Hauptquartier zwischen Hettstedt und Eisleben aus eine Arbeiter-Kampftruppe, die sich vorwiegend spontan bewaffnete und am 25. bereits - nach Hoelz' Angaben - rund 2 500 Mann umfaßte. Nach einer Reihe von Gefechten mit Truppen der Sicherheitspolizei und nach einem vergeblichen Versuch, sich mit Arbeitertruppen der Leuna-Werke bei Merseburg am 28. März zu vereinigen, wurden Hoelz' Truppen am 1. April aufgerieben. Hoelz schickte während dieser Zeit Beutegelder an die Zentrale der KAP in Berlin zum Druck von Zeitschriften und Flugblättern³². Nach seiner Versicherung bemühte er sich aber vom ersten Tag der Kämpfe an vergeblich, Kontakte mit der Führung der beiden kommunistischen Parteien aufzunehmen³³. Paul Frölich behauptete später, Hoelz sei "zu einer Unterordnung unter die politische Leitung nicht zu bewegen"³⁴ gewesen. Angesichts der Kon-

garischen Tätigkeit neuerdings: Rudolf L. Tökés, Béla Kun and the Hungarian Soviet Republic, New York 1967.

29) Zur Tätigkeit Kuns und Eberleins vgl. Franz Jung, *Der Weg nach unten*, p. 202 ff.

30) *Ibidem*, p. 198.

31) Vgl. hierzu und zum Folgenden Max Hoelz, *Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne*, p. 143-170; außerdem die Schrift des Adjutanten von Hoelz während der mitteldeutschen Kämpfe, des Herausgebers der "Mansfelder Volkszeitung", der sich nach dem Ende der März-Kämpfe einer Verurteilung durch die Flucht in die UdSSR entziehen konnte; Josef Schneider, *Die blutige Osterwoche im Mansfelder Land*, Tatsachenmaterial aus der Märzaktion, Wien 1922.

32) S. Max Hoelz, *op. cit.*, p. 149 u. 152.

33) *Ibidem*, p. 149 u. 156.

34) *Taktik und Organisation der revolutionären Offensive*, p. 38.

zeptionslosigkeit der beiden kommunistischen Zentralen und angesichts der Rebellen-Natur Max Hoelz' ist anzunehmen, daß beide Momente zutreffend sind und daß in ihnen in taktischer Hinsicht die Hauptursache für das Scheitern der Insurrektion zu sehen ist. Hoelz erhielt einzig von der politischen Vertretung beider Parteien in Halle eine pauschale Ermächtigung, die "von führenden Berliner Parteigenossen der KPD und der KAPD gezeichnet war"³⁵ und die ihm die militärische Oberleitung über die kämpfenden Truppen zuschrieb. - Wahrscheinlich baute darauf und auf seiner späteren Berühmtheit die falsche Vorstellung auf, Hoelz habe tatsächlich diese Kämpfe unter Kontrolle gehalten. In Wahrheit kämpften mehrere Truppen unter verschiedenen Führern an verschiedenen Stellen im Aufstandsgebiet unabhängig voneinander und Hoelz' Koordinierungsversuche blieben in Ansätzen stecken. Einer der wichtigsten Kampfgruppenleiter neben Hoelz war Karl Plättner, von dem Franz Jung sogar behauptet, sein Anteil am Oster-Aufstand sei größer gewesen als der von Hoelz, nur sei er weniger in der Öffentlichkeit bekannt geworden³⁶. Plättner war KAP-Mitglied und hatte bereits eine längere Erfahrung in der illegalen Arbeit hinter sich als Hoelz³⁷. Seine Kerntruppe umfaßte über hundert Bewaffnete. War Hoelz' Operationsgebiet vorwiegend die Region zwischen Eisleben und Hettstedt, so operierte Plättner in der Gegend zwischen Halle und Bitterfeld. Er trat dort bisweilen, die Berühmtheit Hoelz' geschicktausnutzend und die Polizei irreführend, unter Hoelz' Namen auf, was ihm dieser nicht verzieh³⁸. - Ein noch wichtigerer Faktor in den mitteldeutschen Kämpfen als die Hoelz- und Plättner-Gruppen, von deren Art es noch mehrere gab³⁹, waren die bewaffneten Teile der rund 25 000 Mann zählenden Belegschaft der Leuna-Werke bei Merseburg⁴⁰. Diese aus dem agrarischen Proletariat der engeren und weiteren Umgebung sich rekrutierende Belegschaft ohne organisatorische Tradition bildete die wahrscheinlich stärkste Organisation der AAUD in Mitteldeutsch-

35) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 157.

36) Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 212.

37) Vgl. unten den Abschnitt über Plättners "Organisierten Bandenkampf".

38) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 181. Franz Jung zeichnet Hoelz in seinen Erinnerungen als "arrogant und auf Schaustellung bedacht" (Der Weg nach unten, p. 211). Durch Jungs Erinnerungen geht allerdings ein ausgesprochen medisanter Zug. Nach seiner Darstellung war Plättner Hoelz' "Hauptkonkurrent." Hoelz habe vor seiner Verhaftung Plättner wegen des Einbehaltens von Geldsummen und einigen Platinlöfeln, die im Gefecht bei Ammendorf am 28. März erbeutet worden waren, vor einem Partei-Ehrengericht verklagt.

39) Eine weitere Truppe focht unter der Leitung der lokalen KPD-Führer Lembk und Bowitzki in Halle. Hoelz berichtet (op. cit., p. 164) von einer weiteren Gruppe um Gerhard Thiemann, die in Bitterfeld kämpfte.

40) Die folgende Darstellung beruht auf Tonband-Mitteilungen von Herrn Peter Utzelmann.

land. Seit Sommer 1920 war hier Peter Utzelmann unter dem Pseudonym Kempin tätig, der Gründungsmitglied der KAPD war und der außerhalb Berlins gegangen war, nachdem er in der Abwehr des Kapp-Putsches mit seinen linkskommunistischen Genossen "etwas weit vorgeprescht" war. Nach seinen Angaben zählte die AAU in den Leuna-Werken zur Zeit der März-Aktion rund 10 000 Mitglieder und verfügte über eine eigene Zeitung⁴¹. Utzelmann war am 21. März mit seinem KAP-Genossen Max Prenzlau, einem Berliner Metallarbeiter, und zwei KPD-Vertretern von einer Massenversammlung in den Leuna-Werken zum Führer des Aktionsausschusses zur Durchführung eines eventuellen Streiks benannt worden. Schon am nächsten Tage begann man mit der Ausgabe von Waffen an die Arbeiter und am 23. und 24. März, nach Beginn des Generalstreiks der Leuna-Werke, wurden insgesamt 17 proletarische Hundertschaften aufgestellt gegen die möglicherweise anrückenden Truppen der Sicherheitspolizei⁴². Es kam zu Rivalitäten zwischen den beiden kommunistischen Parteien in der Führung des Generalstreiks⁴³, die eine Entschlußfassung über die wichtigsten taktischen Fragen erschwerten. Die KAP-Vertreter hatten eine stärkere Position als ihre KPD-Genossen, doch sie standen ebenso wenig in Kontakt mit ihrer Berliner Parteizentrale wie die KPD-Vertreter. Utzelmann und Prenzlau wußten nichts von der Zustimmung der Berliner KAP-Zentrale zu den Aufstands-Parolen der VKPD⁴⁴; sie hielten auf Grund ihrer Kenntnis der Lage im mitteldeutschen Industriegebiet einen Aufstandsversuch für unsinnig und wollten über den Generalstreik nicht hinausgehen; sie verurteilten Hoelz' Vorgehen in der schärfsten Weise⁴⁵. Wenn diese Darstellung zutrifft, so wäre darin die wesentliche Ursache für das Verbleiben der Leuna-Truppen im Werksbereich und ihre Einrichtung auf den Defensivkampf zu sehen. Auf diese Weise wurden am 28. März zuerst die isolierten, zu dieser Zeit aber wenige Kilometer entfernten Truppen Hoelz' bei Ammendorf geschlagen⁴⁶ und

41) Nach der Auskunft Peter Utzelmanns bestand die erfolgreichste Agitationsweise der Linkskommunisten unter den Leuna-Arbeitern darin, daß sie sich unter die bisweilen vier und mehr Stunden lang in Zügen anfahrenen Arbeiter mischten und mit ihnen diskutierten.

42) S. Das Leunawerk, Leipzig/Berlin 1921, p. 24.

43) So z. B. in der Frage der Notdienste, der Arbeit zur Instandhaltung wichtiger Maschinen und Apparate, die von der KPD befürwortet, von der KAP abgelehnt wurden. S. Werner T. Angress, op. cit., p. 151.

44) Peter Utzelmann bezeichnet es heute als für ihn unerklärlich, daß Schröder und Schwab in Berlin nicht gesehen hätten, daß die VKPD den März-Putsch mit Rücksicht auf die innerpolitischen Interessen der UdSSR unternommen hätte.

45) Utzelmann referiert eine Bemerkung Prenzlows, derzufolge dieser gewillt war, Max Hoelz zu "beseitigen", wenn er ihm "vor die Flinte" komme.

46) Hoelz hatte eine Entlastungsoffensive der Leuna-Arbeiter angefordert, erhielt aber lediglich 1000 Schuß Munition, bevor er von den Regierungstruppen umzingelt wurde. S. Max Hoelz, op. cit., p. 162 f.

dann das Leuna-Werk unter Artilleriefener von den Regierungstruppen zurückerobert. Auch dies Verhalten des wichtigsten Kontingents der mitteldeutschen Insurgenten, der Leuna-Arbeiter, zeigt den vollkommenen Mangel an Koordination der politischen und militärischen Führung der März-Aktion. Der Aufstand verlief letztlich unabhängig von den Weisungen der beiden kommunistischen Parteien, die für sein Entstehen zumindest mitverantwortlich waren. Spielte beim Ausbruch der mitteldeutschen März-Kämpfe 1921 das organisatorische Moment eine größere Rolle als in den März-Kämpfen von 1920 im Ruhrgebiet, so ergibt doch die materielle Betrachtung, die Frage nach den eigentlichen Trägern des Aufstandes, daß in soziologischer Sicht hier wie dort ein bestimmter Typus des Aktivisten das Geschehen bestimmte, der sich keiner der mit revolutionärem Anspruch auftretenden Parteien ganz zuordnen ließ⁴⁷. Im deutschen Kommunismus hatte sich auf Grund einer bestimmten Kräftekonstellation in der Führung der Wille zum Aufstand durchgesetzt; die objektiven Bedingungen aber, die unzulänglichen organisatorischen Mittel und die politisch-soziale Situation, bewirkten es, daß auch in der März-Aktion die Organisationen vor den nicht kontrollierbaren Kräften der elementaren Rebellion zurücktreten mußten.

Auf den einen Punkt der Unzulänglichkeit der militärischen Organisation konzentrierte sich nach der Niederschlagung des mitteldeutschen Aufstandes die Kritik der für die Aktion verantwortlich zeichnenden Zentrale der VKPD⁴⁸. Sie gestand sich ein, daß die organisatorische und ideologische Kleinarbeit zur Erziehung der Proletariermassen für den Bürgerkrieg nahezu vollkommen verabsäumt worden sei. Sie selbst habe nicht genügend Zeit gehabt, um "die durch die offensive Taktik erfolgte Umstellung der Partei auch organisatorisch durchzuführen"⁴⁹. Das Scheitern des Aufstandes sei die Folge dieser Versäumnisse:

"Der Märzaufruf im Jahre 1921 aber mußte schon deshalb zu Falle kommen, weil er militärisch auch nicht einen Augenblick eine einheitliche Organisation, eine einheitliche Leitung zustande zu bringen vermochte und weil wieder die vielen militärischen Leitungen auch nicht einen Augenblick im Einklang mit der politischen Leitung der Bewegung standen"⁵⁰.

47) Vgl. den folgenden Abschnitt über Max Hoelz.

48) S. dazu besonders die anonym erschienene Schrift der Zentrale; Das Leunawerk, Leipzig/Berlin 1921, die ausschließlich dieser Kritik gewidmet ist. Vgl. auch: Organisation und Taktik der revolutionären Offensive, p. 128-132; Franz Richter, Der legale und der illegale Apparat.

49) Das Leunawerk, p. 9.

50) Ibidem, p. 4 f. Hoelz' Gegenargumentation (Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 172 f.) gegen diese Behauptung ist nicht überzeugend.

Diese Beobachtung war zutreffend; die Zentrale blieb aber die Erklärung schuldig, warum sie bei so mangelhafter Vorbereitung dennoch ihre Kampfparolen ausgegeben hatte. Die Andeutung, die Zentrale hätte die Parole des Massenstreiks und der Bewaffnung der Arbeiter in den Mansfelder Vorgängen ausgeben müssen, wenn sie sich nicht hätte unglaublich machen wollen⁵¹, kam dem Eingeständnis gleich, daß sie die Gefangene ihrer eigenen Offensiv-Parolen war. - Die "Leunawerk"-Schrift hielt im übrigen an der Richtigkeit der Offensiv-Theorie und an der These fest, daß die politisch-sozialen Bedingungen für eine erfolgreiche Insurrektion in Mitteldeutschland gegeben gewesen seien. Dies bestritt Paul Levi in seiner spektakulären Kritik an der März-Aktion. Er verurteilte die ganze Aktion erwartungsgemäß vernichtend; bereits in der ersten Aprilwoche versuchte er - unter der Preisgabe vieler organisationsinterner Fakten - nachzuweisen⁵², daß die neue Zentrale der VKPD eine unverantwortliche "Spielerei mit dem Aufstand"⁵³ getrieben habe. Da weder die organisatorischen, noch die politisch-sozialen Voraussetzungen für die bewaffnete Übernahme der Staatsgewalt durch die Kommunisten gegeben gewesen seien, habe man in der Aktion einen reinen Putsch zu sehen, den "größten Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte"⁵⁴. Clara Zetkin nahm Levis Bakunisten-Invektive auf und testierte der Zentrale in einer der Zentralausschuß-Sitzung vom April (1921) vorgelegten Resolution zur März-Aktion einen "Rückfall in die Kinderkrankheit des Radikalismus"⁵⁵. Noch setzte sich diese Sicht der März-Aktion nicht durch und Levi wurde von der selben Sitzung aus der Partei ausgeschlossen; nachdem aber seit Mai 1921 Clara Zetkin u. a. Lenin und dem EKKI die sachliche Richtigkeit der Levischen Kritik mit Erfolg nachgewiesen hatte und nachdem der 3. Komintern-Kongreß im Juni/Juli entsprechende Empfehlungen gab, rückte die VKPD ab August 1921 auch offiziell vom offensiv orientierten Kurs ab. - Die offizielle KAPD-Kritik der März-Aktion schloß sich weder der immanent-technischen Kritik der Zentrale, noch der prinzipiellen Kritik Paul Levis an. Herman Gorter gab mit den Berliner Führern der KAP eine Schrift heraus unter dem Titel "Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD"⁵⁶, in der das Scheitern

51) Das Leunawerk, p. 10.

52) Paul Levi, Unser Weg. Wider den Putschismus, Berlin 1921.

53) Ibidem, p. 35.

54) Ibidem, p. 39.

55) "Sowjet, Kommunistische Zeitschrift, Hrg. Paul Levi", 3. Jg. (1921), Heft 1.

56) Der Weg des Dr. Levi, der Weg der VKPD, o. O., o. J. (Berlin 1921). Die Broschüre erschien anonym und ist ein Gemeinschaftswerk der Berliner KAP-Spitze; sie hat aber eindeutig die Diktion Gorters; vgl. auch seinen Aufsatz: Lehren der März-Aktion, Nachschrift zu dem "Offenen Brief an Lenin von Herman Gorter", in: "Proletarier", 1. Jg. (1920/21), Nr. 5.

der März-Aktion aus der angeblich falschen taktischen Haltung der KPD seit Mitte 1919 hergeleitet wurde. Nach dieser Darstellung wurden die mitteldeutschen Kämpfe durch zwei Faktoren ausgelöst: durch den "offenen Angriff der Konterrevolution auf das revolutionäre Proletariat Mitteldeutschlands" und durch den plötzlichen Übergang der VKPD "von der Parlaments- und Gewerkschaftstaktik zum offenen Angriff auf die Staatsautorität"⁵⁷. Die politisch-sozialen Voraussetzungen für die Erhebung der Arbeiter waren nach Meinung der KAP-Führer gegeben; ihre Kritik galt dem zweiten der beiden genannten Faktoren: Nicht die März-Aktion selbst sei - wie Levi sagte - ein Putsch, wohl aber das Verhalten der VKPD-Zentrale sei putschistisch zu nennen⁵⁸. Nachdem die Zentrale der KPD(S) im Einvernehmen mit dem EKKI seit nun mehr als einem Jahr die revolutionären Instinkte der radikalen Arbeiter durch Parlaments- und Gewerkschaftsarbeit fehlgeleitet habe, könne man einen so plötzlichen Kurswechsel zum direkten bewaffneten Kampf, wie ihn die VKPD vollzogen habe, nur als Putschismus bezeichnen. Sie habe bezeichnender Weise ihre Aufrufe zur Selbstbewaffnung der Arbeiter schon vor der Generalstreikbewegung im Mansfelder Land hinausgehen lassen.

"Wenn eine Partei, die, statt die revolutionäre Kraft des Proletariats aufzubauen, Parlament und Gewerkschaften unterstützt und dadurch das Proletariat schwächt und seine revolutionäre Kraft unterminiert, dann (nach diesen Vorbereitungen!!) auf einmal losschlägt und eine große, angreifende Aktion beschließt, für dies selbe, von ihr selbst geschwächte Proletariat, so ist das im Grunde ein Putsch. Das heißt eine von oben beschlossene, nicht aus den Massen selbst hervorkommende, von vornherein zum Scheitern verdamnte Tat"⁵⁹.

Die geringe Resonanz, die die Generalstreikparolen im gesamten Deutschland gehabt hatten, zeigte zudem - in Gorters Sicht -, wie unsinnig es sei, die Massen um jeden Preis an die Partei zu ziehen, ohne auf den Stand ihrer proletarischen Bewußtseinsbildung allzu großen Wert zu legen. "Die Hälfte, oder viel mehr als die Hälfte, tat nicht mit, und die Mitglieder bekämpften einander"⁶⁰. - Im übrigen bestätigte sich die Berliner KAP-Zentrale die Richtigkeit ihrer Teilnahme an den mitteldeutschen Kämpfen. Während die Kämpfe im Jahr zuvor - einschließlich der "Roten Armee" im Ruhrgebiet - aus der Defensive entstanden seien in Reaktion auf das Vorpellen der Konterrevolution, sei in den mitteldeutschen Kämpfen zum ersten Mal die deutsche Ar-

57) Der Weg des Dr. Levi, p. 7.

58) Vgl. Der Weg des Dr. Levi, p. 10-12; Der Putschismus der VKPD.

59) Herman Gorter, Lehren der März-Aktion, Nachschrift zu dem Offenen Brief, loc. cit.

60) Herman Gorter, ibidem.

beiterklasse initiativ geworden. Die große Bedeutung der März-Kämpfe liege vor allem darin, daß für die Arbeiterschaft der "Bann der Passivität gebrochen" sei. "Die ängstliche Scheu, jedem Entscheidungskampfe auszuweichen, ist endlich überwunden worden"⁶¹. - Von den Sprechern der Einheitsorganisationstendenz in der KAP, die zur Zeit der März-Aktion schon außerhalb der Partei standen, erfuhren das Verhalten der KAP-Zentrale und ihre Beurteilung des mitteldeutschen Aufstandes die schärfste Kritik. Wie Levi konnten Rühle und Pfemfert weder hinreichende organisatorische noch ausreichende politische Voraussetzungen für den kommunistischen Angriff auf die Staatsgewalt in der März-Aktion entdecken⁶². Sie hielten die offizielle Beteiligung der KAP/AAU an dem Aufstand für das Werk unverantwortlicher Führer, deren Treiben allein durch die obsoleete Organisationsform der Partei ermöglicht werde. - Ähnlich doktrinär wie dies Urteil über den März-Aufstand fiel das der Berliner Geschäftskommission der FAUD(S) aus. Sie hatte von Anfang an die Aktion abgelehnt, da ihr weder die Parteien noch der bewaffnete Kampf als geeignete Mittel erschienen, das Ziel der sozialen Revolution zu erreichen. Sie ging so weit, die VKPD und die KAPD nach Niederschlagung des Aufstandes als "Schrittmacher der Reaktion"⁶³ zu bezeichnen. Wie schon im Jahr zuvor hatte ein großer Teil ihrer - in Mitteldeutschland nicht sehr zahlreichen - Mitglieder während der März-Kämpfe unbekümmert um die Haltung der Geschäftskommission zu den Waffen gegriffen⁶⁴. Kater führte die Beteiligung dieser Mitglieder an den Kämpfen auf deren junge Zugehörigkeit zur FAUD(S) zurück und auf ihre noch immer bestehende Parteilugehörigkeit⁶⁵. Die Sprecher der Einheitsorganisationstendenz im Linkskommunismus und die Wortführer der Syndikalistens fanden durch die März-Aktion nur das bestätigt, was sie immer schon gewußt hatten. Sie waren bereits nicht mehr fähig, neue Impulse aus der politisch-sozialen Wirklichkeit aufzunehmen und für ihre Theorie fruchtbar zu machen, sondern standen gleichsam abseits im Winkel und murmelten das Credo ihrer Prinzipien. - Die KAPD, die im Jahr zuvor mit dem

61) Der Weg des Dr. Levi, p. 22. Vgl. zur Rechtfertigung der Haltung der KAP-Zentrale auch Jan Appel in: Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 493 f.

62) S. "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 15/16; Franz Pfemfert, Die Märzkatastrophe der deutschen Revolution; Otto Rühle, Das Ende der Mitteldeutschen Kämpfe; James Broh, Ich klage an. Vgl. dazu die Kritik in: Taktik und Organisation der revolutionären Offensive, p. 116. Dort auch die extrem ablehnende Stellungnahme Laufenbergs und Wolffheims, die nicht mehr zur KAP gehörten, zu den März-Kämpfen von 1921.

63) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 13, Kopftitel. Vgl. die Replik in: KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 184; Und der Kater spricht ...

64) S. oppositionelle Stimmen aus den aktivistischen Kreisen der FAUD(S) in: "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 16 und; "Die Schöpfung", 2. Jg. (1922), Nr. 19.

65) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 16.

Anspruch aufgetreten war, die Partei des aktiv-revolutionären Klassenkampfes zu sein, hatte diesem Anspruch in der März-Aktion nicht genügen können. Ihre Führer hatten geglaubt, die Märzkämpfe 1921 seien der Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Auseinandersetzungen⁶⁶ mit dem absterbenden Kapitalismus. Da sich diese Erwartung in den folgenden Jahren als falsch erwies, endete auch ihr Weg in einer politischen und sozialen Aporie.

3. Max Hoelz als Typus des linksradikalen Aktivisten

Alle linksradikalen Organisationen (KAP, AAU, FAU) waren gemäß ihrem Anspruch die extremsten Vertreter sozialrevolutionärer Forderungen; ihnen allen war gemeinsam der innerorganisatorische antiautoritäre Zug. Die Frage nach der objektiven und subjektiven Disposition der Individuen, die sich den dergestalt charakterisierten Organisationen anschlossen und unter ihren Parolen - bisweilen unter Einsatz ihres Lebens - stritten, ist ungemein schwierig zu beantworten. Immerhin ist es möglich, wenigstens einige konstitutive Merkmale eines Typus des linksradikalen Aktivisten aus der Anonymität des sozialen Prozesses herauszulösen. Im folgenden sei versucht, soweit wie möglich die individuellen Motivationen der linksradikalen Aktivisten zur Sprache zu bringen. - Ausgangspunkt einer solchen Aktivität ist die leidenschaftliche Verneinung der als ungerecht empfundenen bestehenden Gesellschaftsordnung und der Glaube an deren Veränderbarkeit zum Besseren hin. Diese leidenschaftliche Verneinung führt individuell zum Bewußtsein des Rebellentums, das die verschiedensten Ausdrucksformen annehmen kann¹. Bei vielen der intellektuellen Wortführer der linksradikalen Organisationen artikulierten sich dieses Bewußtsein in der Form des literarischen Protestes². Jedoch war der-

66) Der Weg des Dr. Levi, p. 19: "Die Weltkrise ... fängt eben erst an, sie wird schrecklich werden und kann und wird unsern Sieg bringen."

1) Willeke, der einige Mitglieder der Geschäftskommission der FAUD und eine Reihe von Militanten kennenlernte, stellte fest, daß das soziale Grundbewußtsein dieser Männer das "Anderssein-Wollen", das "Rebellenbewußtsein" sei; "Rebellentum" gelte bei ihnen als höchste Tugend (Eduard Willeke, Die Ideenwelt des deutschen Syndikalismus, loc. cit.). Vgl. dazu einige Titel Rudolf Rockers; Jugend eines Rebellen (I. Bd. seiner Selbstbiographie), John Most, Das Leben eines Rebellen usw.

2) Franz Pfemfert machte während der Kriegsjahre seine Zeitschrift "Die Aktion" zur bedeutendsten Plattform des sozialen Protestes, der im deutschen literarischen Expressionismus enthalten war. Franz Jung, der selbst zu den bedeutenderen Repräsentanten dieser literarischen Bewegung gehörte, schrieb düster-ratlose Prosa und soziale Skizzen. Sein Pendant im dramatischen Schaffen war Ernst Toller. Stilistisch konventioneller und pro-

gleichen theoretisch überhöhtes Rebellentum nicht typisch für die linksradikalen Arbeiter, die in bestimmten Situationen wegen oft geringfügig erscheinender Anlässe und zur Durchsetzung durchaus begrenzter Forderungen zu den gerade erreichbaren Waffen griffen, um diesen Forderungen mit Gewalt Nachdruck zu verleihen³. Dergleichen Aktivismus scheint völlig anonym zu sein, u. a. deswegen, weil er meist im Leben eines Arbeiters eine bloße Einzelepisode blieb. Dennoch ist es möglich, durch die - mit aller gebotenen Vorsicht - verallgemeinernde Betrachtung der Person und der Tätigkeit Max Hoelz' einiges über diesen Typus des Aktivisten auszusagen.

Wenn Max Hoelz vielen proletarischen Zeitgenossen als "unzweifelhaft einer der populärsten Revolutionäre der deutschen Revolutionsbewegung"⁴ erschien, so nicht zuletzt deshalb, weil in seiner Person und in seinen Taten viele Merkmale und Willenstendenzen manifest wurden, die er mit seinen revolutionären Klassengenossen gemeinsam hatte⁵. - Ein erstes bedeutsames Merkmal ist die Tatsache, daß Hoelz - 1889 als Sohn eines Schneidemühlenarbeiters geboren - bis zum ersten Weltkrieg politisch vollkommen indifferent war. Unter dem Eindruck des materiellen Elends seiner hart arbeitenden Eltern war Hoelz in seiner Jugend vor allem von ehrgeizigen Berufswünschen getrieben; nach mehreren Jahren landwirtschaftlicher und industrieller Tagelöhnerarbeit ging er zwei Jahre nach England, bildete sich dort als Techniker aus und arbeitete nach seiner Rückkehr in diesem Beruf; er zog als Freiwilliger in den Weltkrieg und war dann - im Oktober 1918 als Kriegsbeschädigter entlassen - ohne Arbeit. Durch den mit Entsetzen durchlebten Frontkrieg für politische Parolen empfänglich

pagandistisch direkter waren die literarischen Arbeiten Werner Möllers, Theodor Plieviers und Erich Mühsams. Daß dergleichen literarischer Protest nicht rein unverbindlich und theoretisch blieb, zeigt das Beispiel Werner Möllers, der im Berliner Januar-Aufstand erschossen wurde; Mühsam und Toller brachte ihre Beteiligung an der Bayrischen Räterepublik hohe Festungsstrafen ein; Franz Jung lebte während der ersten Jahre nach der November-Revolution fast permanent in der Illegalität.

3) Der Komplexität dieser Erscheinung werden am ehesten gerecht die literarischen Gestaltungen jener Vorgänge durch Beteiligte. Vgl. besonders Franz Jung, Die rote Woche, ein Proletarier-Roman, Berlin 1921; Franz Jung, Proletarier, Erzählung, Berlin 1921; Karl Schröder, Die Geschichte Jan Beeks, Berlin 1929.

4) Josef Schneider, op. cit., p. 41.

5) Hoelz war sich dessen bewußt und stilisierte sich besonders während seiner Gerichtsverhandlung in dieser Weise. Vgl. dazu: "Ich bringe ... viel Persönliches zur Sprache. Das war unvermeidlich, denn alles Persönliche war zugleich Gemeinsames. Nicht nur ich hatte schwer arbeitende arme Eltern, nicht nur ich wurde als Knecht geprügelt, lief weg, suchte hungernd Arbeit, glaubte an Gott und zog in den Krieg, nicht nur mir gingen die Augen auf, so daß ich das Gewehr gegen die Unterdrücker wandte, nicht nur ich stand vor den Klassenrichtern, nicht ich allein lag nackt und blutig in den Folterkammern deutscher Zuchthäuser!" Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, Vorwort.

gemacht⁶, wurden ihm 1917 die ersten Eindrücke sozialistischer Programmatik von einem sozialdemokratischen Redakteur vermittelt⁷. In solcher Weise gerade mit dem dürftigsten politischen Rüstzeug versehen, doch durch das Kriegserlebnis und die Hungersnot rebellisch gestimmt, veranlaßte er am 9. November 1918 die Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates in seinem Wohnort Falkenstein im Vogtland; er war dann Mitglied der USPD und gründete Anfang 1919 die Ortsgruppe der KPD(S) in Falkenstein. In der durch wachsende Arbeitslosigkeit und Hungersnot einerseits, durch Noskes blutige Repressionspolitik gegen die revoltierenden Arbeiter andererseits bedingten Radikalisierungsbewegung in der deutschen Arbeiterschaft kam Hoelz schließlich als Anführer einer lokalen Arbeitslosenrebellion zu der für ihn in den folgenden Jahren charakteristischen Aktionsweise der bewaffneten Selbsthilfe und des bewaffneten Aufstandes. - Diese Entwicklung vom politisch Indifferenten über die Politisierung durch Krieg und Arbeitslosigkeit zum linksradikalen Aktivisten kann als durchaus typisch gelten für die an den bewaffneten Kämpfen der Revolutionszeit beteiligten Arbeiter.

Bereits die erste Aktion Max Hoelz', in der er (nach seinen Worten) "mehr gefühlsmäßig als aus Überlegung zu Handlungen getrieben" wurde, die ihn "ganz unvermittelt aus der normalen bürgerlichen Bahn herausschleuderten"⁸, zeigte Merkmale, die sich in allen linksradikalen gewaltsamen Aktionen wiederfinden. Die Erregung der Menge in Falkenstein, einer Textilindustriestadt mit 17 000 Einwohnern und etwa 4 000 Arbeitslosen, richtete sich gegen die Kommunalverwaltung, der man vorwarf, ihre Geschäfte nachlässig zu führen; die Sterblichkeitsquote sei wegen der schlechten Lebensmittel- und Brennstoffversorgung ungleich höher als in den benachbarten Städten. In der Massendemonstration von 5 000 Arbeitern am 24.4.1919, deren Sprecher Hoelz wurde, zwang man schließlich den Bürgermeister, mit einem Aufruf der Erwerbslosen an der Spitze des Demonstrationszuges mehrere Stunden lang durch die Stadt zu marschieren⁹. Man erreichte damit die Zusage für die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und das Versprechen der verbilligten Abgabe von Brennholz aus den Stadtförsten. Der Bürgermeister rief daraufhin unverzüglich Reichswehrtruppen nach Falkenstein, die sämtliche Mitglieder des Arbeitslosenrates

6) Vgl. ibidem, p. 32-50.

7) Der Redakteur war Georg Schumann von der "Leipziger Volkszeitung", ein späteres Mitglied der KPD. Vgl. Georg Schumann, Max Hölz, der "gemeine Verbrecher", Material zu dem an Max Hölz verübten Justizmord, Halle/Merseburg 1923, p. 3.

8) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 55.

9) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 55 ff., und; Josef Schneider, Die blutige Osterwoche, p. 42.

festnahmen, außer Hoelz, dem die Flucht gelang. - Im Prinzip verliefen so all die ungezählten lokalen Insurrektionen und Streiks von 1918 bis 1921.

Weiteren Aufschluß über die Eigenart jener Aktionen kann man aus der Betrachtung der späteren Taten Max Hoelz' gewinnen. Bald nach der vogtländischen Parallelaktion Max Hoelz' zu den Kämpfen der "Roten Armee" im Ruhrgebiet im März 1920 schrieb Paul Levi ein kritisches Porträt von Hoelz, in dem er ihn als eine Art edlen Räuber zeichnete, dem es darauf ankomme, "da zu nehmen, wo etwas ist, und es dahin zu tun, wo nichts ist"¹⁰. Hoelz reagierte sehr empfindlich auf Levis Qualifizierung seiner Taten als primitive Gerechtigkeitsaktionen: Dergleichen "Fällen wurden erledigt, ohne uns indessen von unserem Hauptziel abzubringen: Der Befreiung der Arbeiter vom kapitalistischen Joch durch den Sturz der alten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und dem Aufbau einer neuen klassenlosen Gesellschaft"¹¹. Levi sah in Hoelz den archaischen Sozialrebell, Hoelz verstand sich selbst als moderner revolutionärer Klassenkämpfer. Die Antwort darauf, welcher der beiden historischen Kategorien Hoelz mit seiner Aktionsweise zwischen 1919 und 1921 tatsächlich entsprach, ist vor allem durch die Mythenbildung um die Person Hoelz' erschwert, die Hoelz selbst durch sein Verhalten vor Gericht wesentlich förderte und an der sich nach seiner Inhaftierung die KPD maßgeblich beteiligte.

Vergleicht man Hoelz' Aktionsweise etwa mit der am Beispiel südwesteuropäischer sozialer Erscheinungen gewonnenen Typologie des "Sozialrebellen"¹², so ergeben sich verblüffende Analogien im einzelnen, im ganzen geht die Analogie jedoch nicht auf. Die Unterschiede beruhen im wesentlichen darauf, daß der klassische Sozialrebell Produkt der Agrargesellschaft ist¹³, Hoelz jedoch gerade im hochindustriellen Zentrum Mitteleuropas wirkte. - Mit seinen Taten vom April 1919 bis April 1921 entsprach Hoelz recht genau dem Archetyp des Sozialrebellen, "der von den Reichen nahm, um den Armen zu geben und der niemals tötete außer in Selbstverteidigung oder gerechter Rache"¹⁴. Die Güterverteilungsaktionen, die er im Vogtland durchführen ließ, waren die Grundlage seiner rasch wachsenden Popularität. Zur Veranschaulichung eines von vielen Beispielen: Als sich ein Arbeiter

10) Levis Artikel erschien anonym in der "Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 23; Hölz.

11) Max Hoelz, Aus meinem Leben (einziger wortgetreuer, vom Verfasser autorisierter Druck nach dem Manuskript), Berlin o. J. (Aktions-Verlag), p. 8. S. dort auch Beispiele für Beschlagnahmen und Verteilungen von Lebensmitteln.

12) S. dazu die höchst interessante Pionierarbeit; Eric J. Hobsbawm, Sozialrebellen, archaische Sozialbewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, Neuwied 1962.

13) S. ibidem, p. 40 ff.

14) Ibidem, p. 28. Hobsbawm sieht in Robin Hood, einer mutmaßlich historischen Gestalt, die die Sage mit diesem Zitat charakterisiert, den Archetypus des Sozialrebellen.

bei Hoelz wegen der Verweigerung einer geringen Lohnzulage beklagte, schickte Hoelz einen Boten an dessen Arbeitgeber, einen Gutsbesitzer, mit der Forderung, sofort 10.000 Mark auszuzahlen, andernfalls man seine Pferde aus dem Stall holen und verkaufen würde; der Gutsbesitzer zahlte¹⁵. Auf die gleiche Weise erhielt Hoelz nach Aufstellung seiner "Roten Armee" während des Kapp-Putsches von den Plauener Industriellen wöchentlich zuerst 45.000, dann 100.000 Mark für die Ausstattung und Ernährung seiner Truppen¹⁶. - Das Sondergericht konnte Hoelz später nur mit einer individuellen Erschießung belasten¹⁷; in der Selbstverteidigung scheute Hoelz allerdings kein Mittel der Gewalttätigkeit¹⁸. - Typische, in ganz verschiedenen Ländern und zu verschiedenen Zeiten übereinstimmend feststellbare Merkmale der sozialen Rebellion sind: das Erstürmen der Gefängnisse, die Verbrennung der Archive und Gerichtsakten und die Brandlegung in den Villen der Reichen¹⁹. Es gelang Hoelz wiederholt, in verwegenen Gewaltstreichen inhaftierte Mitkämpfer zu befreien²⁰. Ende des Jahres 1920 griff er zu diesem Zweck zum Mittel des organisierten Terrors. Um "den noch vom Kapp-Putsch her eingekerkerten Genossen Erleichterung zu verschaffen und an ihrer gewaltsamen Befreiung zu arbeiten"²¹, organisierte er etwa 50 Mann in Berlin, Braunschweig und im Vogtland, mit denen er in einer Reihe von Dynamit-Anschlägen auf Gerichtsgebäude "die Behörden beunruhigen und die Bürger erschrecken"²² wollte und in der so gestifteten Verwirrung die Gefangenen zu befreien beabsichtigte. Nach genauem Plan erfolgten die Anschläge in Dresden, Leipzig, Freiberg und anderen Orten. Über den im Grunde

15) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 61. Einen anderen Fall beschreibt Hoelz so: "In einer Sitzung des Arbeitslosenrates erschien ein Blinder, der seinen kümmerlichen Unterhalt mit Korbflechten verdiente, und bat um ein Darlehen von tausend Mark, um sich Weiden für seine Arbeit kaufen zu können. Ich sandte sofort ein Mitglied des Vollzugsrates zu einem steinreichen Großhändler, dem die Unmassen seines Geldes große Sorgen bereiteten, ließ ihn holen und forderte ihn auf, dem Blinden das Gewünschte zu geben; der arme Reiche erklärte sich dazu bereit." Ibidem, p. 60; dort auch weitere Beispiele.

16) S. ibidem, p. 89 und 92.

17) Nach Darstellung des Gerichtes hatte Hoelz einen Gutsbesitzer in einem Wutanfall erschossen; die Beweisführung des Gerichtes war jedoch sehr lückenhaft und unzureichend; s. dazu Hoelz' Rechtsanwalt in: Georg Schumann, op. cit., p. 9 ff.

18) Ein Beispiel: Auf dem Bahnhof von Oberkotzau (Bayern) von einer größeren Anzahl von Polizisten umstellt, zog Hoelz eine entscherte Handgranate aus der Tasche, um sich mit den Polizisten in die Luft zu sprengen, sobald man Hand an ihn legte; die Geste genügte hier wie in anderen Fällen; die Gendarmen flohen, Hoelz entkam; s. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 84 f.

19) Vgl. dazu Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 43 ff.

20) S. die Beschreibung einer Befreiungsaktion von 24 Genossen Hoelz' aus dem Plauener Gefängnis in: Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 93 ff.

21) Ibidem, p. 137 f.

22) Ibidem, p. 139.

noch vorpolitischen Charakter dieser Aktionen gab sich Hoelz später selbst Rechenschaft: "Eine politische Wirkung für die kommunistische Bewegung versprach ich mir von diesen Sprengungen nicht. Sie waren für mich nur Mittel zum Zweck"²³. - Gleicher Art waren die Aktenvernichtungen; während der Kapp-Kämpfe zwang Hoelz die beiden Amtsrichter von Falkenstein, sämtliche Gerichtsakten auf einem freien Platz aufzuschichten und eigenhändig Feuer daran zu legen²⁴. - Besonders während der März-Kämpfe 1920 und 1921 kam es zu zahlreichen - zum Teil strategisch motivierten - Brandlegungen an den Häusern reicher Bürger²⁵. - Als weiteres Merkmal des Sozialrebellen beschreibt Hobsbawm für die Agrargesellschaft: "Die Bevölkerung hilft kaum jemals den Behörden, den "Bauernbanditen" zu fangen. Dies gilt ebenso für die sizilianischen Dörfer der vierziger Jahre, wie für die moskowitzischen des 17. Jahrhunderts"²⁶. Es trifft auch im Falle Hoelz' zu. Er wurde seit Beginn seiner Tätigkeit am 24.4.1919 steckbrieflich gesucht und die Summe, die auf seine Ergreifung gesetzt wurde, betrug bei Ausbruch des Kapp-Putsches bereits 30.000 Mark. Daß er dennoch 2 Jahre lang als Outlaw dem Zugriff der Polizei entging, lag nicht nur an seiner persönlichen Tollkühnheit, sondern an der Tatsache, daß er - wie Levi schrieb - in der Tat "von der zwar untätigen, aber heißen Sympathie des gesamten Vogtlandes"²⁷ getragen wurde. Die Beispiele für seine Rettung vor der Polizei durch Kameraden oder durch ihm persönlich ganz unbekannte Arbeiter sind zahlreich in seinen Erinnerungen²⁸. Die Sage, die sich um ihn zu weben begann, beschrieb ihn als allgegenwärtig und unfaßbar zugleich.

All diese Merkmale mögen Hoelz hinreichend als Sozialrebellen kennzeichnen; dieser Typus ist offenbar nicht zwangsläufig an die Agrargesellschaft gebunden, sondern in revolutionären Zeiten auch in der

23) Ibidem.

24) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 96 ff. Vgl. dazu aus einem anonymen Traktat syndikalistischer Provenienz aus dem Ruhrgebiet über "Wege und Aufgaben der sozialen Revolution": "... Dann begibt sich jeder Syndikalist mit einem Dutzend Arbeitern nach dem Rathaus, dem Amtsgericht und dem Postamt. Dort werden sämtliche Grund- und Rechnungsbücher, Registermappen, Akten usw. zum Fenster hinaus auf einen lustig flackernden Scheiterhaufen geworfen. Das gleiche wird bei den Banken geschehen mit allen Rechnungsbüchern, Konsols, Quittungen und mit allem Papiergeld, dessen wir habhaft werden können. Der verstockteste Bourgeois, der ein solches Autodafé sieht, wird seine letzten Hoffnungen begraben." Pol. Akten der Reg. Düsseldorf, Nr. 15809/5.

25) S. dazu Max Hoelz in: Georg Schumann, op. cit., p. 34.

26) Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 29. Sogar Details des Idealtypus des Sozialrebellen, wie Hobsbawm ihn zeichnet, treffen auf Hoelz zu; so z. B. daß er längstens 2-4 Jahre sich zu behaupten vermag, daß seine feste Gefolgschaft nicht mehr als 60 Mann umfaßt, usw.

27) "Die Internationale", loc. cit.

28) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 65, 69, 70 f., 73 ff., 77, 83 f usw.

administrativ desorganisierten Industriegesellschaft möglich²⁹. Hobsbawm betont immer wieder, daß das klassische Sozialbanditentum der bäuerlichen Gesellschaft zwar ein Protest sei, aber ein unrevolutionärer Protest. Die Sozialrebellentum "können nur Unrecht gutmachen und beweisen, daß man hin und wieder die Unterdrückung auch umkehren kann"³⁰; sie sind in dem Sinne vor-politisch, daß sie nicht die staatliche Gewalt anstreben, daß sie objektiv auch gar nicht fähig sind, eine ganze Gesellschaftsordnung umzustürzen. Dieser vor-politische Charakter des Sozialrebellentums ist Hoelz und einem beträchtlichen Teil des deutschen Linksaktivismus eigen, obwohl sie mit revolutionär-klassenkämpferischem Anspruch auftraten. Angesichts der im Prinzip klareren dichotomischen Struktur der kapitalistischen Industriegesellschaft erfolgt die Solidarisierung des Sozialrebellentums mit der revolutionären Ideologie der unterprivilegierten Klasse mit größerer Wahrscheinlichkeit als in der Agrargesellschaft mit weniger klar entwickelten Klassenfronten. Das ändert aber nichts an der nichtrevolutionären Beschaffenheit des Sozialrebellentums³¹. Im modernen Kapitalismus, der gekennzeichnet ist durch machtvolle Organisationsbildung im Staat und in der Wirtschaft, ist das revolutionäre Interesse organisationsbedürftig. Hoelz' Verhältnis zu den eigentlichen Trägern des revolutionären Interesses, den politischen Parteien, ist weiterhin aufschlußreich über das soziale Phänomen, das er repräsentiert.

Wenn auch das Sozialrebellentum Hoelz' z. B. in der März-Aktion der VKPD 1921 in den Dienst der Partei gestellt wurde, so sperrte es sich doch grundsätzlich gegen jede Art organisatorischer Integration. Hoelz gehörte seit Anfang 1919 der KPD(S) an, "obgleich er in die Partei des wissenschaftlichen Sozialismus und der bolschewistischen Disziplin hineinpaßte, wie etwa ein Schinderhannes hineingepaßt haben wür-

29) Die Unterschiede und Analogien zwischen dem Sozialrebellentum in der Agrargesellschaft und dem in der Industriegesellschaft müßten selbstverständlich gründlicher, als es hier geschieht, auch empirisch herausgearbeitet werden; für den Zweck der Beweisführung, daß es sich beim linksradikalen Aktivismus um ein weitgehend vor-politisches Phänomen handelt, scheinen die dargebotenen Beispiele hinreichend. Der rechtsradikale Aktivismus der Freikorps z. B. tritt dagegen von vornherein politisch auf, d. h. mit dem Ziel, eine bestehende Gesellschaftsordnung zu konservieren oder eine vergangene wieder herzustellen.

30) Eric J. Hobsbawm, op. cit., p. 42.

31) Auch dies erkannte Levi in seinem Hoelz-Porträt ("Die Internationale", loc. cit.); er sah in Hoelz' Wirken das Wiederauftauchen des alten Gedankens, daß ein einzelner Mann "heraus aus seinem warmen und rechtschaffenen Herzen, kraft seines starken Armes und starken Willens" die gesamte Gesellschaftsordnung umstürzen könne. "Die Einkleidung solcher Gedanken in der Form der göttlichen Sendung war die Einkleidung des 16. Jahrhunderts; die Verkleidung desselben Gedankens im 20. Jahrhundert ist dem Kommunismus entnommen. Wie aber im 16. Jahrhundert die göttliche Sendung, so ist im 20. Jahrhundert der Kommunismus nichts anderes als die Verkleidung, Kommunismus selbst ist der Gedanke nicht."

de"³². Er gehörte der KPD allerdings vorerst auch nur so lange an als sie noch keine "Partei der bolschewistischen Disziplin" war, d. h. so lange die linkskommunistische Tendenz des Gründungskongresses dominierte. Nach seiner vogtländischen Parallelaktion zu den Ruhrkämpfen 1920 wurde er von der Levi-Zentrale wegen Disziplinbruchs ausgeschlossen³³. Hoelz war mit dieser linkskommunistischen Tendenz in vielfacher Weise verbunden. Seine rudimentären Kenntnisse des Sozialismus verdankte er Herman Gorters "Historischem Materialismus"³⁴ und insbesondere Otto Rühle, bei dem er Mitte 1919 einen sechswöchigen Kurs über die Grundbegriffe des Sozialismus in der Lüneburger Heide mitmachte. Seine dabei gewonnenen Einsichten beschrieb er später: "Bis zu dem Kursus bei Otto Rühle glaubte ich, daß eine proletarische Revolution zur Befreiung der Unterdrückten und Ausgebeuteten gemacht werden könne durch den Willen und den Mut einiger hundert opfermütiger Menschen"³⁵. Erst die Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus habe ihm die Erkenntnis gegeben, daß eine Revolution nicht ausbreche, weil Hunderte oder Millionen Proletarierherzen ihr entgegenschlugen, sondern daß sie resultiere aus der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. Die von Rühle vermittelten theoretischen Erkenntnisse hatten allerdings keine erkennbaren Auswirkungen auf Hoelz' Aktionsweise; viel wahrscheinlicher ist, daß Hoelz sich Rühles organisatorische und taktische Konzeption zu eigen machte, also vom "Ende der Parteien" überzeugt war. Von den Berliner Führern der KAPD behauptete er jedenfalls: "Mit ihrer Taktik war ich nie einverstanden, obwohl sie immer meinten, ein Mensch mit meinem Temperament könne nur auf ihrer Seite stehen"³⁶. Zweifellos stand Hoelz der von Rühle geschaffenen AAUE, die einen extremen Föderalismus forderte und von der ein Teil nach 1921 bis zur programmatischen Selbstaflösung der Organisation ging, gefühlsmäßig näher als den zentralistischen Kreisen der KAP um Karl Schrö-

32) Evelyn Anderson, Hammer oder Amboß. Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nürnberg 1948, p. 115.

33) Nach einer noch vorsichtigen Kritik Heinrich Brandlers an Hoelz ("Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 39) hieß es am 11. 4. 1920 ("Die Rote Fahne", 3. Jg. (1920), Nr. 46): "Hölz stellt sich mit seinen Leuten durch seine wirren Aktionen außerhalb der Partei, da die Partei nur leben kann, wenn die Parolen der Gesamtheit ausgeführt werden!"

34) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 71 f.: "Von der einschlägigen Literatur über Gewerkschafts- und politische Fragen kannte ich nur: Herman Gorter "Der Historische Materialismus". In den Jahren vor der November-Umwälzung hatte ich ausschließlich technische Bücher gelesen."

35) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 72 f.

36) Ibidem, p. 136. Dergleichen Versicherungen in Hoelz' Memoiren sind grundsätzlich mit Skepsis aufzunehmen, da Hoelz zur Zeit ihrer Niederschrift völlig in Abhängigkeit von der KPD geraten war, die seinen Mythos pflegte.

der. Es ist durchaus typisch für den linksradikalen Aktivismus, daß - wie auch im Falle Hoelz' sichtbar wird - die politischen Theoreme, die oberflächlich aufgenommen wurden, recht beziehungslos zur politischen Praxis waren. Der Rebell Hoelz ließ sich nicht in herkömmliche Formen der Organisation einfügen. Auch mit Rühle überwarf er sich schließlich wegen dessen Kritik an der März-Aktion von 1921³⁷. Er war erbittert darüber, daß - während er selbst seine Haut aufs Spiel setzte - der Theoretiker und Intellektuelle Rühle während der März-kämpfe "in der Frühlingsfrische" auf einem Gut bei Freiberg weilte und dann noch obendrein vernichtende Kritiken schrieb³⁸.

Während die Sprecher der Einheitsorganisationstendenz im deutschen Linkskommunismus ein besonderes Anrecht auf "ihren Max Hoelz" geltend machten³⁹, blieben ihnen die Vertreter der Berliner Richtung der KAPD nichts schuldig in der Ruhmpreisung des Rebellen. Für die Linkskommunisten war Hoelz eine Art Idol, der Inbegriff proletarischer Klassenkampfenergie. Nach seiner Gefangennahme schrieb die "Aktion" in einem dithyrambischen Anruf an Hoelz: "Du bist der Instinkt des noch gefesselten Proletariats, das unzerstörbar, unvergänglich, unsterblich ist"⁴⁰. In der Berliner KAZ hieß es nicht weniger emphatisch: "Hölz kann nicht verhaftet, nicht getötet werden, Hölz wird immer umgehen unter dem Proletariat, denn Hölz bedeutet: Es gibt kein Hindernis, wenn das Proletariat selbst handelt"⁴¹. Die Mentalitäts-Entsprechungen zwischen der KAPD und Hoelz bewirkten, daß er zwischen April 1920 und April 1921 dieser Partei am nächsten stand von allen politischen Organisationen. Seine Beutegelder flossen in die Kasse der Berliner Zentrale der KAPD⁴².

Da sich Hoelz' Aktionsweise nur entfalten konnte in größeren proletarischen Massenbewegungen und da diese nach den März-kämpfen (1921) nicht mehr aufkamen, wäre er wahrscheinlich aus dem politischen Leben verschwunden, wenn er nicht verhaftet und verurteilt wor-

37) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 15/16.

38) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 171 und 173. Hoelz' Frau brachte sogar Rühle und Pfemfert mit der Verhaftung ihres Mannes in Verbindung. s. Ludwig Bergmann, Max Hölz, seine gesamte Biographie und die wahren Vorgänge bei seiner Verhaftung. Nach einem von ihm selbst geschriebenen Lebenslauf, Berlin 1921, p. 26 ff. Hoelz selbst reduzierte diese Anschuldigung darauf, daß derjenige, der ihn am 15. 4. 1921 der Polizei verriet, ein ehemaliger Offizier, ihm durch Rühle bekannt gemacht und empfohlen worden war; s. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 181 f.

39) Vgl. besonders: "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 29/32; Sonderheft für Max Hölz, mit Beiträgen von: Franz Pfemfert, Max Herrmann - Neiß, Victor Fraenkl, Raoul Hausmann, Maximilian Harden u. a.; erschien auch als selbständige Broschüre.

40) "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 25/26.

41) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 182.

42) S. Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 149, 152, 181, 187.

den wäre. Gerade seine Aburteilung zu lebenslänglichem Zuchthaus aber machte ihn in einer ganz anderen Weise zu einem Politikum, und zwar zu einem solchen, das vielleicht an Brisanz seinen bewaffneten Aufstandsversuchen gleichkam. Diese Entwicklung brachte die Abwendung Hoelz' von den linkskommunistischen Kampfgenossen und die Hinwendung und Rückkehr zur KPD, die als große Apparatpartei unvergleichlich wirksamere Mittel in der öffentlichen Meinungsbildung einsetzen konnte als die schrumpfende KAPD. Denn eben in diesem Bereich der öffentlichen Meinung wurde der lebenslange Zuchthäusler Hoelz zur Symbolfigur in den folgenden Jahren der Weimarer Republik. Zur Ausgestaltung des Mythos, der sich um ihn zu bilden begann, trug Hoelz selbst kräftig und in entscheidender Weise bei durch sein Auftreten vor dem Sondergericht, vor das er am 13. Juni 1921 gestellt wurde. Er erkannte die Autorität des Gerichtes nicht an und erklärte gleich zu Beginn des Prozesses, er fühle sich nicht als Angeklagter, sondern als Kläger gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Vertreter seine Richter seien⁴³. Er versuchte nicht ohne Erfolg, den Prozeß als ein Exempel von Klassenjustiz hinzustellen, und hatte den Beifall der proletarischen Öffentlichkeit, die - mit Recht - aufgebracht war über die Einseitigkeit der Rechtssprechung in voraufgegangenen Fällen zu Ungunsten der linken Aufrührer und zu Gunsten der Umstürzler von rechts⁴⁴. Der Prozeß Hoelz hatte größere Publizität als der irgendeines der anderen inkriminierten Linksaktivisten; bereits während der Verhandlungen fanden Demonstrationen statt, die seinen Freispruch forderten⁴⁵. Während sich seine Feinde in der KPD, insbesondere Heinrich Brandler - der als Vorsitzender der März-Zentrale gleichfalls vor Gericht stand -, nach wie vor von ihm distanzieren, erregte Hoelz' Popularität auch das Interesse des EKKI. Der 3. Weltkongreß der Komintern nahm am 25. 6. 1921 eine Solidaritätserklärung an, in der es hieß, man könne Hoelz' Taktik des individuellen Terrors und der Sabotageakte nicht billigen, erkenne aber an, daß seine Taten aus der "Liebe zum Proletariat, dem Haß gegen die Bourgeoisie"⁴⁶ entsprungen seien. Jan Appel als KAPD-Vertreter protestierte vergeblich gegen diese Qualifizierung; Hoelz habe niemals das Ziel der sozia-

43) S. "Die Aktion", 11. Jg. (1921), Nr. 29/32; Bericht über den Prozeß Hölz. Vgl. auch Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 208 ff.

44) S. dazu die Untersuchung: E. J. Gumbel, Zwei Jahre Mord, Berlin 1921, deren Statistiken später (1924) erweitert und von staatlicher Seite bestätigt wurden; sie zeigen eine ungeheure Diskrepanz in der Strafzumessung für politische Straftaten von links im Vergleich mit denen von rechts auf.

45) Z. B. kam es Ende Juni in Berlin bei Theateraufführungen der "Weber" von Gerhart Hauptmann zu spektakulären Demonstrationen zugunsten von Hoelz. S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 209.

46) Protokoll des 3. Kongresses der Komintern, p. 218.

len Revolution aus den Augen gelassen und habe "die Taktik der KAPD ausgeführt und vertreten"⁴⁷. Obwohl die KAP/AAU in einer Pressekampagne in diesem Sinne Hoelz gegen die Vorbehalte der KPD als wahren Kommunisten feierte⁴⁸, wandte sich Hoelz bald nach seiner Verurteilung immer mehr der KPD zu. Ende 1921 erklärte er in einem Brief an die "Rote Fahne" seinen Bruch mit der KAPD, was die KAZ nur erklären konnte als Folgeerscheinung der "trockenen Guillotine der deutschen Zuchthäuser", als Resultat der körperlichen und geistigen Zerrüttung Hoelz⁴⁹. Waren während Hoelz' Prozeß seine Verteidiger noch von den linksradikalen Organisationen gestellt worden (James Broh (AAUE), Victor Fraenkl (FAUD(S)), so übernahm in den folgenden Jahren die "Rote Hilfe", die Unterstützungs- und Hilfsorganisation der KPD, tatkräftig und mit propagandistischem Effekt die Agitation für die Wiederaufnahme des Verfahrens und für die Amnestie⁵⁰. Hoelz wurde dabei immer mehr zum Repräsentanten schlechthin des gefangenen Revolutionärs, zur Symbolfigur der Klassenjustiz. Auf diese Weise kam es Ende 1926 u. a. zur Bildung eines "Neutralen Komitees" zur Überprüfung des Falles Hoelz, dem neben vielen linken Intellektuellen auch berühmte bürgerliche Künstler, Schriftsteller und Professoren angehörten⁵¹. Ein von der Kommunistischen Reichstagsfraktion schon lange gefordertes politisches Amnestiegesetz trat am 14. 7. 1928 in Kraft und befreite auch Hoelz. Er wurde etwa 1 Jahr lang von der KPD als zugkräftiger Propagandist im Reiche umhergeschickt und nach Schwinden des öffentlichen Interesses nach Rußland gesandt, wo er vermutlich ein Opfer der stalinistischen Bürokratie wurde.

47) Ibidem, p. 218 f.

48) S. z. B. "Der Kampftruf", 2. Jg. (1921), Nr. 10; Hölz.

49) KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920/21), Nr. 256; Max Hölz.

50) Ende 1923 schrieb der "Kampftruf" (Berliner Richtung, 4. Jg. (1923), Nr. 42): "Es scheint nun . . . , daß die KPD, resp. Moskau, den Sieg davongetragen hat. Ob es die größeren Kasernen sind oder die heutige Geistesverfassung Max Hölz' mag dahingestellt sein."

51) Unter anderen: Joh. R. Becher, Rudolf G. Bindung, Bert Brecht, Martin Buber, Prof. Albert Einstein, Samuel Fischer, Heinrich George, Kurt Hiller, Herbert Ihering, Alfred Kerr, Heinrich Mann, Thomas Mann, Ernst Rowohlt, Kurt Tucholsky, Arnold Zweig.

X. DIE DESINTEGRATIONSERSCHEINUNGEN IN DEN LINKSRADIKALEN ORGANISATIONEN

1. Die organisationsfeindlichen Tendenzen

Als in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 auf Grund der akzellerierenden Inflation und der von 180 000 im Juli auf 1,5 Millionen im Dezember ansteigenden Zahl der Arbeitslosen¹ noch einmal "Novemberstimmung" im Reich herrschte, waren die linksradikalen Traditionen in Deutschland von der KPD unwiderruflich isoliert, die anarcho-syndikalistische und die linkskommunistische Tradition standen einander unversöhnlich gegenüber und jede der beiden war in sich noch einmal in mehrere Richtungen aufgespalten. Ihre Streik- und Insurrektionsaufrufe erreichten lediglich wenige Arbeiter, ihre Organisationen waren nur mehr Traditionsvereine und nicht mehr Faktoren des politischen Lebens in Deutschland, als die sie bis Ende 1921 immerhin gelten konnten. Ihre revolutionären Bekundungen provozierten nun allein noch die Polizei- und Militärbehörden; nachdem durch die Finanzhilfe des Dawes-Plans und die Ausgabe der neuen Rentenmark im November 1923 eine Periode wirtschaftlicher Stabilisierung eingeleitet worden war, wurde auf Grund des Ermächtigungsgesetzes nicht nur die KPD vom November 1923 bis Februar 1924 verboten; auch die links von ihr stehenden Organisationen wurden durch das Eingreifen der staatlichen und militärischen Behörden erheblich dezimiert. So wurden die Ortsvereine der FAUD von einer Reihe von Wehrkreiscommandos in Westfalen, Hannover, Mecklenburg und Pommern verboten; in Sachsen und Bayern wurde die FAUD ganz in die Illegalität gedrängt². Das Verbot zog in der Regel die Beschlagnahme sämtlicher Vereinsutensilien mit sich, und einige Mitglieder, die die Organisation illegal weiterführen wollten, wurden vor Gericht gestellt. Die FAUD verlor 1923/24 zwei Drittel ihrer Mitglieder; nach ihren eigenen - eher zu hoch gegriffenen - Angaben blieben ihr 1924 25.000. - Ganz entsprechend stellte eine gemeinsame Reichskonferenz der KAP und AAU der Essener Richtung am 3. 2. 1924 fest, daß die Tätigkeit der Organisationen durch Verhaftungen und Verfolgungen "fast vollständig lahmgelegt"³ sei. Nach Schätzungen linkskommunistischer Beobachter⁴ zählte die Berliner KAPD Ende 1924 noch etwa 2.000 Mitglieder, die Essener KAP rund

1) Vgl. dazu Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik, p. 145 ff.

2) Hierzu und zum folgenden s. Fritz Katers Bericht für den 2. Kongreß der IAA, in: "Internationale", (IAA), 2. Jg. (1925), Nr. 5, p. 119 f.

3) "Proletarier", 5. Jg. (1924), Nr. 10.

4) S. dazu den Bericht eines AAUE-Mitglieds in: "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 15.

700; die Mitgliederzahl der AAU wurde - wahrscheinlich zu hoch und außerdem bei eingestandener Unsicherheit - pauschal mit 70.000 angegeben.

Durch diese staatlichen Repressionsmaßnahmen gegen die linksradikalen Organisationen wurde eine Entwicklungstendenz in diesen Gruppierungen beschleunigt, die seit ihrer Gründung vorhanden gewesen und seit der März-Niederlage von 1921 offen hervorgetreten war: die Tendenz zur Desintegration des Organisationskörpers. Diese Tendenz war verursacht durch eine in allen linksradikalen Organisationen vertretene Schicht erst durch den Krieg politisierter und aktionsbeflissener Mitglieder, die sich mit den mehr oder minder genau verstandenen sozialrevolutionären Organisationszielen solidarisierte, an der praktischen Organisationsarbeit aber nicht das geringste Interesse hatte. Diese Haltung dokumentiert sehr anschaulich das organisationsverneinende Programm einer späten KPD-Renegatin, die im Auftrage der Hamburger AAUE⁵ erklärte:

"Zeitungen soll man schaffen ... Die werden bezahlt, und von dem Geld gibt man die neue Nummer heraus. Wenn sie niemand lesen will, ist sie nicht mehr wert, als daß sie krepirt. Druckereien brauchen wir nicht; werden uns im Kampfe sowieso genommen; nehmen wir uns gegebenenfalls im Kampf. Flugblätter, Betriebshetzereien machen wir selbst. Können ja lesen und schreiben. Zu Streikfonds sammeln wir nicht; streiken ohnehin ohne Unterstützung. Wenn unsere Genossen gefangen sitzen, sammeln wir; freiwillig. Wir schicken nichts an Zentralkassen ab. Die behalten immer den größten Teil für Gehälter von Leuten, die es nachher für ihre Aufgabe ansehen, uns über den Mund zu fahren. Brauchen wir mündliche Verständigung, rufen wir unsere Genossen zusammen, so viele oder so wenige ihrer sind. - Der Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht wird uns gelingen, wenn jeder von uns eine Waffe hat, sie gebrauchen kann und sie zu gebrauchen entschlossen ist"⁶.

Sie erklärte kategorisch: "Was im deutschen Proletariat nicht organisations-scheu ist, das ist nicht revolutionär" ...". Bei einer solchen in den Mitgliederschichten verbreiteten Einstellung zur Organisation verwundert es nicht, daß die linksradikalen Organisationen niemals auch nur feste Konturen annahmen; die Organisationsleiter selbst waren zu keiner Zeit imstande, genaue Angaben über die Mitgliederzahl zu machen, da jene organisationsfeindlichen Kreise ihnen die Agitationsbeiträge, die Einführung von Mitgliedsbüchern und überhaupt die

5) Ketty Guttman, Los von Moskau!, Hamburg o.J.(1924), hrsg. von der AAUE Hamburg.

6) Ibidem, p. 23.

7) Ketty Guttman, Los von Moskau, p. 5.

Auskunft verweigerten⁸. - Die bisher charakterisierten Tendenzen sind in den einzelnen linksradikalen Organisationen in massierter Form recht genau nachweisbar. In der FAUD traten sie konzentriert auf in der Düsseldorfer Opposition um die "Schöpfung". Der Vorwurf des "Individualismus", den die Berliner Geschäftskommission an die Düsseldorfer Syndikalisten richtete, implizierte nicht zuletzt eine Kritik an deren Nonchalance in praktischen Organisationsfragen. Die Geschäftskommission warnte z. B. im Hinblick auf den 13. Kongreß nachdrücklich vor den Kameraden, die zum hundertsten Male vorbringen würden, "daß jede Organisation, wie sie auch beschaffen sei, die Mörderin der Freiheit" sei, und die die "Organisationslosigkeit als Allheilmittel"⁹ anbieten würden. Rockers Ansprache an den 13. Kongreß¹⁰ schließlich war eine einzige Auseinandersetzung mit dem als Disziplinlosigkeit und organisatorische Indifferenz mißverstandenen Föderalismus der FAUD. - Der extreme Föderalismus im Aufbau der AAUE gab zu den gleichen Mißverständnissen Anlaß¹¹. Im Verlaufe des Jahres 1922 machte sich im bedeutendsten Ausstrahlungszentrum der Organisation, in Ost-sachsen, eine Tendenz mit wachsendem Nachdruck bemerkbar, die jede überlokale organisatorische Bindung ablehnte und die von der AAUE-Mehrheit wegen ihres Programms der "Fabrik-schornstein-Autonomie"¹² desavouiert wurde. Diese Tendenz hatte ihren Vorort in der sächsischen Industriestadt Heidenau im Bezirk Dresden und verfügte über das seit 1921 dort erscheinende AAUE-Organ "Die Revolution". Auf einer Reichstagung der AAUE im September 1922 in Weimar prallten die beiden Richtungen aufeinander, deren Differenzen die "Aktion" auf die Gegensatzpaare Kommunismus-Individualismus, Räteorganisation-Desorganisation brachte¹³. Wie die Düsseldorfer "individualistische" Opposition in der FAUD, so stand auch die Heidenauer Opposition in der AAUE in dauernder Verbindung mit dem Österreicher Rudolf Großmann, den Rühle - und mit ihm die Mehrheit der AAUE -

8) Eben diese Erscheinungen beklagte Kater schon auf dem Gründungskongreß der FAUD. Von den ausgeschickten Fragebogen der Geschäftskommission waren beträchtliche Teile unbeantwortet geblieben. S. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1. - 1921 beantworteten von 422 Ortsvereinen nur 251 die von der Geschäftskommission verschickten Fragebogen zum 13. Kongreß. S. "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 41.

9) "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 39.

10) S. Rudolf Rocker, Über das Wesen des Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus, Berlin 1923.

11) In einem Rückblick auf das erste Jahr der AAUE heißt es u. a.: "Wer da, wie es nicht selten geschieht, im Föderalismus nichts anderes sieht und sehen will als eine lose, unverbindliche Form der Zusammenfassung, unter deren Deckmantel alle Sonderinteressen partikularistisch sich austoben können, der hat Sinn und Zweck des föderalistischen Aufbaus, wie der Organisation überhaupt noch nicht erfaßt." "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 35/36.

12) "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6; Drei Jahre AAUE.

13) "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 39/40.

als tolstoianischen Pazifisten ablehnte¹⁴. Die Heidenauer Opposition schuf eine eigene Reichs-Informationsstelle zur Sammlung gleichgerichteter AAUE-Gruppen, hatte aber offenbar keinen großen Erfolg mit der Zusammenfassung der Organisations-Feinde in der Einheitsorganisations-Bewegung. In der Diskussion über die Notwendigkeit und die Existenzberechtigung von Organisation, die in der AAUE Heidenau 1923 ihren Höhepunkt erreichte und die sich in der "Revolution" niederschlug, wurden erstaunlich klare Formulierungen hervorgebracht; in ihnen kamen Forderungen zum Ausdruck, die die Heidenauer Tendenz als im engsten Sinne zur linksradikalen Tradition gehörig ausweisen und die zeigen, daß es sich bei diesem Seitenzweig der AAUE lediglich um die extreme Ausprägung eines Aspektes dieser Tradition handelte. Die psychologische Konstante der "Bonzen-Furcht" umschreibend hieß es z. B.:

"Organisation ist nach konstruktionsnotwendigen Baugesetzen (Leitsätze, Richtlinien, Statuten) durchgeführte Zusammenfügung von bearbeitungsfähigen Bausteinen (Menschen) durch Bauleute (Organisatoren, Führer, Bonzen) zu einem Gebäude, welches den Gedanken eines Baumeisters (die Bau-Idee, das Prinzip, das Programm) verkörpert"¹⁵.

Und an diese Definition anschließend rief man auf: "Ans Werk, Genossen! Reißt von den Organisationen los, was ihr losreißen könnt. Zerstört das Mauerwerk, indem ihr eigenbewußte Lebenszellen werdet. Das ist schöpferische Zerstörung!"¹⁶ Statt Organisationen wurde gefordert die "Verselbständigung der einzelnen Menschen (d. h. die Individualisierung der Massen)"¹⁷; ein Postulat übrigens, das fast im gleichen Wortlaut in den Richtlinien der "Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" aus dem Jahre 1891 nachzulesen ist. - Die Heidenauer setzten bis August 1923 ihre Polemik gegen die Mehrheit um Rühle und Pfemfert fort und schritten dann zur äußersten - und nachgerade grotesk anmutenden - Konsequenz ihrer Organisationsverneinung: zur programmatischen Selbstauflösung. Eine Mitgliederversammlung der AAUE Heidenau erklärte am 1. 8. 1923, daß

"alle Organisationen sich überlebt haben, daß die Einheitsfront aller Schaffenden nur in den Betrieben und auf dem Lande zustandekommen kann, ja muß, wenn die Organisationen aller Schattierungen sich auflösen, weil sie den Spaltungsbazillus, somit die Uneinigkeit, durch Programme, Führer und Firmenschild, in der Arbeiterbewegung bilden und im Interesse des Fort-

14) "Die Aktion", 12. Jg. (1922), Nr. 41/42.

15) "Die Revolution", 3. Jg. (1923), Nr. 22; Los von den Organisationen!

16) "Die Revolution", 3. Jg. (1923), Nr. 22.

17) Ibidem.

schritts ein Hemmschuh sind(? d. Verf.). - Aus dieser kurz skizzierten Erkenntnis zogen die Genossen in Heidenau die Konsequenz und zerschlugen als erste Organisation dieselbe"¹⁸.

Man stellte das Erscheinen des Verbandsorgans ein und empfahl den Mitgliedern, im Rahmen von Wanderklubs und Laienspielvereinigungen weiterhin für die soziale Revolution tätig zu sein. - Mochte die selbstmörderische Konsequenz der Heidenauer Einheitsorganisation auch ein Einzelfall sein, so war der in ihr gipfelnde Trend doch in allen linksradikalen Organisationen vorhanden. In der KAP/AAU Essener Richtung traten ähnliche organisationsfeindliche Strömungen im Bereich des Ende 1923 abgespaltenen "Kommunistischen Räte-Bundes" in Leipzig auf¹⁹. - Aus dem Spannungsverhältnis zwischen dem individuellen Anspruch der Mitglieder auf unmittelbare Beteiligung an der Führung und Gestaltung der Organisation und dem sich an der Spitze der großen Arbeiterorganisationen verselbständigenden Funktionsapparat waren vor dem ersten Weltkrieg die linksradikalen Tendenzen entstanden; in den unter diesen Umständen während und nach dem Krieg herausgebildeten linksradikalen Organisationen blieb die "Bonzen"- und "Instanzen"-Furcht beständig ein intellektueller und psychischer Grundfaktor; auf Grund der Stagnation der organisatorischen Entwicklung seit Mitte 1921 und wohl auch aus einer gewissen Resignation darüber, daß das Führer-Massen-Problem nirgendwo zufriedenstellend gelöst war, entfalteten sich 1922/23 in den linksradikalen Organisationen die organisationsfeindlichen Tendenzen, die - wie in jeder Protest-Bewegung²⁰ - von Anfang an vorhanden waren, und trugen ihr Teil zum Schrumpfungsprozeß bei, an dessen Ende die politische Sekte stand.

2. Das Intellektuellen-Problem

Ein weiterer Aspekt des Zerfalls der linksradikalen Organisationen ist die Dissoziierung ihrer soziologischen Grundkomponenten: die Abstoßung der intellektuellen Kräfte einerseits, die Verselbständigung der verbliebenen aktivistischen Kader andererseits. - Gleich dem organisationsfeindlichen Grundzug in diesen Organisationen ging durch sie hindurch ein anti-intellektualistischer Trend. Dieser Trend hatte wenig gemein mit dem philosophisch artikulierten Anti-Intellektualismus der Kreise um Georges Sorel im französischen Syndikalismus z.

18) "Die Aktion", 13. Jg. (1923), Nr. 17.

19) "Die Aktion", 14. Jg. (1924), Nr. 6.

20) Das gleiche Gegenteil eines organisationsfeindlichen und eines organisationsbestrebten Flügels läßt sich in der deutschen Jugendbewegung vor 1914 nachweisen. Vgl. dazu: Renate Mayntz, Soziologie der Organisation, Hamburg 1963, p. 39 f.

B.¹ Er war in erster Linie ressentimenthaft und wird u. a. in dem unüberhörbaren proletarischen Autonomie-Pathos der Presseerzeugnisse der Linksradiakalen greifbar. Das FAUD-Organ präsentierte sich als Wochenblatt, "das geschrieben wird von Proletariern, von Handarbeitern, die meist am Tage in kapitalistischer Fron seufzen oder arbeitslos das Straßenpflaster drücken." Die große Schar der Intellektuellen stehe der syndikalistischen Organisation und ihrer Presse fern². Das in Zwickau im Verlag der AAUE erscheinende Blatt "Proletarischer Zeitgeist" deklarierte sich programmatisch schon im Zeitungskopf als "eine von Arbeitern für Arbeiter geschriebene Zeitung" und die meisten anderen linksradikalen Zeitungen traten mit dem gleichen Pathos der proletarischen Selbständigkeit auf. - Das Verhältnis der linksradikalen Bewegung zu den Intellektuellen war schon bald nach der Gründung der KPD(S) Gegenstand der Diskussion gewesen. Im August 1919, als die KPD(S) selbst noch vorwiegend von akademisch gebildeten Intellektuellen nicht-proletarischer Herkunft geführt wurde, nahm man in dem unter dem Einfluß der Zentrale stehenden Diskussionsorgan³ eine eindeutig positive Haltung zu den kooperationswilligen Intellektuellen ein. Man machte von ihrer Mitarbeit sogar in besonderem Maße das Gelingen der Revolution abhängig. Die "Rolle der Kopfarbeit im Produktionsprozeß" gewähre dem Intellektuellen "eine ausschlaggebende Bedeutung"⁴; die Frage sei allerdings noch offen, ob die Intellektuellen sich ihrer historischen Rolle im revolutionären Prozeß gewachsen zeigen würden. In der linken Opposition der KP machten sich von Anfang an im Kampf gegen die Taktik und gegen die bizarre Persönlichkeit des Parteivorsitzenden und Rechtsanwalts Dr. Paul Levi Zeichen von Intellektuellen-Feindschaft bemerkbar, für die der Artikel in der "Internationale" insofern Verständnis zeigte, als ja tatsächlich in der Vergangenheit Intellektuelle zur Sozialdemokratie gekommen seien, "um hier die Führerrolle zu spielen, die ihnen in den bürgerlichen Parteien nicht glückte"⁵. Man warnte indes von seiten der Zentrale davor, eine "Politik der schwierigen Faust" zu proklamieren, wie sie unvermeidlicherweise in aktivistischen Kreisen der Linken in der KPD populär war und wie sie auch gelegentlich in deren Presse

1) Vgl. dazu Irving Louis Horowitz, Radicalism an the Revolt against Reason. The Social Theories of Georges Sorel, London 1961.

2) "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 37; vgl. auch "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 6; Die "Intelligenten" und der Syndikalismus.

3) "Die Internationale", 1. Jg. (1919), p. 223 ff.; Die Kommunistische Partei und die Intellektuellen.

4) Ibidem, p. 227.

5) Ibidem, p. 225.

Ausdruck fand⁶. Auf dem Gründungskongreß der KAPD betrachtete man die Feststellung, in der neuen Organisation seien "ja keine Intellektuellen", sondern "nur Arbeiter", als gutes Omen, als "glückverheißend auch für die weitere Entwicklung"⁷. Auf dem 2. Parteitag, Anfang August 1920, war es seltsamerweise einer der führenden Intellektuellen der Partei, Dr. Karl Schröder, der das vorherrschende anti-intellektualistische Ressentiment zusammenfaßte:

"Das eine Wichtige hat sich in der Debatte herauskristallisiert: Ein sicherer Instinkt der Proletarier: Wir müssen uns restlos von den Intellektuellen befreien! ... Aus diesen Instinkten heraus spricht das drohende 'Wehe, mißbraucht uns nicht! Denkt an die Millionen Toten, die Führerparolen zum Opfer gefallen sind. Mißbraucht uns in keiner Weise für irgendwelche Theorien!'"⁸

Die Ursachen des Intellektuellen-Hasses suchte Schröder zutreffend in der in linksradikalen Kreisen so tief verwurzelten Ablehnung von Arbeiterführern aller Art. Dies Ressentiment, das in fast allen Organisationsrichtungen festzustellen war, wurde wieder am deutlichsten in den extremen nach 1921 entstandenen Seitenzweigen, in der Heidenauer Richtung in der AAUE und im "Kommunistischen Rätebund". In beiden Seitenzweigen der linkskommunistischen Tradition versuchte man, das antiintellektualistische Ressentiment theoretisch zu formulieren; die folgenden Artikulationsversuche seien nicht wegen ihres - sehr geringen - theoretischen Eigenwertes referiert, sondern als Symptome des Auflösungsprozesses der linksradikalen Organisationen. Die Heidenauer "Revolution" geißelte unermüdlich die "unheimliche Abhängigkeit des deutschen Proletariats von seinem intellektuellen Führergeschmeiß"⁹. In ihr wurde schließlich in unverkennbarer Anlehnung an Theoreme der - auch Sorels Denken prägenden - Lebensphilosophie Bergsons und seiner Epigonen gegen jene Abhängigkeit des deutschen Proletariats von seinen bürgerlich-intellektuellen Führern angetreten:

"(Die) Überordnung des Verstandes über alle übrigen menschlichen Lebensäußerungen und -Funktionen beruht auf der historisch-materialistisch leicht erklärbaren Grundlage der Entwicklung der Maschine in der kapitalistischen Wirtschaftsform ... Die Kalkulation, die Berechnung, lauter rein verständ-

6) S. z. B. KAZ (Hamburg), 1. Jg. (1919), Nr. 180; Das Proletariat und die bürgerlichen Intellektuellen; dort u. a.: "Das Proletariat lehnt es ab, sich mit jenen zu identifizieren, die der bürgerlichen Gesellschaft den Rücken kehren aus Trotz oder Ekel und um der Arbeiterklasse etwas sagen zu wollen."

7) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1920), Nr. 90.

8) Protokoll des 1. ordentlichen Parteitages der KAPD, p. 92.

9) "Die Revolution", 2. Jg. (1922), Nr. 17.

liche Angelegenheiten, wurden Lebensgesetz kapitalistischer Wirtschaftsform, das im Geistesleben der bürgerlichen Gesellschaft in der Verherrlichung und Überordnung des Intellekts, des Verstandes, sich widerspiegelt¹⁰.

Die Proletarier sollten den übertriebenen Respekt vor den intellektuellen ablegen und ihren eigenen Kräften allein vertrauen. - In ganz ähnlicher Weise wurde von den Leipziger Rätebundisten in der "Epoche" der erst noch zu entwickelnde "proletarische Intellekt" dem vorherrschenden "bürgerlichen Intellektualismus" z. B. gegenübergestellt: Dem politischen Denken der Arbeiterschaft habe bislang das Merkmal der Selbstverantwortlichkeit gefehlt. "Der politisch immer mehr entwurzelnde bürgerliche Intellektualismus, der keine Säfte mehr aus bürgerlicher Wissenschaft saugen kann, vermag dem auswegsuchenden proletarischen Intellekt nur noch das Rezept zu verschreiben, sich weiter seiner ideellen Aufsicht anzuvertrauen"¹¹. -

Noch aufschlußreicher über die spezifische Intelligenz-Feindlichkeit als diese Manifestationen ist die große Zahl der von den linksradikalen Traditionen von 1918 bis 1923 angezogenen und wieder abgestoßenen Intellektuellen. Es ist kaum eine andere Strömung in der deutschen Arbeiterbewegung bekannt, die einen ähnlichen Verschleiß an intellektuellen Wortführern aufzuweisen hätte und für die das kurzfristige Bündnis von Intellektuellen mit unzufriedenen Massen in ähnlichem Ausmaße charakteristisch gewesen wäre¹². Eine Ausnahme bildete hier lediglich die FAUD, in deren Mitgliederschichten das anti-intellektualistische Ressentiment keineswegs fehlte, deren Organisationsspitze, die Geschäftskommission in Berlin, aber die theoretisierenden Elemente durch ihren dogmatischen Eifer förderte; in der FAUD war in den Großstädten eine nicht unbeträchtliche Zahl von Lehrern, Künstlern und anderen Angehörigen freischaffender Berufe organisiert¹³; in Berlin bestand eine "Vereinigung der Kopfarbeiter", die auf Initiative des Justizrates Victor Fraenkl zustande gekommen war. Qualifiziert durch ihre proletarische Herkunft blieb auch die intellektuelle Führung der FAUD (Rocker, Souchy, Oerter) relativ stabil. - Am unbeständigsten war in den linksradikalen Traditionen nach 1918 - wie bereits in der Bewegung der "Jungen" - das Engagement der re-

10) "Die Revolution", 2. Jg. (1922), Nr. 20; Revolution und Wissenschaft.

11) "Die Epoche", 2. Jg. (1924), Nr. 5; Bürgerliche Wissenschaftler in den Niederungen der Kapitalkultur.

12) Heinrich Brandler, der als kritischer Beobachter die Entwicklung der linksradikalen Organisationen verfolgte, kennzeichnet sie: "Alle diese Tendenzen sind Zerfallserscheinungen der Arbeiterbewegung ... - die sehr reale, aber ungeformte Unzufriedenheiten verkörpern, so lange sie leitende Persönlichkeiten fanden, die diesen Stimmungen der Unzufriedenheit Ausdruck verliehen." Brief vom 24. 7. 1964 an den Verfasser.

13) Vgl. Hans Bötcher, op. cit., p. 92 ff.

voltierenden, von anti-bürgerlichen Affekten getriebenen Künstler. Sie waren vor dem Kriege zum Teil politisch indifferent gewesen oder hatten sich dem allgemeinen, nicht ausgesprochen politischen, Protest der Expressionisten angeschlossen (z. B. Heinrich Vogeler, Franz Jung) und waren durch Krieg und Revolutionsereignisse zu der Überzeugung gekommen, daß die bürgerliche Gesellschaft an ihrem Ende angelangt sei¹⁴; ihre - zumeist sehr ernst gemeinte - Kooperationswilligkeit in den Organisationen der extremen Linken erlosch zum Teil mit dem Ende der revolutionär erregten Jahre (1918 - 1923) und mit dem voranschreitenden organisatorischen Zerfall; Jung z. B. resignierte und verhielt sich apolitisch, Vogeler hingegen arbeitete in der KP bis zu seinem Lebensende. - Für die mit der organisatorischen Ausformung der linksradikalen Tendenzen in unmittelbarer Weise verbundenen Intellektuellen ist die Tendenz zu vermerken, daß sie, sobald sie eine programmatische Plattform errichtet hatten, von der sich emanzipierenden Bewegung bald ausgestoßen wurden; so blieb für viele der geistigen Initiatoren der anarcho-syndikalistischen Tradition (z. B. Gustav Keßler, Dr. Raphael Friedeberg, Dr. Robert Michels) und für die meisten der geistigen Initiatoren der linkskommunistischen Tradition (Julian Borchart, Dr. Heinrich Laufenberg, Fritz Wolffheim, Friedrich Wendel, Dr. Karl Schröder, Dr. Alexander Schwab, Otto Rühle, - um nur die wichtigsten zu nennen) ihr linksradikales Engagement eine Episode ihres politischen Lebenslaufes, während die von ihnen miterrichteten Organisationen ihre Mitarbeit überdauerten.

14) Aufschlußreich dazu Franz Jungs Bemerkungen in seinem russischen Reisebericht zur Situation der bürgerlichen Intelligenz in Rußland: "Nicht anders wird es dem deutschen Intellektuellen ergehen. Der Hammer der sozialen Revolution trifft auch ihn und wird nicht viel von ihm übrig lassen. Es bleibt jedoch noch ein Weg, noch bevor er an der Wand steht. Laß alles stehn und liegen und gehe auf die Wanderschaft, tauche unter. Es drängt zu gehen nach Spitzbergen in die Kohlengruben ... Oder geh in die Städte Sibiriens. Ein neuer Schlag von Tramps ist dort im Entstehen." Franz Jung, Reise in Rußland, Berlin o. J., p. 23 (KAPD-Verlag). Heinrich Vogeler widmete seine Agitationsschrift: Die Arbeitsschule als Aufbauzelle der klassenlosen menschlichen Gesellschaft (Hamburg 1921), "Den Bürgern ..., die ihre letzte gestaltende Kraft nicht an den Selbstmord hingeben wollen." Auch er schlug vor "unterzutauchen": Er forderte vom Künstler, "sich frei zu machen von allen bürgerlichen Luxusbedürfnissen" und "mit den Arbeiterkolonnen hinanzuwandern aufs Land, mit ihnen das Arbeitsleben zu teilen; und nun wird die neue Kunst erwachsen aus den primitiven Bedürfnissen. Der Künstler wird nun ganz der Gestalter der Lebensbedürfnisse des Proletariats." Heinrich Vogeler, Proletkult, Kunst und Kultur in der kommunistischen Gesellschaft, Hannover 1920, p. 4. - Beide Künstler lösten übrigens ihren Anspruch ein und leisteten jahrelang zum Teil in entlegenen asiatischen Republiken der UdSSR Aufbauarbeit.

3. Die Verselbständigung des Aktivismus: Karl Plättners "Organisierter Bandenkampf"

Eine andere Art von Substanzverlust bedeutete für die linksradikalen Organisationen das Schrumpfen und schließlich die Ablösung der aktivistischen Teile ihrer Mitgliedschaft. Obwohl für die KAPD und AAUD und für die FAUD - so weit sie nicht unter dem pazifistischen Einfluß der Berliner Geschäftskommission stand - die bewaffnete Gewaltanwendung Programmpunkt war, blieb das Verhältnis dieser Organisationen zu den für diesen Zweck geschaffenen para-militärischen Verbänden immer sehr locker und problematisch. Die KAP schien - nach Polizeiberichten¹ - von ihren Kampforganisationen selbst nicht viel zu halten; die durchweg unbedeutenden para-militärischen Verbände gediehen niemals zu organisatorischem Zusammenhalt. Die "Roten Garden" und "Roten Armeen", die vom November 1918 bis Mai 1919 und in den Märzkämpfen von 1920 und 1921 auftraten, waren Augenblicksgebilde, die sich aus den insurrektionellen Bewegungen heraus erst bildeten. Die sporadischen und organisatorisch unstabilen Manifestationen des linksradikalen Aktivismus und besonders dessen Ablösung von den linksradikalen Organisationen lassen sich verdeutlichen an der politischen Tätigkeit Karl Plättners. -

Plättner, 1893 geboren, war bis zum August 1914 gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisiert gewesen; während des Krieges war er in leitender Stellung in der linksradikalen Jugendbewegung tätig und wurde wegen der Verteilung von Liebknecht-Flugblättern und wegen seiner Agitation in diesem Sinne 1917 zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Er gehörte nach dem November-Umsturz zu den Dresdener IKD und forderte bereits am 13.11.1918 als Mitglied des Dresdener Arbeiter- und Soldatenrates die Entwaffnung aller bürgerlichen Kräfte und "die Bewaffnung der proletarischen roten Garde und der in den industriellen Betrieben beschäftigten Proletariermassen"². Er arbeitete dann als Agitator (Wanderredner) in der KPD(S) und durchlief die Entwicklungsphasen der linkskommunistischen Opposition bis zur Gründung der KAPD im April 1920. Er war an den meisten größeren bewaffneten Insurrektionen des Jahres 1919 beteiligt³. An der Vorbereitung und an den Barrikadenkämpfen der Bremer Räterepublik von Mitte Januar bis zum 7. Februar (1919) hatte er maßgeblichen An-

1) S. Pol. Akten d. Reg. Düsseldorf, Nr. 15786/47; vgl. auch oben den Abschnitt über den Gründungskongreß der KAPD und sein Programm.

2) "Der Kommunist" (Bremen), 1. Jg. (1918), Nr. 1.

3) Vgl. dazu seinen Brief an den Justizminister in: Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, mein Leben hinter Kerkermauern, Berlin 1930, p. 98 ff.

teil; in der Sitzung des Bremer Arbeiter- und Soldatenrates vom 20.1.1919 erklärte er sich für die bewaffnete Weiterführung des Kampfes um die Diktatur des Proletariats; nachdem die USP negativ zur Bewaffnung des Proletariats Stellung genommen habe, sei es verständlich, daß die Arbeiterschaft selbständig versuche, in den Besitz von mehr Waffen zu gelangen. "Wenn Mitglieder in der Regierung versagen, ist es selbstverständlich, daß es Genossen gibt, die illegale Wege beschreiten"⁴. Nachdem die Bremer Barrikadenkämpfe in den ersten Februartagen durch Regierungstruppen niedergeworfen worden waren, gelang Plättner die Flucht⁵. Im März trat er in den im Zusammenhang mit den Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin wieder aufflackernden bewaffneten Auseinandersetzungen aktivistischer Teile der Arbeiterschaft mit Regierungstruppen hervor und wurde im September abermals verhaftet. In den Kämpfen im Anschluß an den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet März/April 1920 war er wiederum dabei und gehörte dann der KAPD - wie er es ausdrückte - "mit Haut und Haaren an"⁶. Plättner hatte während der ganzen Zeit seit November 1918 sein Ziel der Organisation revolutionärer bewaffneter Kampftruppen an verschiedenen Orten in Deutschland unbeirrbar weiter verfolgt und auch theoretisch zu begründen versucht⁷. In der KAPD stand er zum Berliner Zentrum und beteiligte sich literarisch an den Richtungskämpfen innerhalb der Partei⁸. Im Rahmen der KAPD formulierte er schließlich sein Programm der "individuellen Expropriation der Expropriateure"⁹. Als seit April 1920 längere Zeit Massenaktionen größeren Ausmaßes nicht mehr zustande kamen, organisierte er Überfälle auf Banken, Postkassen und Zechen und stellte die erbeuteten Geldmittel der Berliner Führung der KAP zum Druck von Zeitungen, Broschüren und Flugblättern zur Verfügung¹⁰. Bei diesen "Expropriationsaktionen" in

4) Paul Müller/Wilhelm Breves, Bremen in der Revolution, p. 88.

5) S. ibidem, p. 155.

6) S. den Bericht von Plättners Prozeß in: KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52; Karl Plättner und Genossen.

7) Vgl. dazu: Karl Plättner, Das Fundament und die Organisation der sozialen Revolution, Magdeburg 1919.

8) S. Karl Plättner, Rühle im Dienste der Konterrevolution. Das ost-sächsische Sportkommunisten-Kartell oder: Die revolutionäre Klassenkampfpartei, Hettstedt o. J. (1920).

9) Vgl. KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52.

10) Vgl. dazu das Porträt, das Franz Jung gibt, der Plättner als Leiter der Kampforganisation der KAP bestens kannte: "Karl Plättner verstand sich darauf, in der Provinz Kassenüberfälle zu organisieren, wenn gerade kein politischer Auftrag akut war und Ebbe in der Parteikasse. Um die Plättner-Gruppe hatte sich ein besonderes Hilfskorps gebildet, das sich aus den Ehefrauen und Bräuten der Bandenmitglieder zusammensetzte, geeignet zur Auskundschaftung eines Objekts wie zur späteren Verschleierung des Überfalls. Plättner erschien zu irgendeiner Besprechung stets in Begleitung von zwei, drei Mädchen, bemerkenswert unscheinbar, typische Frauen aus dem Volk - seine Schutzgarde." Franz Jung, Der Weg nach unten, p. 212.

Mitteldeutschland, Thüringen, Braunschweig, Sachsen und Brandenburg, die er von Mitte 1920 bis zu seiner Verhaftung Mitte 1921 mit seinen Gruppen durchführte, erbeutete er insgesamt nach Schätzungen der Polizei weit über eine Million Goldmark baren Geldes¹¹. Max Hoelz, der selbst zeitweilig mit diesen "Expropriationsgruppen" arbeitete, bestätigt, daß nur ein geringer Teil dieser Summen einbehalten wurde, um "die jahrelang illegal lebenden Genossen einigermaßen über Wasser zu halten"¹². Dem Gericht gelang es später nicht, Plättner des Raubes aus eigennützigen Motiven zu überführen; in der Urteilsbegründung hieß es, es sei berücksichtigt worden, daß die Plättner-Leute, insbesondere aber Plättner selbst, "von der Richtigkeit ihrer Ideen überzeugt waren und ihr Führer als eine Art Fanatiker für sie eingetreten ist und sie zu verwirklichen versucht hat, ohne selbst besondere Vorteile daraus zu ziehen"¹³. -

Die März-Kämpfe 1921 in Mitteldeutschland, in denen Plättner im Rahmen der militärischen Führung eine wichtige Funktion hatte¹⁴, brachten für ihn die große Enttäuschung seiner revolutionären Hoffnungen und gleichzeitig den Bruch mit der KAPD. Er hatte seit dem Zusammenbruch der März-Aktion den Eindruck, daß alle Linksparteien versagt hätten¹⁵ und schlug die Umstellung der KAP auf die Aktionsweise des "organisierten Bandenkampfes" vor, die von der Partei aber abgelehnt wurde. Der Grundgedanke des organisierten Bandenkampfes war, daß die "individuellen Expropriationen der Expropriateure" gerade in Zeiten der Stagnation der Revolution auf die Arbeiterklasse aktivierend und vorwärtstreibend wirkten. Plättner legte seine Vorstellungen in einer Broschüre dar¹⁶, deren wildes und kämpferisches Pathos bereits aus seiner politischen Isolierung resultierte. Es hieß dort u. a.:

"Und jetzt kommt es darauf an, eine illegale Kampforganisation zu schaffen, die Ungesetzlichkeiten begeht, jetzt kommt es darauf an, ein Werkzeug,

11) So der Polizei-Vizepräsident von Berlin, zit. in: Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. XII.

12) Max Hoelz, Vom Weißen Kreuz zur Roten Fahne, p. 142. Hoelz verurteilt diese Aktionen im Rückblick: "Der tatsächliche politische Gewinn stand aber in keinem Verhältnis zu dem Schaden, den die kommunistische Bewegung durch die Expropriationen erlitt. Abgesehen davon, daß die meisten revolutionären kommunistischen Arbeiter die Expropriationen nicht verstanden und nicht billigten, wurden viele an den Überfällen beteiligte Genossen durch diese Art des revolutionären Kampfes korrumpiert."

13) S. Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. XIV.

14) Vgl. dazu oben den Abschnitt über die linksradikalen Organisationen in den Aktionen 1920/21.

15) S. KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 53.

16) Karl Plättner, Propaganda der Tat! Der organisierte rote Schrecken! Kommunistische Parade-Armeen oder organisierter Bandenkampf im Bürgerkrieg, o. O. (Berlin), o. J. (1921).

ein Instrument dem klassenbewußten Proletariat zu geben, das mit dem Gebrauch der Bombe Bescheid weiß, das sich in den Gefilden der Chemie zu rechtfindet, das Dynamit als seine tägliche Nahrung gebraucht, das Dynamitbomben auf den Straßen rollen läßt, wie sie beim Sturze des deutschen Kaisertums seine Fahnen in den Gossen herumtrieb"¹⁷.

Oder eine andere Probe dieses verbal bis zur Lächerlichkeit geführten Radikalismus:

"Und hatte sie (die Arbeiterschaft, d. Verf.) noch keine Waffe, so hatte sie zusammengeballte Fäuste, die in das Gesicht der menschlichen Karikaturen, die auf die haarlose Schädeldecke der Bourgeoisie gehörten und Beulen hinterließen. Oder, im Sinne Max Hölz' zu handeln: Habt ihr keine Waffen, so habt ihr doch Streichhölzer - jagt die Zwingburgen der Kapitalisten in die Luft, kauft euch Streichhölzer und steckt die Villen der Besitzenden in Brand, gießt nicht Wasser, sondern Benzin in die Flammenmeere, holt Dynamit und laßt keinen Stein auf dem anderen, denn diese Welt ist nicht mehr zu retten"¹⁸.

Für die Schrift zeichnete verantwortlich der "Oberste Aktionsrat der KAPD", der ursprünglich die oberste Instanz der Kampforganisationen der KAP war, beim Erscheinen der Broschüre aber schon nur noch außerhalb der Partei wirkte¹⁹. Hinter der inhaltlosen auführerischen Rhetorik der Schrift stand immerhin ein recht genauer Organisationsplan, den Plättner seit längerer Zeit ausgearbeitet hatte. Bei der Aushebung der Plättner-Gruppe²⁰ bestanden 7 "Kampfgebiete" vor allem in Mitteldeutschland, in denen je eine "Kampfgruppe" unter je einem "Hauptkampfgebietsleiter" selbständige Aktionen durchführte. Höchste Instanz war der "Oberste Aktionsrat", in dem Plättner selbst das Ressort für Propaganda und Heranschaffung von Sprengstoffen, Chemikalien und Geld innehatte; er verfügte u. a. über eigene Schreibkräfte und Kurierere, die einen festen Wochenlohn erhielten. - Bis zu welchem Grad organisatorischer Festigung diese Gruppen gelangten und in welchem Maße sie von kriminellen Elementen durchsetzt waren, ist im einzelnen nicht mehr zu ermitteln. - Plättner, dessen theoretische politische Bildung ganz in der linkskommunistischen Tradition wurzelte²¹,

17) Ibidem, p. 21.

18) Ibidem, p. 15.

19) Gemäß den Generalakten des Justiz-Ministeriums betr. Abwehr von Umsturzbewegungen, Nr. 135/8466 P (Bundesarchiv Koblenz).

20) Vgl. hierzu und zum Folgenden KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 53 und 54.

21) Aufschlußreich darüber ist die Lektüreliste Plättners, die er im Zuchthaus aufstellte. Er wünschte Rosa Luxemburgs Massenstreikschrift und "Junius"-Broschüre, Marx' "Klassenkämpfe in Frankreich" und das "Kommunistische Manifest", Gorters "Historischen Materialismus" und seine "Weltrevolution". S. Karl Plättner, Der mitteldeutsche Bandenführer, p. 69.

repräsentierte die in den linksradikalen Organisationen vorhandene aktivistische Tendenz, die sich buchstäblich nach dem März 1921 totlief. Seine Tätigkeit war jederzeit in einem unmittelbarerem Sinne politisch als die des Sozialrebellens Hoelz, d. h. sie stellte sich in bewußter Weise in den Dienst der die Übernahme der Staatsgewalt intendierenden radikalen Partei. War Hoelz der Exponent spontaner Gewalttätigkeit im politischen Kampfe, so war Plättner der Repräsentant organisierter Gewalttätigkeit; während Hoelz durch die Bewegung der großen Insurrektionen im März 1920 und 1921 getragen und populär wurde, blieb Plättners Propaganda der Tat ohne vergleichbaren Widerhall; insbesondere sein zu abstrakt konzipiertes Programm des "organisierten Bandenkampfes" erwies sich in der Depressionsphase nach der Niederschlagung des März-Aufstandes von 1921 als nicht praktikabel. - Als Plättner im September 1923 nach 2 Jahren Untersuchungshaft mit zehn anderen Bandenmitgliedern als politischer Häftling vor dem Reichsgericht stand, distanzierte sich die KAP Berliner Richtung ausdrücklich von ihm, erklärte aber gleichzeitig, daß man von der KAPD in einer wirklich revolutionären Situation nicht erwarten dürfe, "daß sie die Banken bewacht, damit nicht "geräubert" wird"²². Als Ursache der Ablösung Plättners von der Partei führte sie an, daß eine Umstellung der Organisation auf den Bandenkampf - wie Plättner sie gefordert hatte - zwangsläufig zur Folge gehabt hätte, daß alle prinzipiellen Fragen nur noch von militärischen Führern und nicht mehr von den Mitgliedern selbst entschieden worden wären. "Diese Konsequenz zogen Plättner und Genossen und wollten den Kreis der Mitglieder auf die nur in ihrem Sinne tätigen Genossen beschränkt wissen, was auf die Liquidierung der Partei zugunsten von kleinen Gruppen hinauslief"²³. Die Berliner testierten ihm, daß seine Theorie, die alle Mitangeklagten teilten, ihn als Bakunisten ausweise. In der Tat war Plättner seit März 1921 bei der Aktionsweise der von Johann Most²⁴ gepriesenen russischen Narodniki-Bewegung des vergangenen Jahrhunderts angelangt. Anders als im agrarisch-feudalen Rußland der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war die Propaganda der Tat im hochindustriellen und revolutionär erschöpften Deutschland der zweiten Hälfte des

22) KAZ (Berliner Richtung), 4. Jg. (1923), Nr. 52.

23) Ibidem.

24) Nicht zufällig wurde seit 1921 auch wieder Johann Mosts Schrift: Revolutionäre Kriegswissenschaft - ein Handbuch zur Anleitung betreffend Gebrauchs und Herstellung von Nitroglycerin, Dynamit, Schießbaumwolle, Knallquecksilber, Bomben, Brandsätzen, Giften usw., hektographiert verbreitet. Wie dazu von Seiten der Polizei bemerkt wurde, waren die darin vorgeschlagenen Fabrikations-Anweisungen von Explosiven usw. völlig veraltet und kaum noch anwendbar; bei praktischer Funktionslosigkeit berauschte man sich offenbar an dergleichen umstürzlerischen und gefährlich klingenden, tatsächlich aber nahezu harmlosen Traktaten.

Jahres 1921 zur Funktionslosigkeit verurteilt; in Plättners Tätigkeit nach März 1921 blieben lediglich die destruktiven und abenteuerlichen Aspekte²⁵ eines nunmehr funktionslosen Aktivismus.

25) Auf diese Aspekte in den linksradikalen Organisationen weist gelegentlich auch Peter von Oertzen hin; (Betriebsräte p. 218).

XI. DIE INTERNATIONALEN ORGANISATIONSGRÜNDUNGEN DER SYNDIKALISTEN UND DER LINKSKOMMUNISTEN

1. Die "Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA) der Syndikalisten

Die in den linksradikalen Organisationen nach anfänglicher Solidarität um sich greifende offene Feindseligkeit gegen das politische Regime Sowjet-Rußlands hatte zur Folge, daß sich sowohl die Syndikalisten der FAUD(S) wie die Linkskommunisten der KAPD um die Konstituierung eigener Internationalen bemühten. - Anknüpfend an Bestrebungen der Vorkriegszeit¹ war bereits auf dem Gründungskongreß der FAUD(S) (Dezember 1919) die Schaffung einer syndikalistischen Internationale gefordert worden². Der Gründungskongreß der Komintern im März 1919 hatte die Syndikalisten trotz ihrer "ideologischen Verirrung" als "wackere Revolutionäre" apostrophiert. In den Leitsätzen zum zweiten Komintern-Kongreß wurde die Ambivalenz in der Einschätzung der Syndikalisten (und der Unionisten) so ausgedrückt:

"Der revolutionäre Syndikalismus und Industrialismus bedeuten einen Schritt vorwärts im Vergleich mit der alten, dumpfen, gegenrevolutionären Ideologie der zweiten Internationale. Im Vergleich aber mit dem revolutionären Marxismus, d. h. dem Kommunismus, bedeuten Syndikalismus und Industrialismus einen Schritt rückwärts"³.

Der Gründungskongreß der FAUD(S) nahm eine Entschließung für die russische Sowjet-Republik an⁴. Aus diesem solidarischen Verhältnis heraus hatte Augustin Souchy, der sich von April bis Oktober 1920 auf einer Studienreise in Rußland befand⁵, den Beitritt der FAUD zum Internationalen Sowjet der Gewerkschaften erklärt und hatte bei seiner Abreise versprochen, in Deutschland für die vom zweiten Komintern-Kongreß (Juli/August 1920) beschlossene Gründung einer revolutionären Gewerkschafts-Internationale zu werben⁶. - Diese gegen die 1919 wieder begründete "gelbe" Gewerkschafts-Internationale in Amster-

1) Im September/Oktober 1913 hatte ein erster internationaler Kongreß der revolutionären Syndikalisten in London stattgefunden. S. "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 7.

2) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

3) S. "Die Kommunistische Internationale, Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale", 2. Jg. (1920), Nr. 11.

4) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 1.

5) S. seinen Reisebericht: Augustin Souchy, Wie lebt der Arbeiter und Bauer in Rußland und in der Ukraine?, Berlin 1921.

6) So die Darstellung eines RGI-Funktionärs in: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1. Jg. (1921), Nr. 1: Die Konvulsionen des Syndikalismus.

dam gerichtete Organisation trat im Juli 1921 unter dem Namen "Rote Gewerkschafts-Internationale" (RGI) - auch "Profintern" genannt - zu ihrem ersten Kongreß zusammen⁷. - Inzwischen war jedoch das wechselseitig wohlwollende Verhältnis zwischen Komintern und Syndikalisten durch das Bekanntwerden der 21 Aufnahmebedingungen des zweiten Komintern-Kongresses gründlich gestört worden. Am heftigsten im internationalen Syndikalismus war die Reaktion der FAUD(S), die sich der Kritik Otto Rühles⁸ vorbehaltlos anschloß⁹ und in den 21 Punkten das "auf die Spitze getriebene Autoritätsprinzip"¹⁰ sah. Die deutschen Syndikalisten übernahmen die Initiative für die Gründung einer von Moskau unabhängigen Internationale. Die FAUD berief im Dezember 1920 eine erste internationale Syndikalistenkonferenz nach Berlin ein, zu der Vertreter der amerikanischen IWW, der englischen "Shop Stewards and Workers Councils", der französischen CGT-Minorität "Comité des Syndicalistes Révolutionnaires" und der syndikalistischen Organisationen von Schweden, Holland, Norwegen, Spanien, Italien, Portugal und Argentinien erschienen¹¹. Auf dem Kongreß stellte sich heraus, daß die FAUD mit ihrer Forderung nach der Bildung einer eigenen Internationale und mit ihrer Ablehnung der Diktatur des Proletariats und der politischen Parteien fast allein dastand¹². Die französischen und amerikanischen Vertreter erklärten sich sogleich gegen die Neugründung einer Internationale; ganz auf der Seite der FAUD stand nur die schwedische Vertretung. Zur Frage der Diktatur des Proletariats und der politischen Parteien einigte man sich auf Kompromißformeln; man richtete eine "Informationskommission" aus deutschen, englischen und holländischen Vertretern in Holland ein und forderte zur Teilnahme am Gründungskongreß der RGI, der ursprünglich für den 1. Mai 1921 geplant war, auf. Auf dem Gründungskongreß der RGI, der dann erst im Juli 1921 stattfand, war außer der FAUD nur die portugiesische CGT nicht vertreten¹³. - Die AAUD wurde auf diesem Kongreß brüskiert und trat der neuen Gewerkschafts-Internationale nicht bei¹⁴. Ganz ähnliche Erfahrungen hatte eine Reihe von syndikalistischen Landesorganisationen gemacht. Eine im Anschluß an den

7) Vgl. zu ihrer Geschichte; Günther Nollau, Die Internationale, p. 164 f.

8) Vgl. dazu den Abschnitt über die syndikalistische Richtung in der KAPD.

9) Der "Syndikalist" druckte Rühles Bericht von seiner Delegation zum zweiten Komintern-Kongreß vollständig aus der "Aktion" ab; s. "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 38.

10) "Der Syndikalist", 2. Jg. (1920), Nr. 35.

11) S. "Der Syndikalist", 3. Jg. (1921), Nr. 4 Beilage. Vgl. auch Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 220.

12) Vgl. dazu den zwar tendenziösen, aber anschaulichen Bericht in: "Die Rote Gewerkschafts-Internationale", 1. Jg. (1921), Nr. 1.

13) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 222.

14) Vgl. oben den Abschnitt über die majoritäre Richtung der AAUD.

13. Kongreß der FAUD im Oktober 1921 stattfindende Zusammenkunft von deutschen, holländischen, schwedischen, tschechoslowakischen und amerikanischen Syndikalisten zeigte, daß der Moskauer Kongreß für viele zu keinem annehmbaren Ergebnis geführt hatte. Man beauftragte die Informationskommission mit der Einberufung eines internationalen Syndikalisten-Kongresses nach Berlin. Während der Jahre 1921/22 kam es dann in verschiedenen Ländern zum Anschluß der Syndikalisten an die RGI (z. B. die CGTU in Frankreich), zur Spaltung der Landesorganisation über die Frage des Anschlusses an die Moskauer Internationale (z. B. in Holland) oder z. B. die amerikanischen IWW schlossen sich weder der RGI noch der syndikalistischen Internationale an.

Rocker hatte inzwischen, gegen Ende des Jahres 1921, den besonderen Kurs der deutschen Syndikalisten ausführlich zu erklären versucht¹⁵. Er meinte feststellen zu können, daß in linksradikalen Kreisen im internationalen Maßstab allmählich ein Umschwung in der Beurteilung des Verlaufs der russischen Revolution eingesetzt habe. Seine eigene und anderer Begeisterung für den Lenin, der "Staat und Revolution" - "eine sonderbare Mischung marxistischer und anscheinend anarchistischer Ideengänge"¹⁶ - geschrieben hatte, führte er auf ein Mißverständnis der Leninschen Intentionen zurück. In den romanischen Ländern zumal, in denen die Tradition der Bakunistischen Internationale noch lebendig sei, bestehe die Neigung, "den Bolschewismus mit den Ideengängen und Bestrebungen Bakunins zu verwechseln"¹⁷. Wenn die Anarchisten und Syndikalisten bisher mit ihrer Kritik wegen der äußeren und inneren Bedrängnisse der Sowjet-Republik zurückgehalten hätten, so sei es jetzt - nach Lenins 21 Aufnahmebedingungen in die Komintern - nicht länger an der Zeit zu schweigen. Nach Rocker lief man Gefahr, wenn man die Mißachtung der individuellen Freiheitsrechte in der Sowjet-Union weiter dulde, daß die gesamte Idee des Kommunismus diffamiert werde; in seinem Verständnis handelte es sich bei dem bisherigen Entwicklungsgang der russischen Revolution um den Zusammenbruch einer ganz spezifischen Variante des Kommunismus: "Was wir in Rußland heute vor sich gehen sehen . . . ist die Bankerott-erklärung des Staatssozialismus in seiner schlimmsten und abschreckendsten Gestalt"¹⁸. Rocker denunzierte dann im einzelnen Unterdrückungsmaßnahmen der Bolschewiki gegen die russischen Anarchisten, die am 12. 4. 1918 mit einer blutigen Säuberungsaktion begannen und dazu führten, daß gegenwärtig (1921) zahlreiche russische Anarchisten

15) S. Rudolf Rocker, Der Bankerott des russischen Staats-Kommunismus, Berlin 1921.

16) Ibidem, p. 29.

17) Rudolf Rocker, Der Bankerott des russischen Staats-Kommunismus, p. 4.

18) Ibidem, p. 7.

und Syndikalisten im Gefängnis saßen¹⁹. Diesbezügliche Anfragen der Syndikalisten auf dem Gründungskongreß der RGI waren totgeschwiegen worden. In der Stellung der Bolschewiki zu dem ukrainischen Bauernführer und Sozialrebell Nestor Machno²⁰, der 1918 zusammen mit den Bolschewisten gegen ein konterrevolutionäres Regime in der Ukraine gekämpft hatte und dann wegen seiner anarchistischen Vorbehalte gegen die Bolschewisten von diesen seinerseits als Bandit verfolgt wurde, erkannte Rocker das gleiche Verhaltensmuster wie gegenüber den russischen Anarchisten: "Am ersten Tage band man ihnen Lorbeerkränze, am zweiten kreuzigte man sie"²¹. Im Kronstädter Aufstand vom März des Jahres (1921) schließlich sah Rocker den Versuch des russischen Proletariats, das repressive System der Bolschewiki abzuschütteln²². Aus der Summe dieser Erfahrungen leitete er die Notwendigkeit der Sammlung all der internationalen Kräfte der Arbeiterbewegung ab, die sich dem "Fluch des Zentralismus"²³ der Moskauer Internationale entziehen wollten.

Die FAUD(S) zog mit ihrer konsequenten Ablehnung der RGI schließlich in der Tat einen erheblichen Teil der syndikalistischen Landesorganisationen auf ihre Seite. Auf der von ihr im Juni 1922 einberufenen internationalen Syndikalisten-Konferenz wurde ein provisorisches Büro der syndikalistischen Internationale in Berlin eingerichtet, zu dessen Sekretär Rudolf Rocker ernannt wurde²⁴. Rocker wurde mit der Abfassung einer Prinzipienklärung für die neue Internationale beauftragt. Das provisorische Büro rief zum ersten Weltkongreß der syndikalistischen Internationale im Dezember 1922 alle revolutionär-syndikalistischen Landesorganisationen auf, die in gleicher Weise gegen die RGI wie gegen die Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale waren. Ein Briefwechsel vom August bis Oktober 1922 zwischen S. A. Losowski, dem Generalsekretär des Exekutivbüros der RGI, der dringend bat, man möge die revolutionäre Gewerkschafts-Internationale nicht durch eine besondere syndikalistische Neubildung schwächen, und Rocker als Sekretär der syndikalistischen Internationale blieb ohne Erfolg. - Auf dem in Berlin stattfindenden Gründungskongreß der syndikalistischen Internationale, auf dem von den deutschen Linksradikalen nur Franz Pfemfert als Vertreter der AAUE als Gast zugegen war, wa-

19) Ibidem, p. 10: "Die 'konterrevolutionäre' Tätigkeit der russischen Anarchisten".

20) Ibidem, p. 15 ff.: "Nestor Machno und die Bolschewisten." Zu Machnos Geschichte vgl. im einzelnen die im Verlag des "Freien Arbeiter" herausgegebene Darstellung: Arschinoff, Die Geschichte der Machno-Bewegung, Berlin 1921.

21) Rudolf Rocker, Der Bankerott . . . p. 15.

22) Rudolf Rocker, Der Bankerott . . . p. 19 ff.: Der Aufstand in Kronstadt.

23) Ibidem, p. 45 ff.

24) S. "Der Syndikalist", 4. Jg. (1922), Nr. 25, und: Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 223 f.

ren nach Angaben der FAUD(S)²⁵ folgende Landesorganisationen vertreten: Argentinien (200 000 Mitglieder), Chile (20 000), Dänemark (600), Deutschland (120 000), Holland (22 500), Italien (500 000), Mexiko (30 000), Norwegen (20 000), Portugal (150 000), Schweden (32 000). Die bei weitem stärkste Landesorganisation des internationalen Syndikalismus, die spanische CNT, hatte sich 1919 der Komintern angeschlossen, war dann unter der Diktatur Primo de Riveras funktionsunfähig und schloß sich - nach Darstellung Rockers - durch nicht legitimierte Vertreter der RGI an, sprach sich dann 1923 aber auf einer geheimen Konferenz in Saragossa für den Anschluß an die syndikalistische Internationale aus²⁶. Auch die italienischen Syndikalisten hatten sich zuerst der Komintern und der RGI spontan angeschlossen, waren dann aber nicht bereit, sich unterzuordnen. "In Anbetracht dieser Vorgänge war dann auch", schreibt Rocker rückblickend, "der Gründungskongreß der IAA in Berlin eine entschiedene Absage an die Komintern und die Diktatur der Bolschewisten und ein offenes Bekenntnis zu den Grundsätzen des freiheitlichen Sozialismus"²⁷. In bewußtem Rekurs auf die erste Internationale, genauer: auf deren anarchistischen, durch Bakunin repräsentierten Flügel, nannte man den Zusammenschluß "Internationale Arbeiter-Assoziation" (IAA): "Der neuen IAA fällt die Aufgabe zu, das Werk der Ersten Internationale ... weiter zu führen zum endgültigen Sturz von Staat und Lohnherrschaft, zur Errichtung einer freien, staatenlosen Gesellschaft!"²⁸. - Als Sekretäre der IAA wurden neben dem in Berlin lebenden russischen Emigranten Alexander Schapiro Rudolf Rocker und Augustin Souchy gewählt; die organisatorische Last lag also ausschließlich auf der Geschäftskommission der FAUD, die neben den anfallenden Koordinationsaufgaben (Übermittlung von Solidaritätsgeldern zwischen den einzelnen Landesorganisationen usw.) einen wöchentlichen Pressedienst, eine zweimonatige "Internationale Revue" und das Organ der IAA "Die Internationale"²⁹ herausgab. Die von Rocker verfaßte und vom Gründungskongreß der IAA mit geringen Änderungen angenommene Prinzipienklärung³⁰ unterschied sich nur geringfügig von derjenigen der FAUD(S). Die Gründung der IAA war eine erstaunliche organisatorische Leistung der Geschäftskommission der FAUD, verzettelte aber gleichzeitig deren innerorganisatorische Energien. Die internationale

25) S. "Der Syndikalist", 4. Jg. (1923), Nr. 1. Die Mitgliederzahlen sind vermutlich sämtlich zu hoch angesetzt.

26) S. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 230 f.

27) Ibidem, p. 232.

28) "Der Syndikalist", 5. Jg. (1923), Nr. 1.

29) "Die Internationale, Organ der Internationalen Arbeiter-Assoziation", Berlin 1. Jg. (1924) ff.

30) S. den dokumentarischen Anhang Nr. XX.

Organisation wurde zu einem Zeitpunkt realisiert, als der Höhepunkt der Entwicklung des deutschen Syndikalismus längst überschritten war; gewissermaßen setzten die intellektuellen und organisatorischen Führer der FAUD damit ein Epitaph. - Sämtliche Neubelebungsversuche der anarcho-syndikalistischen Bewegung nach dem zweiten Weltkriege gingen theoretisch auf die Prinzipienklärung der IAA zurück³¹.

Nach der Gründung der IAA im Dezember 1922 stießen noch folgende Landesgruppen zu ihr³²: die belgischen "Cercles Syndicalistes Fédéralistes", die anarcho-syndikalistischen Gruppen Bulgariens, die polnische anarcho-syndikalistische Gewerkschaftsopposition, die Propagandagruppe der FAU in Österreich, der syndikalistische Gewerkschaftsbund Japans und schließlich im Mai 1929 die bedeutendste Gruppierung, die "Kontinental-Amerikanische Arbeiter-Assoziation"³³, die auf Initiative der argentinischen Landesföderation "Federación Obrera Regional Argentina" (FORA) zustande gekommen war. In der argentinischen Organisation der Anarcho-Syndikalisten war und ist vor allem der spanische Emigrant Diego A. de Santillan³⁴ als Vermittler des europäischen oder in engerem Sinne des deutschen Syndikalismus tätig. - Die IAA hielt weitere Kongresse in Amsterdam (1925), Lüttich (1928) und Madrid (1931) ab; ihr Sekretariat wurde 1933 zuerst nach Holland, dann nach Spanien verlegt und mit der Niederlage der Republikaner im spanischen Bürgerkrieg, in dem die anarcho-syndikalistische Bewegung eine hervorragende Rolle spielte³⁵, zerschlagen. Die Funktion

31) Rocker berichtet, daß sie die Diskussionsbasis für den organisatorischen Wiederaufbau des Anarcho-Syndikalismus in Amerika nach dem zweiten Weltkrieg bildeten. S. Rudolf Rocker, Anarchism and Anarcho-Syndicalism, in: Feliks Gross (Ed.), European Ideologies, New York 1948, p. 386.

32) Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 233 f.

33) Es gehörten diesem lateinamerikanischen Zusammenschluß die anarchistischen und syndikalistischen Organisationen folgender Länder an: Argentinien, Paraguay, Bolivien, Mexiko, Guatemala, Brasilien, Uruguay, Peru, Chile.

34) D. A. de Santillan wurde etwa um die Jahrhundertwende in Spanien geboren; er studierte dort Philosophie und Literatur und wurde 1917 wegen seiner Teilnahme an einer Generalstreikbewegung zu einem Jahr Kerker verurteilt; 1918 Emigration nach Buenos Aires, wo er als Redakteur an der anarchistischen Tageszeitung "La Protesta" arbeitete und die Wochenbeilage "Suplemento de la Protesta" einrichtete, über die vor allem die lateinamerikanische Rezeption des deutschen Anarcho-Syndikalismus erfolgte; de Santillan nahm am spanischen Bürgerkrieg von Anfang bis Ende teil und war zeitweilig Wirtschaftsminister in Katalonien; er kam bei Europareisen mit den Führern der FAUD in Kontakt; er ist mit einer Tochter Fritz Katers verheiratet und lebt heute in Buenos Aires; er ist der spanische Übersetzer Rockers, Landauers u. a.; 1946 erschien u. a. in Buenos Aires de Santillans spanische Übersetzung des 3. Bandes der Rocker-Memoiren. Vgl. Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 277 ff.; Brief von Herrn de Santillan an den Verfasser vom 30. 8. 1964.

35) Vgl. dazu das Werk Augustin Souchys, der als Sekretär der IAA häufig in Spanien gewesen war und von 1933 bis zum Ende des Bürgerkrieges dort blieb; Augustin Souchy, Nacht über Spanien, Bürgerkrieg und Revolution in Spanien, Darmstadt o. J. (1948). Nach Rudolf

der IAA war auf die Rolle eines retardierenden Moments in der internationalen Zusammenfassung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung durch die RGI beschränkt. Daß sich die RGI niemals recht entfaltet³⁶, lag nicht zuletzt daran, daß - wie Rocker es später formulierte - "die IAA ihr (der RGI, d. Verf.) von Anfang an das Spiel verdorben" hatte. Eines habe die IAA doch zustande gebracht: Sie habe verhindert, "daß den neuen Machthabern in Moskau beträchtliche Teile der freiheitlichen Bewegung ins Netz gegangen" seien, auf die sie es besonders abgesehen hätten. Darin bestand - nach Rockers Meinung - "das große historische Verdienst, das sich die IAA erworben hat"³⁷. - Am nachhaltigsten ist heute die Wirkung des von den deutschen Anarcho-Syndikalisten geprägten Programms der IAA in den lateinamerikanischen Ländern, in denen - nach den Erfahrungen Augustin Souchys³⁸ - Rudolf Rockers Schriften, soweit sie übersetzt wurden, und sein Name noch in weiten Arbeiterkreisen bekannt sind. - Es ist sicherlich kein bloßer Zufall, daß sich die stärksten Organisationen der IAA in fast ausschließlich agrarischen oder industriell gering entwickelten Ländern befanden und daß in diesen Ländern die Tradition der IAA überlebt, während sie in Deutschland selbst abgebrochen ist³⁹. In einer administrativ und wirtschaftlich anscheinend unvermeidlich zentralisierten, hoch entwickelten Industrienation wie im Deutschland der zwanziger Jahre blieb der revolutionäre Syndikalismus - trotz seiner berechtigten Kritik am innerorganisatorisch undemokratischen Charakter der bürokratisierten großen Arbeiterorganisationen und trotz der Faszinationskraft seiner Räteidee - auf die Dauer zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Rocker (Anarchism and Anarcho-Syndicalism, loc. cit., p. 384) hatte die CNT kurz vor Francos Machtübernahme über zwei Millionen Mitglieder und verfügte über 36 Tageszeitungen.

36) Vgl. dazu; Günther Nollau, op. cit., p. 165.

37) Rudolf Rocker, Memoiren, Bd. III, p. 239.

38) S. Augustin Souchys Nachruf auf Rudolf Rocker in: "Geist und Tat, Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur", 13. Jg. (1958), p. 337 ff.

39) 1947 schrieb Rocker in der amerikanischen Emigration; "Von der alten FAUD sind auch die letzten Ansätze verschwunden." S. Rudolf Rocker, Zur Betrachtung der Lage in Deutschland. Die Möglichkeiten einer freiheitlichen Bewegung; mit einem Vorwort von Helmut Rüdiger, New York, London, Stockholm 1947, p. 5. Seit 1. November 1949 versuchte in Darmstadt "Die Freie Gesellschaft, Monatsschrift für Gesellschaftskritik und freiheitlichen Sozialismus" die Tradition des deutschen Anarcho-Syndikalismus fortzusetzen. Im 1. Heft schrieben u. a. Rudolf Rocker, de Santillan und Helmut Rüdiger. Die Zeitschrift stellte gegen Mitte der fünfziger Jahre ihr Erscheinen wieder ein. Daneben erschienen nach dem 2. Weltkrieg die anarchistischen Zeitschriften "Information, Anarchistische Betrachtungen zur Politik, Geschichte und Gegenwart" in Hamburg, die Anfang der sechziger Jahre ihr Erscheinen "mangels Interesses" einstellte, und die "Befreiung, Organ der Föderation der deutschsprachigen Anarchisten" in Mühlheim/Ruhr, die z. Zt. noch weiter erscheint.

2. Die "Kommunistische Arbeiter-Internationale" (KAI) der Linkskommunisten

Die Gründer der syndikalistischen Internationale fanden bereits eine Vielfalt traditionsreicher syndikalistischer Landesorganisationen vor, um deren Zusammenschluß sie sich bemühen konnten; als die KAPD seit Ende Juli 1921 zur Bildung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" (KAI) aufzurufen begann, gab es nirgendwo in der Welt eine der KAPD vergleichbare Organisation, statt dessen aber verwandte Tendenzen in den kommunistischen Parteien mehrerer europäischer Länder, von denen sich einige erst in der Folge dieser Aufrufe der deutschen Linkskommunisten zu selbständigen Organisationen formierten. - Nachdem die deutsche KAP-Delegation auf dem 3. Kongreß der Komintern im Juni und Juli 1921 vergeblich versucht hatte, eine linke Opposition innerhalb der Komintern durch Absprache mit sympathisierenden Linksgruppen anderer Landesorganisationen zuwege zu bringen¹, beschloß bereits am 31. Juli 1921 eine Zentralaussschuß-Sitzung der KAPD gleich nach Entgegennahme des Berichts der Moskauer-Delegation, Vorbereitungen zur Gründung einer "Kommunistischen Arbeiter-Internationale" zu treffen². Eine zu diesem Zweck einberufene Kommission legte dem Parteitag der KAPD im September 1921 umfangreiche Richtlinien zur "Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Arbeiter-Internationale" vor, die unverändert angenommen wurden³. Damit wurde im September 1921 ein "Internationales Informations- und Organisationsbüro" der KAI geschaffen, das künftig als Herausgeber des bisherigen theoretischen Organs der KAPD, des "Proletarier", zeichnete, und dem alle Koordinationsaufgaben der vorerst einmal noch sehr hypothetischen linkskommunistischen Internationale in den folgenden Jahren oblagen. Der eigentliche Motor dieser in den ersten Monaten nach dem 3. Komintern-Kongreß mit großem Elan betriebenen Bemühungen um die internationale Zusammenfassung der Linkskommunisten war der engere Kreis in der Berliner KAP-Spitze um Karl Schröder, der bisher auch für den "Proletarier" persönlich verantwortlich gezeichnet hatte. Mit eben dem Eifer, mit dem er ein Jahr zuvor für den Anschluß der KAP an die Komintern gewirkt hatte, setzte er sich nun für die Errichtung einer 4. Internationale ein. Die Initiativefreudigkeit des "Internationalen Informations- und Organisationsbüros", dem er vorstand, war eine der Ur-

1) Vgl. oben den Abschnitt; Die KAPD und die 3. Internationale.

2) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 219; Die KAPD auf dem 3. Weltkongreß.

3) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 224, und: "Proletarier", 1. Jg. (1920/21), Heft 8.

4) S. KAZ (Groß-Berlin), 1. Jg. (1921), Nr. 222.

sachen für Schröders Konflikt mit dem "Geschäftsführenden Hauptausschuß", die dann zur Spaltung der KAP im März 1922 führten; der Hauptausschuß mißbilligte verschiedene Eigenmächtigkeiten des "Informationsbüros". Auf der entscheidenden Zentralaussschuß-Sitzung der Partei am 5. und 6. März 1922 stellte sich heraus, daß die Meinungen über die alsbaldige Gründung einer eigenen Internationale verschieden waren⁵; auf der für Mitte 1922 geplanten Internationalen Konferenz der Linkskommunisten sollte es nach der Meinung der einen, die sich vor allem um den Hauptausschuß scharten, wegen der geringen Stärke und Effektivität der KAPD und der internationalen linkskommunistischen Bewegung noch nicht zur Konstituierung einer neuen Internationale kommen; die anderen, die Anhänger Schröders, forderten die sofortige Gründung der KAI. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für die sofortige Gründung der Internationale; nachdem aber die Spaltung der Partei im April 1922 faktisch vollzogen war, wurde in der Presse der Berliner Richtung von der KAI nur noch gelegentlich in der Form mokanter Anspielung auf die internationale "Organisations-Spielerei" der Essener gesprochen. Der 5. Parteitag der Berliner Richtung erklärte im Mai 1922, obwohl objektiv durch die Krisensituation des Kapitalismus und das opportunistische Versagen der Komintern die Bildung einer neuen Internationale gefordert sei, fehlten doch alle subjektiven Voraussetzungen, d. h. die nun einmal erforderlichen Landesorganisationen, für eine solche Gründung⁶. - Der Aufbau einer 4. Internationale wurde zum Steckenpferd der minoritären Essener und absorbierte schließlich vollends deren organisatorische Energien; seit der ersten Nummer der von ihnen herausgegebenen KAZ war die KAI der Hauptgegenstand ihrer Presseerörterungen. In offensichtlich überstürzter Weise erklärte das Organisationsbüro noch im April 1922 seine Arbeit für beendet und rief auf einer Konferenz, auf der lediglich Vertreter der holländischen KAP zugegen waren, die Gründung der KAI aus⁷.

Die Thesen zur Gründung der neuen Internationale⁸, die die April-Konferenz als gemeinsame Plattform des internationalen Linkskommunismus im Hinblick auf den im August 1922 einzuberufenden 2. Kon-

5) S. dazu das vollständige Protokoll in: KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 19-22.

6) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 40; Fünfter Parteitag in Essen. Vgl. im selben Sinne im neuen Programm der KAP vom 6. Parteitag der Berliner Richtung (p. 23 ff.): Leitsätze zur Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

7) S. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 3; Die Konstituierung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

8) S. Auszüge aus den Thesen im dokumentarischen Anhang; Nr. XXI, vgl. KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 3, und: "Proletarier", 2. Jg. (1922) Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI.

greß der KAI ausarbeitete, schlossen unmittelbar an Herman Gorters Analyse der russischen Revolution in seinem "Offenen Brief" an Lenin⁹ an. Gorter, der tatkräftig für die Essener Richtung eintrat, wurde in ähnlich unbestrittener Weise wie Rocker für die IAA zum Theoretiker der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Aus der von ihm konstatierten Doppelnatur des russischen Oktober-Umsturzes von 1917 als Revolution des Proletariats und des Kleinbauerntums leitete er den Niedergang der russischen Revolution ab. Dies Bündnis des russischen Proletariats mit dem ihm um ein Vielfaches an Stärke überlegenen Kleinbauerntum bedingte nicht nur eine andere revolutionäre Taktik als in Westeuropa, es bestimmte schließlich auch den Gang der russischen Revolution und die Entwicklung der 3. Internationale zum Machtinstrument der "opportunistischen" Sowjet-Regierung¹⁰. Von Anbeginn war die russische Revolution - nach Gorter - durch dieses Kompromiß gekennzeichnet: "Acht Prozent industrielle Proletarier, achtzig Prozent Bauern betrug die Bevölkerung Rußlands. Die Proletarier wollten Kommunismus, die Bauern Verteilung des Bodens und Privatbesitz"¹¹. Die Niederschlagung des Kronstädter Aufstands im Februar 1921 habe endgültig den Sieg der "bürgerlich-demokratischen" agrarischen Kräfte gebracht, in deren Interesse die bürokratische Partei der Bolschewiki nunmehr gegen das Proletariat, aus dem sie hervorgegangen sei, arbeite; Zeichen dafür sah Gorter in der Wiedereinsetzung bestimmter Eigentumsrechte durch Lenins "Neue Ökonomische Politik"¹². Da die Bauernschaft Rußlands zudem bemerkt habe, daß Maschinen und Geräte besser und billiger von ausländischen Kapitalisten zu kaufen und die eigenen Produkte gewinnbringender an diese zu verkaufen seien, sei die 3. Internationale unter ihrem Druck auf versöhnlichen, "opportunistischen" Kurs gegangen. "Gleich wie der Reformismus von Europa ... aus dem noch zahlreichen Kleinbürgertum, so kommt der Opportunismus Rußlands und der dritten Internationale aus der kleinbürgerlichen Bauernbevölkerung Rußlands hervor"¹³. Der 3. Komintern-Kongreß hatte auch Gorters Absichten, an diesem "opportunistischen" Kurs Sowjet-Rußlands noch etwas zu ändern, vereitelt. "Noch ist aber", meinte er, "trotzdem die Lage furchtbar ist, die Hoffnung nicht verloren." In der aktuellen Todeskrise des Kapitalismus bleibe einzig eine KAI als Möglichkeit, alle, "die glauben, daß nur eine rein pro-

9) Vgl. den Abschnitt über Herman Gorters Kontroverse mit Lenin.

10) Vgl. dazu: Herman Gorter, Die Moskauer Internationale, o. O., o. J. (1922), p. 4-10; Der kleinbürgerliche Charakter der dritten Internationale.

11) Herman Gorter, Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, in: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Sondernummer zum 2. Kongreß der KAI, p. 22.

12) Vgl. dazu ausführlich Herman Gorter, ibidem, p. 24 f.

13) Herman Gorter, Die Moskauer Internationale, p. 7 f.

letarische Politik, eine Einheitsfront von nur Kommunisten noch den Sieg erringen kann"¹⁴, zusammenzufassen.

Der 2. Kongreß der KAI fand - später als vorgesehen - vom 1. bis 5. 10. 1922 in Berlin-Spandau statt und wurde - wohl nicht ganz zu Unrecht - von der Presse der Berliner Richtung als "mißlungene Eröffnungsvorstellung der Internationale 3 1/2"¹⁵ bezeichnet. Auf dem Kongreß waren anwesend neben der Essener KAP: die KAP Hollands, Bulgariens (Richtung Varna), Vertreter der russischen Linkskommunisten, ein Delegierter der KAJ, Gruppe Amsterdam, und ein Vertreter der AAUD; die Führerin der englischen Linkskommunisten, Sylvia Pankhurst, hatte ein Grußschreiben geschickt; über die englischen linken Kommunisten bestanden Kontakte mit ähnlichen Gruppen in Südafrika; die angeknüpften Verbindungen mit linkskommunistischen Gruppen in Jugoslawien waren zur Zeit des Kongresses abgerissen¹⁶. Der Kongreß stand theoretisch und organisatorisch ganz im Zeichen der deutsch-niederländischen Symbiose der Linkskommunisten; die - mutmaßlich von Gorter und Schröder verfaßten - Thesen der 1. Konferenz der KAI wurden diskutiert und ohne nennenswerte Änderungen angenommen. Man erwog die Errichtung einer Internationale der Unionen, unternahm aber keine konkreten Schritte dazu.

Die Heerschau des internationalen Linkskommunismus, die dieser Kongreß ermöglichte, war nicht sehr ermutigend. - Von der Mutterpartei der Bewegung, der deutschen KAP, war nur die minoritäre Essener Richtung in der KAI vertreten, deren Mitgliederzahl zur Zeit des Kongresses von der Berliner Richtung auf 400 bis 450 eingeschätzt wurde¹⁷. Ihr sekundierte - allerdings auch nicht ungeteilt - die KAP Hollands, die ungefähr 200 Mitglieder zählte und Abteilungen in einigen Städten (Amsterdam, Rotterdam, Bussum, Utrecht, Enschede, Zwolle, Den Haag, Leiden) hatte¹⁸. Die holländische KAP war erst am 4. 9. 1921 gegründet worden¹⁹; die Ursachen ihrer Abspaltung von der niederländischen KP unter der Führung Pannekoeks und Gorters reichten bis in die Zeit des Weltkrieges zurück. Damals hatte die niederländische linksradikale SDP in der Mehrheit für die Ententemächte und gegen das kriegführende Deutschland Stellung genommen²⁰; eine Minderheit

14) "Proletarier", 2. Jg. (1922), Sonderheft, p. 29.

15) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 72.

16) Vgl. den Kongreß-Bericht in: KAZ (Essener Richtung), 1. Jg. (1922), Nr. 26/27.

17) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84; Zur Frage der Internationale. Vgl. auch die von den Berlinern herausgegebene Broschüre: Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, Räteinternationale oder Führerinternationale?, Berlin o. J. (1922).

18) S. ibidem.

19) S. KAZ (Groß-Berlin), 2. Jg. (1921), Nr. 229.

20) Dies und das Folgende nach: Bernhard Sijes, De Raden-Beweging in Nederlanden en haar Kranten, masch. schriftl. Manuskript; Herr Sijes (Amsterdam) bereitet eine größere Publi-

um Pannekoek und Gorter war dagegen der Meinung, man dürfe als revolutionärer Marxist keine der imperialistischen Großmächte unterstützen; die an dieser Frage entzündeten Konflikte hatten in der aus der SDP hervorgegangenen niederländischen KP weiter gewirkt und die Zustimmung der Mehrheit der Partei zu den 21 Punkten des 2. Komintern-Kongresses hatte den Graben zu den Linken in der Partei noch vertieft; diese linke Fraktion konstituierte sich im September 1921 als KAPN ("Kommunistische Arbeiders-Partij Nederland"). Die Partei gab das Organ "De Kommunistische Arbeider" in Amsterdam heraus und schloß sich auf ihrem Kongreß in Utrecht im August 1922 der KAI an. Sie zerfiel aber bald schon durch die Verwirrung, die durch die Spaltung der deutschen KAP im März 1922 geschaffen worden war; in Holland bekannte sich die Mehrheit der mitgliederschwachen KAP zu den Thesen der von Gorter inspirierten Essener Richtung der KAPD; die Anhänger der Berliner Richtung wurden 1923 ausgeschlossen, bildeten keine neue Organisation, gaben aber noch einige Zeit die Zeitschrift "De Roode Vaan" heraus²¹. Die Rest-Partei nannte ihr Publikationsorgan "De Arbeiders Raad" und löste sich erst 1932 auf Grund innerer Streitigkeiten auf. - Neben der deutschen und der niederländischen bestand eine bulgarische KAP, die etwa 1000 Mitglieder zählte²² und deren Anfänge auf die in Bulgarien recht starke Opposition gegen die 21 Punkte des 2. Komintern-Kongresses zurückgingen. Die Vertreter der Linksoption in der bulgarischen KP waren auf dem 3. Komintern-Kongreß in empfindlicher Weise diskriminiert worden²³ und hatten sich auf einer illegalen Tagung vom 7. bis 10. 1. 1922 in der Textilindustriestadt Sliven zur KAP Bulgariens zusammengeschlossen²⁴; sie gaben eine Zeitschrift mit dem Namen "Rabotschnik Iskra" heraus und bauten in 4 Städten Arbeiter-Unionen auf. Auch hier wurde der schwungvolle Anfang der neuen Partei durch die Spaltung der deutschen KAP gedämpft; die KAPB spaltete sich in eine Richtung Varna, die zu den Berlinern in Deutschland neigte und die Mehrheit für sich hatte, und in eine Richtung Sofia, die die Essener Thesen vertrat und schon nach

kation über den niederländischen Rätekommunismus vor. - Zur Vorgeschichte der niederländischen KAP vgl. auch: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1.

21) Vor allem aus den ausgeschlossenen KAP-Anhängern der Berliner Richtung in Holland bildeten sich 1926 unter Pannekoeks geistiger Führung die Gruppen der "Internationaalen Communisten", die die Zeitschrift "Persmateriaal van de Internationaale Communisten" herausgaben, die seit 1938 in "Raden-Communisme" umbenannt wurde und bis heute erscheint.

22) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

23) Vgl. oben den Abschnitt über die KAPD und die 3. Internationale.

24) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 11 und: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1; Brief aus Bulgarien.

einem halben Jahr ihres Bestehens sich praktisch auflöste²⁵. - Große Hoffnungen hatten die Gründer der KAI in die englischen Linkskommunisten gesetzt; obwohl sie 1922 immer wieder groß ankündigten, die Konstituierung der englischen KAP stehe bevor²⁶, kam es in England nicht zu einer solchen organisatorischen Zusammenfassung. Die Kräfte, mit denen man für die Gründung einer englischen KAP rechnete, gruppierten sich um Sylvia Pankhurst, die Tochter der bekannten Frauenrechtlerin der Vorkriegszeit Emmeline Pankhurst²⁷, und deren Publikationsorgan "The Workers' Dreadnought". Sylvia Pankhurst, aus der "Women's Social and Political Union" ihrer Mutter hervorgegangen, hatte während des ersten Weltkrieges eine andere Entwicklung genommen als diese; sie gründete im Londoner east-end eine "Workers' Socialist Federation", die zur Vorbereitung der englischen KP-Gründung beitrug, ohne der Partei dann anzugehören; Lenin hatte 1920 erfolglos Sylvia Pankhurst bei einer Moskaureise zur Arbeit in der englischen KP zu überreden versucht und sie dann der gleichen linken Verirrung beschuldigt wie die deutschen Genossen in der KAP²⁸. Die Ursache für die Nichtbeteiligung der "Workers' Socialist Federation" an der Anfang 1921 erfolgten Gründung der KP in England war in der Tat das Prinzip des Antiparlamentarismus und der Neubildung von Arbeiter-Unionen auf der Grundlage von Betriebsorganisationen, das sie mit den deutschen Linkskommunisten teilte²⁹. Der 3. Komintern-Kongreß intensivierte die Beziehungen zwischen der KAPD und den Gruppen um "The Workers' Dreadnought" vorübergehend, nach der Spaltung der KAP im März 1922 lockerten sie sich wieder; im November 1922 bemerkte die Berliner KAZ, von der englischen Bewegung habe man "wenig Nachricht in der letzten Zeit"³⁰. "The Workers' Dreadnought" erschien noch bis 1924. - In der gleichen, an Selbsttäuschung grenzenden Weise wie von der englischen war auf dem 2. KAI - Kongreß von der russischen KAP die Rede. Tatsächlich bestand in Rußland - wie auch die Berliner KAP-Richtung zugab³¹ - eine kleine illegal arbei-

25) S. dazu KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

26) S. KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 15.

27) Emmeline Pankhurst (1858-1928) gründete 1903 die "Women's Social and Political Union" zum Zwecke der Frauenemanzipation; sie war eine der bekanntesten Suffragetten und wurde bis 1914 achtmal wegen Aufruhrs, Brandstiftung u. a. zu Gefängnisstrafen verurteilt; während des ersten Weltkrieges machte sie aus ihrer WSPU eine patriotisch-militaristische Organisation und setzte sich in Widerspruch zu ihrer 1882 geborenen Tochter Sylvia, die sich sozialistisch engagierte.

28) S. W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", loc. cit., p. 446 ff.; Der "linke" Kommunismus in England. Dort ausführliche Zitate Sylvia Pankhursts.

29) Vgl. dazu den Überblick in: "Proletarier", 2. Jg. (1922), Heft 1; Die heutige Arbeiterbewegung in England.

30) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 84.

31) KAZ (Berliner Richtung), 3. Jg. (1922), Nr. 40; Punkt "Internationale".

tende Gruppe linker Kommunisten, die Propagandamaterial der KAPD verteilte und die mit der im Winter 1920/21 gegen die bolschewistische Parteiherrschaft aufkommenden "Arbeiter-Opposition" in Kontakt stand³². Es entstand aber in Rußland ebensowenig eine KAP wie in Österreich, obwohl dort ein Propaganda-Stoßtrupp der KAPD bereits die Essener KAZ unter dem Titel "Organ der KAP Österreichs" seit Ende 1922 verteilte³³. Auch die Verbindungen mit ausgeschlossenen linken Kommunisten in Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, Frankreich und der Tschechoslowakei blieben ephemere Berührungen und ohne Folgen. Die KAI blieb ein lose geknüpftes Netz winziger linkskommunistischer Minoritäten, das bald auseinandergerissen wurde. Der dritte und letzte Kongreß der KAI im November 1924 hatte vor allem die "ungeheuren Schwierigkeiten"³⁴ zu konstatieren, mit denen die angeschlossenen Landesorganisationen zu kämpfen hatten. Sie hatten in den folgenden Jahren das gleiche Schicksal wie die deutsche KAP (Essener Richtung), die seit 1926 in ihrer - nunmehr in Kleinformat und unregelmäßig erscheinenden - Presse in zunehmend abstrakter Weise die Prinzipien der 4. Internationale diskutierte; Organisationsnachrichten fehlten nun gänzlich; die KAI war zur reinen Idee geworden, die noch einige Jahre lang von einem "Internationalen Organisations-Büro" gehütet wurde³⁵. - Seit 1925 übernahm die lebenskräftigere Berliner Richtung der KAP übrigens ohne das präventive Programm einer neuen internationalen Organisationsgründung die Pflege der wichtigsten internationalen Beziehungen. Sie arbeitete z. B. zusammen mit der niederländischen linkskommunistischen Gruppe "Internationale Communisten" und der dänischen Gruppe "Kommunistik Arbejderparti"³⁶. - In der Geschichte des internationalen Kommunismus waren schließlich die nationalen und internationalen Organisationsversuche der deutschen Linkskommunisten der KAP-Tradition nur eine Randerscheinung. Bei allen dogmatischen Einseitigkeiten und taktischen Fehlhaltungen zeichnete sich diese Tradition aus durch eine frühere und klarere Einsicht

32) Von der KAI wurde 1922 in deutscher und russischer Sprache herausgegeben; Alexandra Kollontai, Die Arbeiter-Opposition in Rußland, mit kritischen Anmerkungen von R. Korpelanski, Mitglied der Revolutionären Arbeiter-Opposition (KAP) Rußlands, o. O. o. J. (1922). Der russische Kommentator dieser Schrift identifiziert sich nicht völlig mit der Arbeiter-Opposition, die er für eine Unternehmung von Führern gegen Führer innerhalb der bolschewistischen Partei hielt.

33) KAZ, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Österreichs, angeschlossen an die KAI, 1. Jg. (1922) ff. Der Text dieser Zeitung war mit dem der Essener KAZ identisch; sie wurde in Mülheim/Ruhr gedruckt und erschien noch 1924; vgl. auch: KAZ (Essener Richtung), 2. Jg. (1923), Nr. 29; KAP in Österreich.

34) KAZ (Essener Richtung), 3. Jg. (1924), Nr. 34, Bellage.

35) So 1928 Bernhard Reichenbach, loc. cit., p. 139.

36) Schriftliche Mitteilung von Herrn Alfred Weiland vom 14. 8. 1967 an den Verfasser.

in die Gefahren des kommunistischen Partei-Bürokratismus und der Unterwerfung der westeuropäischen Parteien unter das Vorbild und die Zwecke der sowjet-russischen Staatspartei als sie bei irgendeinem anderen Teil des internationalen Kommunismus nachweisbar ist. Erst über der "Bolschewisierung" der KPD in den zwanziger Jahren und über der stalinistischen Ausprägung des russischen Kommunismus in den dreißiger Jahren geriet diese antitotalitäre Tradition, die in den Entstehungsjahren der deutschen KP eine so wichtige Rolle spielte, völlig in Vergessenheit. - Wie für die FAUD der Syndikalisten so gab es auch für die KAPD und die AAUD der Linkskommunisten nach Ende der nationalsozialistischen Herrschaft einige Versuche der Wiederanknüpfung an die Tradition der zwanziger Jahre³⁷. Unter dem Druck eines ressentimenthaften Antikommunismus einerseits und eines stalinistischen Staats- und Parteiapparats andererseits³⁸ zerbrachen aber in den fünfziger Jahren in Deutschland auch diese schwachen Ansätze³⁹.

37) Nach 1945 waren Teile der ehemaligen KAP Berliner Richtung unter dem Namen "Gruppe Internationaler Sozialisten" tätig und gaben die Zeitschrift "Neues Beginnen" etwa 5 Jahre lang in Berlin heraus. Kontakte zur gleichnamigen Gruppe "Neu Beginnen" bestanden schon vor 1933 (zur Gruppe "Neu Beginnen" s. Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe "Neu Beginnen", Diss. phil. Marburg 1957 (Masch.)) Mit der "Thomas-Münzer"-Gruppe gaben die gleichen KAP-Veteranen seit 1950 die Zeitschrift "Funken, Aussprachehefte für internationale sozialistische Politik" bis Ende der fünfziger Jahre heraus. KAP-Tradition wurde auch fortgesetzt in dem Berliner Blatt "Von unten auf. Blätter für unmittelbare Demokratie", 1. Jg. (1948) ff.

38) Nach Mitteilung von Herrn Alfred Weiland (Brief vom 14. 8. 1967) wurden Anfang der fünfziger Jahre beide linksradikale Rest-Traditionen, die der Anarchisten und Syndikalisten und die der Linkskommunisten, in Ost-Berlin und in der DDR durch "die fast vollzählige Verhaftung aller aktiven Mitglieder ... (viele hundert Verhaftungen) vollkommen zerschlagen."

39) In der gegenwärtigen außerparlamentarischen Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik sind nicht nur manche organisationssoziologische Analogien (z. B. Frage der Organisationsverneinung oder Organisationsbefürwortung, Frage der illegalen Arbeit oder legalen Arbeit, Problem des nicht kontrollierbaren Aktivismus, proliferierende Fraktions- und Sektenbildung) vorhanden, sondern insbesondere die linksradikale Räteidee wird partiell wieder aufgegriffen und aktualisiert.

DOKUMENTARISCHER ANHANG

-I-

Richtlinien der Vereinigung Unabhängiger Sozialisten aus dem Jahre 1891

Wir oppositionell gesinnten Sozialisten wollen das ganze Proletariat zu einer Schlachtreihe gegenüber der Bourgeoisie vereinigen; jedoch bekämpfen wir jede erzwungene Zentralisation, welche die freie, eigene Bewegung bestimmter Arbeiterschichten lähmt. Der Organisationskörper der politisch und wirtschaftlich organisierten Arbeiter muß unserer Ansicht nach nicht nur groß und umfangreich sein, er muß auch über starke selbsttätige Glieder verfügen; auf deren Entwicklung wollen wir besonders hinwirken.

In unserer Zeit, wo der Arbeiter Tag aus, Tag ein von einer Kaserne in die andere wandert - von der Mietskaserne in die Arbeitskaserne -, erhält sein ganzes Leben einen einseitigen kasernenmäßigen Zuschnitt, der seine Individualität mehr und mehr verkümmert. Er trocknet gleichsam aus und verliert die Fähigkeit, neuen Eindrücken kritisch gegenüber zu treten. Der Individualisierung der Arbeiter legen wir oppositionellen Sozialisten einen großen Wert bei. Wir wollen den Horizont des Arbeiters durch rege Diskussion über alle öffentlichen Fragen stetig erweitern. Wir wollen ihm nicht sofort diese oder jene allein selig machende Überzeugung aufzwingen, sondern ihn vor allem anregen, aus Diskussionen heraus sich eine eigene Meinung zu bilden. Die Klärung der proletarischen und sozialistischen Ideen liegt uns am Herzen.

Wir sind für einen vollkommen freien Austausch der Meinungen. Und da wir dasselbe in der bisherigen Parteilorganisation nicht mehr finden, da der Ausschluß aus der Partei dräuend über jedem selbstdenkenden Sozialisten schwebt - ganz gleich welcher Richtung er auch angehört -, deshalb wirken wir außerhalb des engen Rahmens der Parteilorganisation. Wir sind Sozialisten und stehen auf dem Boden des Klassenkampfes. Aber da die Diktatur des jetzigen Parteivorstandes jedes selbständige Denken erstickt und die Organisationsform der heutigen Partei die freie Bewegung der proletarischen Gesellschaftsklassen einschränkt, fordern wir die Genossen, die nicht mit dem Parteivorstand und seiner Taktik einverstanden sind und eine freie Ausgestaltung der Organisation anstreben, auf, gemeinsam mit uns einen "Verein Unabhängiger Sozialisten" zu bilden. Aufgabe dieses Vereins wird es sein, weiter für die Propaganda unserer Ansichten zu wirken, die einen Zweck kennen wird:

Die Befreiung der Proletarier aus den Fesseln der Knechtschaft.

Aus: Rudolf Rocker, Memoiren Bd. I, Die Jugend eines Rebellen, p. 364 f.

-II-

Aufruf der Bremer und Hamburger Linksradikalen vom Juli 1917

An die linksradikalen Ortsgruppen und Genossen!

Die historischen Notwendigkeiten vollziehen sich mit eherner Konsequenz und überraschender Schnelligkeit. Als die linksradikalen Ortsgruppen Bremen und Hamburg am 5. Mai in unserem Blatte einen Aufruf zur Gründung von Ortsgruppen erließen, erklärten sie: "Die Gruppe Internationale hat, mag sie sich gebärden, wie sie will, durch den Zusammenschluß mit dem Parteizentrum ihre organisatorische Selbständigkeit aufgegeben. Sie ist, nachdem sie geistig von allem Anfang versagte, nun auch organisatorisch von der Führung der Linksradikalen zurückgetreten." Was damals eine rein logische Schlußfolgerung war, heute ist es offenbare Tatsache. Und mehr noch hat sich erwiesen: damals konnten Hoffnungsfreudige noch erwarten, daß die Gruppe Internationale durch kraftvolles Drängen im neuen Rahmen, wenn auch wieder auf dem Wege zerfleischender innerer Kämpfe, die Orientierung der Arbeiterklasse fördern werde. Die Hoffnungen sind elend zuschanden geworden. Organisatorisch hat die Gruppe Internationale wiederum und notwendigerweise versagt, indem ihre allmächtigen Führer die um ihre Gruppenselbständigkeit kämpfenden Ortsgruppen im Stich ließen. Damit hat die Gruppe Internationale ihre Selbständigkeit, die sie sich in der alten Partei aus eigenem Recht geschaffen, in der neuen Organisation aufgegeben und sich damit um jeden politischen Einfluß gebracht. Politisch ist ihr Versagen total. Nichts zeigt dies deutlicher als ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz. Nach anfänglicher Absage an diese Konferenz der Sozialpatrioten eine vollkommene und notdürftig bemäntelte Unterwerfung unter die Unabhängigen, die in Stockholm der Zimmerwalder Linken eine glatte Absage erteilten und die pazifistische Illusion des Verständigungsfriedens zur Plattform rein parlamentarischer Diplomatenkunst erhoben. Kaum ein Vierteljahr hat die Gruppe Internationale an den Folgen ihrer Selbstentmanung in Gotha laboriert. Die Gruppe Internationale ist tot.

Die Tatsachen haben die Entwicklung mächtig gefördert. An vielen Orten haben sich nach dem Hamburg-Bremer Aufruf linksradikale Ortsgruppen gebildet, zahlreich, jeden Pessimismus besiegend, sind die Zustimmungsschreiben, die bei uns eingelaufen sind. Die solide Grundlage für die Internationale Sozialistische Partei Deutschlands ist da. Eine Anzahl Genossen sind zu einem Aktionskomitee zusammengetreten, um die ersten Schritte für die Konstituierung der Partei zu unternehmen. Sie maßen sich keine Rechte an, denn nicht als neue Führerpartei kann das deutsche Glied der Internationale erstehen. Sie wollen nur die nötigen Handreichungen tun, wo ein neues politisches Wesen zum Leben drängt. Deshalb fordern sie alle Gruppen auf, schleunigst die Frage der Gründung einer neuen Partei, ihr

Programm, ihre Organisationsform zu besprechen und bis spätestens Mitte August ihre Vorschläge an die Redaktion der "Arbeiterpolitik" einzureichen. Die Genossen, welche keiner Ortsgruppe angeschlossen sind, werden aufgefordert, im selben Sinne mitzuarbeiten. Das vorläufige Aktionskomitee wird das eingegangene Material sammeln und dann schnellstens die weiteren Schritte vornehmen. So, aus der Zusammenarbeit aller gleichgesinnten Elemente, wird eine Partei entstehen, kampffähig und tatkräftig zur Erfüllung der großen Aufgaben, die die Zukunft und die Gegenwart schon von der deutschen Arbeiterklasse heischt.

Das Aktionskomitee

Aus: "Arbeiterpolitik", 2. Jg. (1917), Nr. 30 (28. Juli 1917).

-III-

Aufruf
der "Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften" vom
14. Dezember 1918

Was wollen die Syndikalisten?

Der Syndikalismus lebt!

Allen Gewalten von links und rechts zum Trotz stürmt er voran. Sozialdemokratische und Zentralverbands-Führer, Militärkanaille und brutale Polizei-Willkür und eine feile Justiz haben kein Mittel gescheut, die Ideen des Syndikalismus in Deutschland totzuschlagen. Unsere Presse wurde in den ersten Augusttagen verboten, führende Genossen in "Schutzhaft" gesteckt, den Vereinen und Agitatoren jede öffentliche Tätigkeit unmöglich gemacht. Und dennoch: die Kampfmittel des Syndikalismus werden heute in allen Ecken des Deutschen Reiches angewandt, instinktiv fühlt die Masse, daß die Zeit des Wünschens und Forderns vorbei, daß die Zeit des Nehmens begonnen hat. Die Arbeitermassen, jahrzehntelang in der Sozialdemokratie und den Verbänden zum Kadavergehorsam erzogen, bäumen sich auf gegen die Beamtenbürokratie. Die Arbeiter wissen jetzt, daß sie von ihren eigenen Angestellten genau so betrogen wurden, wie das gesamte Volk von der kaiserlichen Regierung. Die kaiserliche Regierung wurde gestürzt, nicht mit parlamentarisch-gesetzlichen Mitteln, sondern mit Hilfe der direkten Aktion, nicht mit dem Stimmzettel, sondern mit Waffengewalt durch streikende Arbeiter und meuternde Soldaten. Ohne auf den Auftrag weiser Führer zu warten, bildeten sich spontan allerorten Arbeiter- und Soldatenräte, die sofort daran gingen, die alten Gewalten beiseite zu schieben. Alle Macht den Ar-

beiter- und Soldatenräten! Das wurde jetzt Parole. Fabriken und Werkstätten, Bergwerke und Kasernen waren plötzlich in den Händen der arbeitenden Masse. Durch wilde Streiks schuf man sich menschenwürdige Verhältnisse.

Man hatte von uns und unsern Ideen jahrelang nichts hören wollen. Jetzt aber brauchte man unsere Waffen.

Schon aber hat sich die sozialdemokratische und zentralverbändlerische Beamtenbürokratie mit dem Unternehmertum verbunden, um den Kapitalismus zu retten. Das Ausbeutertum weiß es, und die Arbeiterschaft muß es lernen: Jede politische Freiheit und Gleichheit ohne wirtschaftliche Macht ist ein großer Schwindel, hinter dem neue Ausbeutung, neuer Imperialismus, neues Wettrüsten, neue Kriege lauern.

Das Ziel des Syndikalismus ist die Beseitigung der Lohnarbeit, die Enteignung der Großkapitalisten an Grund und Boden, an Fabriken und Produktionsmitteln. Die Errichtung der sozialistisch-kommunistischen Produktion.

Die syndikalistischen Organisationen müssen die Träger der sozialistischen Produktion werden. Alle Reformen, alle Lohnerhöhungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind Scheinreformen.

Die Aufgabe des Syndikalismus ist es, die Arbeiter reif zu machen für die soziale Revolution, sie mit Energie und Tatkraft zu erfüllen, um die Lohnknechtschaft abzustreifen. Der Syndikalismus verwirft die Beteiligung am bürgerlichen Parlamentarismus. Statt des unnützen Redens der gewählten Führer im Parlament setzt der Syndikalismus die direkte Aktion, die schaffende Tat der Massen. Auch die politischen Kämpfe führt der Syndikalismus mit gewerkschaftlichen Mitteln (Solidaritäts- und Generalstreik, Boykott, passive Resistenz, Sabot usw.), nicht aber mit papiernen Resolutionen und Protesten. Der Syndikalismus hält deshalb die Zweiteilung der Arbeiterbewegung für zwecklos, er will die Konzentration der Kräfte.

Vorläufig aber empfehlen wir unseren Mitgliedern, allerorten mit den am weitesten linksstehenden Gruppen der Arbeiterbewegung: den Unabhängigen, dem Spartakusbund, in wirtschaftlichen und politischen Fragen gemeinsam zu handeln. Wir warnen aber vor einer Beteiligung am Wahrummel zur Nationalversammlung.

Wir Syndikalisten wissen aber auch, daß der Sozialismus nur auf internationaler Grundlage verwirklicht werden kann. Nieder also mit den nationalen Schranken! Sie dienen nur der Ausbeutung des Proletariats. Wir Syndikalisten sind international, wir reichen den Arbeitsbrüdern aller Länder in hilfreicher Solidarität die Hände. Und wir sind Antimilitaristen! Nicht erst seit gestern und heute. Wir gingen für unsere antimilitaristische Überzeugung in die Gefängnisse lange vor Ausbruch des Krieges. Wir sahen den Krieg kommen, und wir kämpften dagegen an. Die deutschen Arbeiter wollten uns nicht hören, sie haben es schwer büßen müssen. Viereinhalb Jahre lang mußten sich Millionen Männer morden, ehe den deutschen Arbeitern greif-

bar wurde, auf welcher Seite der Feind steht. Und noch heute haben es Millionen Arbeiter nicht begriffen! Wir Syndikalisten sind Gegner der Zentralgewalt in den Organisationen der Arbeiter. Eine wohlorganisierte Beamtenherrschaft hindert jede freie Betätigung. Wir wollen die Selbständigkeit jedes Ortsvereins. Jeder Verein verwaltet sein Geld selbst und beschließt über Anfang und Ende von Lohnbewegungen selbstherrlich.

Wir Syndikalisten sind Gegner jeder Art von Unterstützungseinrichtungen innerhalb der Gewerkschaften, weil sie die Kampfeslust des Mitgliedes lähmen. Bei Streiks und Aussperrungen tritt die freie Solidarität Aller ein.

Niemals wird Sozialdemokratie und "freie" Gewerkschaft unser Programm, unser Ziel und unsere Kampfesmittel sich zu eigen machen.

Die deutschen Arbeiter müssen sich erst Organisationen schaffen, die mit syndikalistischen Kampfeswaffen den Kapitalismus unterminieren. Arbeiter ! Soldaten ! Kommunisten !

Lest unsere Presse und unsere Literatur !

Gründet allerorten Arbeitervereine auf unserer Grundlage !

Aus: "Der Syndikalist, Organ der sozialrevolutionären Gewerkschaften Deutschlands", 1. Jg. (1918), Nr. 1.

-IV-

Statutenentwurf für die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU) vom August 1919

Ausgehend von der Erkenntnis, daß die zur Zeit bestehenden Verbände, Vereinigungen und Gewerkschaften im revolutionären Kampf vollständig versagt haben, daß diese Gebilde im Gegenteil mehr und mehr dazu übergehen, durch Paktieren mit den Unternehmern (Arbeitsgemeinschaft, langfristige Tarifverträge usw.) den bestehenden Zustand der Versklavung der Arbeiterklasse zu verewigen, den kapitalistischen Staat wieder auf- und auszubauen, ist sich die revolutionäre Arbeiterschaft darüber klar, daß der Sieg des Sozialismus und Kommunismus nur durch den Zusammenschluß in einer einheitlichen Kampforganisation zu verwirklichen ist. Diese wirtschaftliche Kampforganisation hat den Namen

Allgemeine - Arbeiter - Union.

§ 1. Die Allgemeine-Arbeiter-Union ist eine wirtschaftliche Vereinigung aller Kopf- und Handarbeiter mit dem ausgesprochenen Zweck, die Ueberleitung der kapitalistischen Produktionsweise in die sozialistische vorzubereiten und bei Eintritt der sozialen Revolution durchzuführen. Für die Bergarbeiter kommt die Allgemeine-Bergarbeiter-Union in Betracht.

§ 2. Als erstes und vornehmstes Mittel zur Vernichtung der kapitalistischen Produktionsweise betrachtet die Allgemeine Arbeiter-Union die Einführung des Rätessystems (Werkstatt-, Betriebs-, Fabrik-, Industrieräte).

§ 3. Mitglied der Allgemeinen Arbeiter-Union kann jeder Arbeiter und Angestellte beiderlei Geschlechts vom 14. Lebensjahre ab werden.

§ 4. Die Organisationsform ist der Betrieb. Alle in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter und Angestellten schließen sich zu einer Einheit zusammen (Betriebsorganisation). Kleinbetriebe und Betriebe unter 20 Arbeitern und Angestellten werden zusammengefaßt.

§ 5. Die Organe der Allgemeinen Arbeiter-Union sind die in den Werkstätten und Betrieben gewählten Obleute (Großer Aktionsausschuß) und der aus den Reihen der Obleute gewählte Zentralausschuß des Ortes.

§ 6. Auf je angefangene 50 Mitglieder eines Betriebes oder zusammengelegter Betriebe entfällt ein Obmann. Je 10 Obleute wählen ein Mitglied des Zentralausschusses. Der Zentralausschuß gibt sich seine Geschäftsführung selbst.

§ 7. Alle Wahlen finden auf jederzeitigen Widerruf statt. Alle Aemter sind Ehrenämter. Es werden nur die baren Auslagen und Versäumnisse vergütet.

§ 8. Jeden Monat findet mindestens eine Mitgliederversammlung statt. Die Mitgliederversammlung ist die höchste Instanz am Orte.

§ 9. Bestehen in Nachbarorten Mitgliedschaften der Allgemeinen Arbeiter-Union, so haben diese sofort bezirks- und wirtschaftsgebietsweise agitatorisch und organisatorisch in Verbindung zu treten. Diese Verbindung muß bis ins Kleinste und Straffste ausgebaut werden. Nähere Bestimmungen erläßt die Konferenz aller auf dem Boden der Allgemeinen Arbeiter-Union stehenden Ortsgruppen.

§ 10. Neben dem Zentralausschuß besteht in jedem Ort ein Ausschuß der Industrie- und Wirtschaftsgruppen, der die besonderen beruflichen Fragen zu behandeln hat. Jeder Industrie- und Wirtschaftszweig hat dazu einen Delegierten zu entsenden. (Bäcker, Schuhmacher, Handelsangestellte usw.)

§ 11. Das Eintrittsgeld beträgt 50 Pfg., der wöchentliche Beitrag für Mitglieder 50 Pfg. Uebertritte müssen auch bezahlt werden. Jugendliche bis zu 17 Jahren bezahlen einen wöchentlichen Beitrag von 25 Pfg.

§ 12. Die Allgemeine Arbeiter-Union ist eine wirtschaftliche Kampforganisation. Sie kann sich deshalb nicht mit dem Ballast von Unterstützungseinrichtungen belasten. Es werden nur Gelder bewilligt zur Unterstützung des revolutionären Kampfes. (Streiks, Maßregelung usw.)

§ 13. Der Zentralausschuß hat die Pflicht, mit allen bestehenden revolutionären Organisationen in ständiger Fühlungnahme zu bleiben und einen Zusammenschluß auf der Grundlage des reinen Rätessystems herbeizuführen.

§ 14. Die Mitglieder der Allgemeinen Arbeiter-Union erhalten wöchentlich die Zeitung der Organisation die "Allgemeine Arbeiter-Union" unentgeltlich. Der Zeitung ist eine statistische Abteilung angegliedert, wo die Vorarbeiten zur Sozialisierung usw. durchgeführt werden.

In dem jetzigen Stadium des revolutionären Kampfes erblickt die Allgemeine Arbeiter-Union in der nachdrücklichsten Propaganda für das Rätessystem das wichtigste Mittel zur Erringung der Macht. Die Allgemeine Arbeiter-Union will ihre Mitglieder aufrütteln zu Kämpfern für wirkliche Freiheit, für wirkliche Menschheitsideale. Bei dem Siege der sozialen Revolution übernimmt die Allgemeine Arbeiter-Union als die Organisation der gesamten werktätigen Klasse die Leitung der Produktion, die Räteorganisation wird dann die Wirtschaftsorganisation der neuen Gesellschaft. Um das Endziel in diesem Kampfe ist uns nicht bange: Die Proletarier haben dabei nichts zu verlieren als ihre Ketten, dagegen eine Welt zu gewinnen.

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Aus: KAZ (Hamburg) 1. Jg. (1919), Nr. 99.

-V-

Flugblatt der "Industrial Workers of the World" (IWW) vom September 1919 zum Eintritt in die "Allgemeine Arbeiter-Union" (AAU)

IWW

(Industrial Workers of the World)

IWW

Proletarier Deutschlands!

Tretet ein in die "Allgemeine Arbeiter-Union", die deutsche Organisation des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt."

Das Weltkapital kann nur gestürzt werden durch das Weltproletariat. Das Weltkapital organisiert sich im kapitalistischen Völkerbund, das Weltproletariat im Verband der Industriearbeiter der Welt. Die zweite Internationale ist die Vereinigung der proletarischen Lakaien des kapitalistischen Völkerbundes. In der gewerkschaftlichen Internationale arbeitet Herr Legien Hand in Hand mit Samuel Gompers,

dem Freund und Berater des Präsidenten Wilson, des Organisators des Völkerbundes. Nieder mit dem Völkerbund der kapitalistischen Raubstaaten, nieder mit allen politischen Parteien und allen Gewerkschaften, die diesen Völkerbund unterstützen!

Hinein in den revolutionären Verband der Industriearbeiter der Welt!

Proletarier Deutschlands!

Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Die Proletarier Deutschlands müssen sich als Klasse organisieren, um in den Endkampf einzutreten zwischen Kapital und Arbeit, den die Erhebung vom November 1918 auf die Tagesordnung der Geschichte gesetzt hat. Die Proletarier Deutschlands müssen den proletarischen Staat errichten und die proletarische Wirtschaft organisieren. Die Organe der proletarischen Staatsgewalt sind die Räte, die Grundlage jeder Wirtschaft sind die Betriebe, in denen sich der Produktionsprozeß vollzieht.

Die proletarische Klassenorganisation nimmt ihren Ausgang von der Zusammenfassung aller Kopf- und Handarbeiter in den Betrieben, in welchen sie beschäftigt sind.

Die Betriebsorganisation ist die Keimzelle der proletarischen Herrschafts- und Wirtschaftsorganisation.

Proletarier Deutschlands!

Schließt Euch zusammen auf der Grundlage der Betriebsorganisation! Die Betriebsorganisationen jeder Industrie schließen sich zusammen zur industriellen Union. Die industrielle Union ist ein Teil der "Allgemeinen Arbeiter-Union", die Allgemeine Arbeiter-Union ein Teil des "Verbandes der Industriearbeiter der Welt", der unter dem Namen des Verbandes der "Industrial Workers of the World" in Nordamerika seinen Anfang nahm und schon in der ganzen englisch und spanisch sprechenden Welt Wurzel gefaßt hat. Die "Industrial Workers of the World" sind eine revolutionäre Kampforganisation. Keine Bonzen, keine großen Kassen, keine Unterstützungseinrichtungen, das ist ihre Parole. Die Führung revolutionärer Massenstreiks ist ihre Aufgabe, die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Aufrichtung der proletarischen Wirtschaft ist ihr Ziel.

Eine große Union für alle Proletarier der Welt! Die dritte Internationale muß die Internationale des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes gegen die Weltbourgeoisie sein. Macht das Wort des Kommunistischen Manifestes von Marx und Engels endlich zur Wahrheit:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Hinein in die Betriebsorganisation, hinein in die Allgemeine Arbeiter-Union!
Hinein in den Verband der Industriearbeiter der Welt!

IWW (Industrial Workers of the World) IWW

Aus: KAZ (Hamburg) 1.Jg. (1919), Nr. 104.

-VI-

Richtlinien der "Freien Arbeiter-Union" für Rheinland-Westfalen
(Beschlossen auf der am 15. und 16. September 1919 in Düsseldorf tagenden Verschmelzungskonferenz)

I.

- a) Die Organisation führt den Namen "Freie Arbeiter-Union".
- b) Sie ist gegliedert in Föderationen der einzelnen Berufe; bei den Bergarbeitern baut sie sich aus Schachtorganisationen auf.
- c) Die einzelnen Föderationen stellen sich aus Orts-, Kreis-, Provinzial- und Landesföderationen zusammen und bekennen sich zum Rätssystem auf dem Boden der wirtschaftlichen Kampforganisation.
- d) Die Organisation wird gebildet aus den Mitgliedern der fünf linksstehenden Gewerkschaften, die sich nunmehr unter dem oben angeführten Namen verschmelzen.

II.

Die Organisation hat den Zweck, die geistige und materielle Lage der Arbeiter auf jedem Gebiete zu heben, den Kapitalismus und den modernen Klassenstaat mit allen Mitteln zu bekämpfen, die sich aus ihren Grundsätzen ergeben und die Reorganisation der Gesellschaft auf der Basis des freiheitlichen Sozialismus anzubahnen.

Sie propagiert als wirksamstes Mittel zu diesem Zweck die direkte Aktion, die im Generalstreik ihren höchsten Ausdruck findet und steht auf dem Boden der wirtschaftlichen und sozialen Klassensolidarität.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß in der jeweiligen (?) bürgerlichen Gesellschaft die Merkmale der Klassenherrschaft auf allen Gebieten in zunehmender Weise schroffer denn je in Erscheinung treten, insbesondere die wirtschaftlichen Kämpfe durch das gewaltige Erstarken der Reaktion immer schärfere Formen annehmen, ebenso durch fortwährende Knebelungsversuche seitens der Machthaber die Rechtlosmachung und Ausbeutung der Arbeiter systematisch betrieben wird und zu diesem Zweck die Besitzenden aller religiösen und politischen Schattierungen sich geschlossen ihrer wirt-

schaftlichen sowie der politischen Macht bedienen, ist es notwendig, wenn der wirtschaftliche und politische Kampf mit Erfolg und Nachdruck von den Arbeitern geführt werden soll, daß er als Klassenkampf im Sinne des revolutionären Sozialismus geführt wird.

Dazu gehört:

Die Bildung und der Ausbau solcher Gewerkschaften, die sowohl den auf Verbesserung der Lebenshaltung und Arbeitsbedingungen gerichteten Tageskampf führen, wie auch die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung. Zur Freien Arbeiter-Union können alle Gewerkschaften gehören, die sich zu deren Grundsätzen bekennen und sich solidarisch erklären in den Kämpfen aller Arbeiter ohne Rücksicht auf Nationalität und Organisationsform, soweit sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Zur Freien Arbeiter-Union können nicht gehören solche Gewerkschaften, die den Klassenkampf verleugnen und statt der Gegensätzlichkeit eine Gemeinschaft der Interessen zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkennen und erstreben.

III.

- a) Mitglied kann jeder männliche und weibliche Arbeiter werden, welcher die Prinzipien und das Statut der Organisation anerkennt und das 14. Lebensjahr vollendet hat.
- b) Mitglieder aus anderen Organisationen, sofern diese nicht länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind und ihr Verbandsbuch abliefern, können übertreten, ohne Eintrittsgeld zu entrichten.
- c) Das Eintrittsgeld beträgt eine Mark.
- d) Als Mindestbeitrag empfehlen wir 75 Pfennig pro Woche.

IV.

Diese Organisation ist eine Kampforganisation und zahlt als solche nur Unterstützungsgelder in Fällen von Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen und Rechtsschutzangelegenheiten, die aus dem Arbeitsverhältnis entspringen.

V.

Als wirtschaftliche Organisation duldet die "Freie Arbeiter-Union" keinerlei Parteipolitik in ihren Versammlungen, stellt es aber jedem Mitgliede frei, sich den linksstehenden Parteien anzuschließen und dort zu betätigen, sofern der einzelne dies als notwendig erachtet.

VI.

Die Organisation macht es sich zur Aufgabe, den Idealismus der Mitglieder zu pflegen und im Falle eines Kampfes das Umlageverfahren für sämtliche Mitglieder einzuleiten.

Aus: "Der Syndikalist", 1. Jg. (1919), Nr. 42.

-VII-

Aufruf der KPD(S)-Zentrale vom Juni 1919

An die Syndikalisten in der KPD!

Die Kommunistische Partei Deutschlands erklärt:

Es ist nicht die Sache der Kommunistischen Partei, sich in diesem Augenblick theoretisch mit den Syndikalisten auseinanderzusetzen. Die Kommunistische Partei erkennt durchaus an, daß die Arbeiter, die den syndikalistischen Gewerkschaften anhängen, von ehrlichem revolutionärem Streben erfüllt sind. Die Unmöglichkeit der Form, in der sie sich die Organisation der künftigen Gesellschaft vorstellen, wird sich zur gegebenen Zeit erweisen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat deswegen keine Veranlassung, aus der Zugehörigkeit zu syndikalistischen Gewerkschaften einen Grund zu Maßnahmen gegen ihre Mitglieder zu entnehmen, ebenso wenig wie sie aus der Zugehörigkeit zu den Freien Gewerkschaften solche Gründe entnehmen kann. Aber ebenso wenig wie sie den Mitgliedern der Freien Gewerkschaften gestatten kann, im Rahmen der Kommunistischen Partei etwa die Ideen des sozialen Friedens durch Abschluß von Kollektivverträgen zu propagieren, kann sie den Mitgliedern der syndikalistischen Gewerkschaften gestatten, Mittel zur Erreichung des Ziels der sozialen Revolution zu propagieren, die mit den Anschauungen der Kommunistischen Partei Deutschlands unverträglich sind. Die Kommunistische Partei Deutschlands hält für Notwendigkeiten des politischen Kampfes in diesem Augenblick:

- a) das Proletariat muß sich in einer politischen Partei organisieren;
- b) die Organisation dieser politischen Partei muß in diesem Stadium des revolutionären Kampfes eine straff zentralisierte sein;
- c) die gegenwärtige Entwicklung des revolutionären Kampfes ist über das Stadium hinaus, in dem Teilaktionen politischen Charakters dem Proletariat von Vorteil sein können. Politische Aktionen des Proletariats größeren Stils, d. h. Generalstreiks oder bewaffnete Aktionen, können heute nur von Erfolg sein, wenn sie die größten Wirtschafts-Bezirke des Reiches oder das gesamte Proletariat umfassen. Kleinere Aktionen dieser Art mit dem Ziel der Erreichung der politischen Gewalt durch das Proletariat sind Putsche.